

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

300. AUSGABE

NR. 300 · 26. JAHRGANG · AUSGABE 2-3/2020 VOM 27. FEBRUAR 2020 · ERSCHEINT MONATLICH · 2 EURO

8-10 | **Diskussion um die
Friedrich-Ebert-Straße Süd**
Der gute Name fehlt

16 | **Kleine Verlage
mit großen Büchern**
Interview mit Hans Jörg Rafalski

20 | **Die Barnimer Bürgerpost
im Internet**
Die nächsten 25 Jahre

Umweltskandal in Westend

Waldfläche mit Baulandperspektive ist von der Stadtverwaltung billig an einen ihrer leitenden Angestellten verkauft worden.

Eberswalde (bbp). Das Wohngebiet in Westend im Bereich der Werbelliner Straße war schon zu DDR-Zeiten beliebt. In unmittelbarer Nachbarschaft entstanden in den vergangenen Jahren am Kupferhammerweg zahlreiche weitere Einfamilienhäuser. Mittendrin, nur von den Grundstücken in der Brunold- und Boldtstraße aus oder über den alten Bahndamm der Eberswalde-Finowfurter Eisenbahn erreichbar, gab es bis vor kurzem ein knapp 2000 Quadratmeter großes natürliches Refugium mit einem gesunden Bestand von alten Rotbuchen, die möglicherweise schon den Bau der Bahn Anfang des 20. Jahrhunderts miterlebt hatten.

Ursprünglich gehörte dieses Areal der Stadt Eberswalde. Aber vor etwa fünf Jahren wurde es aufgeteilt und an Privatpersonen verkauft. Ein Häuslebauer an der Boldtstraße wollte dort ein Baugrundstück kaufen. Allerdings hatte er kein Interesse, zugleich das gesamte dahinterliegende Grundstück mitzuerwerben. Er übernahm schließlich etwa die Hälfte des kleinen Wäldchens. Der größere Teil seines Grundstücks ist inzwischen als Garten eingezäunt.

Bei der Gelegenheit fiel es der städtischen Liegenschaftsverwaltung auf, daß alle Anwohner in der Brunoldstraße schon seit Jahrzehnten über ihr eigenes Grundstück hinaus in den abfallenden Hang zur Bahnstrecke hinein gewirtschaftet und teilweise gebaut hatten. Die Stadtverwaltung bot allen Anwohnern an, diese Erweiterungen ihrer Grundstücke durch Zukauf zu legalisieren. Andernfalls war der Rückbau angedroht. Darauf wollte sich natürlich niemand einlassen. Dabei wurde allen Anwohnern angeboten, auch die verbleibenden Gehölzflächen bis zur Bahn zu erwerben, entweder einzeln in Streifen oder insgesamt.

Die meisten Anwohner fürchteten neben dem Grundstückspreis vor allem die nicht kalkulierbaren Kosten eventuell notwendiger Sicherungsmaßnahmen in dem Gehölz und verzichteten auf den Erwerb.

Hier erwies sich einer der Anwohner schließlich als »Retter in der Not«. Siegfried D., selber Stadtangestellter in leitender Position, zeigte sich zum einen solvent genug, die verbleibenden Flächen zu erwerben und eventuelle damit zusammenhängende Kosten zu stemmen, zum anderen verfügte er dank seiner Position über genügend Beziehungen zu regionalen Dienstleistern, um bei Bedarf darauf zurückgreifen zu können. Herr D. »opfert« sich, auch damit begründet, daß dann dort kein Fremder etwas bauen kann. Die Nachbarn waren beeindruckt. Ein Jahr später fielen die ersten Bäume, mit der Begründung, sie seien krank und brüchig. Und am 6. Februar folgte der vollständige Kahlschlag.

Die Anwohnerin Sylke Köhn wandte sich nun an die Untere Naturschutzbehörde (UNB) des Landkreises. Doch diese erklärte sich nach kurzer Prüfung für nicht zuständig, weil es sich bei dieser Fläche um Wald handeln würde. Dafür sei die Forstbehörde zuständig. Dort wiederum wurde ihr erklärt, daß im Wald der private Waldbesitzer zur ordnungsgemäßen Waldbewirtschaftung berechtigt sei.

»Diese Waldbewirtschaftung sieht nun so aus«, berichtete Sylke Köhn unserer Zeitung, »daß alle sieben Rotbuchen, die es auf dem Grundstück gab, abgeholzt wurden und die kerngesunden Laubbäume wahrscheinlich als Kaminholz enden. Ich finde, daß die Stadt Eberswalde sehr wohl alte Baumgruppen benötigt, um ein gesundes Stadtklima zu ermöglichen.«

Ungeklärt ist bislang, ob es sich bei diesem kleinen mit Bäumen bestandenen Grundstück tatsächlich um Wald handelt. Im Eberswalder Flächennutzungsplan ist das besagte Grundstück als Wohnbaufläche ausgewiesen. Laut dem Brandenburger Waldgesetz ist »Wald im Sinne dieses Gesetzes ... jede mit Forstpflanzen (Waldbäumen und Waldsträuchern)



Foto: SYLKE KÖHN

Auf eine sinnvolle Verwertung der Bäume wurde beim Fällen kaum Wert gelegt, sonst hätte man die Stämme nicht quer übereinander zu Boden fallen lassen. Eine solche Behandlung riskiert Risse im Stamm, so daß dann tatsächlich nur noch eine Nutzung als Kaminholz möglich ist.

bestockte Grundfläche. In der Antwort auf eine Kleine Anfrage im Brandenburger Landtag von 2015 wird das auf Flächen über 0,2 Hektar konkretisiert. Ausnahmen entsprechend dem Gesetz sind u.a. »in der Flur oder in bebautem Gebiet gelegene einzelne Baumgruppen«. Entscheidend dürfte sein, ob sich die Fläche im Barnimer Forstkataster wiederfindet.

Falls es sich um Wald handelt, kann der vollzogene Kahlschlag kaum als ordnungsgemäße Waldbewirtschaftung durchgehen. Handelt es sich nicht um Wald, dann greift die Barnimer Baumschutzsatzung und die untere Naturschutzbehörde hätte die Fällungen genehmigen müssen.

Hatte sich D. zunächst in aller Ruhe selbst mit der kamingerechten Zerlegung des Holzes beschäftigt, entfaltete sich nach der Information an die UNB plötzlich eine hektische Betriebsamkeit. Bald entwirrten zwei Forstarbeiter das Chaos der übereinander gestürzten Stämme. Schließlich wurden das Holz aus dem Gelände gerückt und von der Lagerstelle an der Boldtstraße abtransportiert. Binnen einer Woche waren alle mögliche Beweise eines Umweltfrevels entsorgt.

Nachdem die Rotbuchen abgeholzt sind, geht es Sylke Köhn nun vor allem darum, Klarheit zu erhalten, zumal bereits einige andere Eberswalder sie nach den Gründen für die Abholzung fragten. Daher wandte sie sich auch an die Stadtfraktion »Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur«. Deren Fraktionsvorsitzender Mirko Wolfgramm bestätigte dies gegenüber unserer Zeitung und erklärte, daß er sich mit entsprechenden Anfragen an die Stadtverwaltung wenden werde.

Dreihundert

Als im September 1995 die erste Ausgabe der »Barnimer Bürgerpost« an unsere Leserinnen und Leser verteilt wurde, dachte wohl niemand daran – am wenigsten wir selber – daß wir einmal die Ausgabe mit der Nummer 300 in den Händen halten.

»Schon wieder eine neue Zeitung?«, fragten wir in der ersten Ausgabe. »Die Briefkästenquellen über, trotzdem werden wir immer weniger wirklich informiert. Die Inhalte werden von der Werbung bestimmt oder von Leuten, die von weither kommen ... und von westlich der Elbe liegenden Zentralen aus dirigiert werden. Die 1989/90 errungene Pressefreiheit wird so zunehmend wieder eingeengt.«

Geändert hat sich seitdem, daß es damals noch eine gewisse Vielfalt im lokalen Presseangebot gab. Heute ist das kommerzielle Zeitungsgeschäft vollständig monopolisiert. Mit dem »Blitz« verabschiedete sich Ende 2019 das letzte Anzeigenblatt, das nicht zum Unternehmensverbund des Ostbrandenburgischen Monopolisten aus Ulm gehörte.

Insofern scheint es die Notwendigkeit zu geben, auch nach der Nummer 300 mit der »Barnimer Bürgerpost« weiterzumachen.

Die Jubiläums-Ausgabe erscheint als Doppelausgabe. Wir nutzen die Gelegenheit, um auch mal die »Nebengeschäfte« der Bürgerpost etwas näher zu betrachten und informieren beispielsweise über die »BBP im Internet«. Auch unser »Korrekturkollektiv« soll einmal gebührend erwähnt werden.

Unser Jubilieren wird in diesem Jahr übrigens noch ein wenig weitergehen. Im Mai begeht unser Trägerverein die 25. Wiederkehr seiner Gründung und im September sind es 25 Jahre her, daß die erste Ausgabe der »Barnimer Bürgerpost« gedruckt wurde.

Eines wird bleiben: Die »Barnimer Bürgerpost« wird auch weiterhin Niemandem verpflichtet sein, außer ihren Leserinnen und Lesern. »Sie als Bürgerinnen und Bürger sind angesprochen«, schrieben wir in der BBP Nummer 1 vom 22. September 1995. »Ihrer Selbstbestimmtheit und Ihrem Selbstbewußtsein will die 'Bürgerpost' eine Stimme geben. Im Untertitel heißt es 'Unabhängige Leserzeitung'. Das soll nichts anderes bedeuten, als daß wir bei der inhaltlichen Gestaltung unserer Zeitung vor allem auf Sie setzen, liebe Bürgerinnen und Bürger, die Sie zu unseren Leserinnen und Lesern werden. Ihre Meinungen, Ihre Mitteilungen, Ihr Engagement und Ihre Initiativen sollen den Inhalt unserer Zeitung bestimmen. Wie es eben einer richtigen 'Bürgerpost' geziemt... Ihr Zuspruch, Ihre Kritik, Ihre inhaltlichen Beiträge sowie Ihr Bemühen, für die 'Barnimer Bürgerpost' neue Leserinnen und Leser zu gewinnen und somit nicht zuletzt unsere ökonomische Basis zu stabilisieren, sind unsere Garantie, mehr als eine Eintagsfliege zu werden. Wir vertrauen auf Sie.«

GERD MARKMANN

NATO-Kriegsübung Defender 2020:

Militärtransporte durch Eberswalde?

Eberswalde (bbp). Im April und Mai 2020 plant die NATO mit DEFENDER 2020 eines der größten Manöver von Landstreitkräften in Europa seit Ende des Kalten Krieges. Die Fraktion Die Linke bringt nun das Thema auf die Tagesordnung der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung am 29. Februar.

Insgesamt sollen 37.000 Militärangehörige aus 16 NATO-Staaten sowie aus Finnland und Georgien an dem Manöver teilnehmen. Ein Hauptbestandteil ist der Transport einer kompletten US-Panzerdivision mit bis zu 20.000 GIs und dem entsprechend schweren Gerät über den Atlantik und anschließend quer durch Europa an die russische Grenze. »Ziel des Manövers«, so die Eberswalder Linksfraktion, »ist neben der Zurschaustellung militärischer Überlegenheit die Demonstration einer schnellen Verlegung kampfstarker Großverbände aus den USA an die NATO-Ostflanke. Dabei werden auch von Berlin nach Szczecin Transporte durchgeführt.«

Bereits am 14. Februar morgens gegen 8.30 Uhr durchquerte ein Panzerspähwagen der Bundeswehr mit einem Begleitfahrzeug die Eberswalder Innenstadt und befuhr die Eisenbahnstraße in Richtung Westen. Hierzu fragt die Fraktion, ob der Verwaltung bekannt sei, »ob diese Fahrt im Zusammenhang mit dem US-Manöver mit Nato-Beteiligung Defender 2020 stand.«. Die weiteren Fragen:

»Sind der Stadtverwaltung Transporte durch Eberswalde bekannt geworden?

Was ist für den Fall geplant, daß Transporte die Autobahn verlassen müssen und dann durch Eberswalde geleitet werden müssen?

Sind die Bahnhofsbrücke, die Brücke an der Stadtschleuse und die Wassertorbrücke für solche Schwertransporte geeignet?

Schließlich spricht die Fraktion Bürgermeister FRIEDHELM BOGINSKI persönlich an und fragt ihn, ob er sich »im Vorfeld als Mitglied der Initiative 'Mayors for Peace' gegen solche Transporte durch Eberswalde aussprechen« werde.

Luftschloß für Klimawandel-Amt

Die lokale Tageszeitung begann im Januar eine neuerliche Kampagne zur Bebauung der Friedrich-Ebert-Straße Süd, die von den einen als Ebertwiese bezeichnet wird, von anderen als letzte Bomben-Brache in der Innenstadt. (vgl. Seiten 8-9)

Die Pläne des Investors sehen ein wunderschönes Parkhaus mit Gewerbe und Wohnungen vor. Kompetenz zeigte die Schomaker Bau-Gruppe bisher in Eberswalde nicht zuletzt durch den Bau von Verwaltungsgebäuden wie dem Arbeitsamt/Jobcenter in der Bergerstraße. Der neue Gebäudekomplex in der Friedrich-Ebert-Straße wäre prädestiniert gewesen als Standort für das von unserer Fraktion vorgeschlagene Amt für Klimawandel. Nicht zuletzt wegen dem schönen Parkhaus, denn parkende Autos stoßen kein klimaschädliches CO₂ aus.

Leider fand unser Vorschlag keine Mehrheit unter den Stadtverordneten. Für andere als Verwaltungsbauten fehlt indes der Bedarf. Da-

her sollte auf eine Bebauung der Ebertwiese verzichtet werden.

Auch Vorschlag unserer Fraktion, vor dem Erörterungstermin zum Planfeststellungsverfahren B167neu eine StVV-Sondersitzung durchzuführen (BBP 1/2020), um die wirklichen Interessen der Stadt Eberswalde einbringen zu können, fand leider keine Unterstützung. Diese B167neu löst kein einziges Verkehrsproblem in Eberswalde, schadet aber den Anwohnern und der Umwelt und verursacht horrenden Kosten. Nennenswerten überregionalen Verkehr gibt es nicht. Mehr als 90 Prozent des Verkehrs ist Ziel- oder Quellverkehr oder insgesamt innerstädtisch.

Bedarf an einer Rollbahn gen Osten hat bestenfalls das Militär. Zur Erinnerung: Dem letzten großen Krieg fiel nicht zuletzt auch die einstige Bebauung der heutigen Ebertwiese zum Opfer.

MIRKO WOLFFGRAMM,

Die PARTEI Alternative für Natur und Umwelt

Bericht aus Berlin

Eberswalde (bbp). Der SPD-Bundestagsabgeordnete und parlamentarische Staatssekretär Stefan Zierke wird in der 3. gemeinsamen öffentlichen Sitzung der SPD-Ortsvereine Finow und Eberswalde am 15. April um 18 Uhr im Café »Charlys Eck« in Finow erwartet.

Der Finower Ortsvereinsvorsitzende Ringo Wrase lädt alle interessierten Bürgerinnen und Bürger zu der Informationsveranstaltung ein. Sollte es zu kurzfristigen Terminänderungen kommen, versichert Ringo Wrase, »werden wir den Termin auf unserer OV-Homepage unter www.spd-finow.de zeitnah aktualisieren«.

1945 in Bernau

Das »Kriegsende in Bernau« war Thema einer Urania-Veranstaltung am 19. Februar, die von Dr. Richard Hinderlich moderiert wurde. Jeder durfte Erinnerungen (Postkarten, Fotos) mitbringen und sich darüber austauschen. Im Anschluß gab es den »Ich war 19« von Konrad Wolf zu sehen, in dem er u.a. seine biographischen Erlebnisse als kurzzeitiger Stadtkommandant von Bernau filmisch verarbeitete.

S. MAIER

www.maxe-eberswalde.de

Mehr Pflege und Instandsetzung für Klandorf

Klandorf ist ein kleiner Ortsteil der Großgemeinde Schorfheide. Einst aus Groß Schönebeck nach mehreren Großbänden aus Gründen der Bebauungsausdünnung vertrieben, genießen die Bewohner heute die ruhige Lage abseits der Hauptverkehrsstraße. Das Dorfbild mit breitem Anger und Kirche kann man durchaus als idyllisch beschreiben, eine Idylle, die auf der Bewahrung von Traditionellem beruht. Jedoch auch ein Idyll will gepflegt und gewartet sein.

Und in der Pflege und Wartung mangelt es an einigen Ecken im Dorf. So gibt es einen in den siebziger Jahren mit Betonplatten angelegten Fußweg zum Bahnhof des Ortes. Als vor einiger Zeit von den Anwohnern die mangelnde Pflege dieses Fußweges durch die Gemeinde kritisiert wurde, räumte die Gemeinde die Betonplatten in dem durch sie zu pflegendem Abschnitt kurzerhand ab. Seitdem läuft, wer zum Bahnhof will, dieses Wegstück auf der Straße. Bei schlechter Beleuchtung besonders im Winter ist es nicht zuletzt für Eltern ein ungutes Gefühl, wenn sie ihre Kinder auf diesem Weg wissen.

Ebenfalls unerklärlich ist die Tatsache, wie dem fortschreitenden Zerfall der Pflasterstraßen tatenlos zugesehen wird. Klandorf liegt im Biosphärenreservat Schorfheide Chorin. Entsprechend der Satzung des Biosphärenreservates sind Pflasterstraßen als wichtiges charakterbildendes Element der Kulturlandschaft geschützt. Die beiden noch in Klandorf existierenden Pflasterstraßen ohne Asphaltüberzug (der Beginn des Marienwerderweges und die Bergstraße) sind sehr gut gegründet, so daß im Normalfall kaum Warte- und Pflegebedarf bestehen würde. Der derzeitige Reparaturbedarf ergibt sich fast ausschließlich aus dem nicht fachgerechten Wiederverschließen der Pflasterdecke nach der Verlegung von Versorgungsleitungen Ende der 90iger Jahre. Die Kontrolle der fachgerechten Wiederherstellung der Straßen nach Ausführung der Arbeiten hätte durch die Gemeinde erfolgen müssen. Nicht genug, daß diese Aufgabe damals offenbar vollständig vernachlässigt wurde, jetzt werden nun auch die durch Einwohner des

Dorfes nachgewiesenen kostenneutralen bzw. kostengünstigen Möglichkeiten zur Reparatur und Wiederherstellung der Straßen vollständig ignoriert. Bereits vor Jahren gab die Untere Naturschutzbehörde des Kreises eine Zusage, Reparaturarbeiten an den Pflasterstraßen aus den Mitteln des Flächenpools zu unterstützen. Die Gemeinde ruft die Mittel aber einfach nicht ab.

Ein weiterer diskussionswürdiger Punkt ist das Mißverhältnis ständig steigender Friedhofsgebühren ohne eine erkennbare Gegenleistung für den Bürger. In Klandorf gleicht der Friedhofsvorplatz einem Trichterfeld, bei Regen einer Seenlandschaft. Dann ist es schwer, in Würde und trockenen Füßen den Friedhof zu betreten. Auch ein Parken von mehreren Autos ist hier kaum möglich. Der unbefestigte Straßenabschnitt des Marienwerderweges ist von Schlaglöchern übersät. Zwar wurde im Vorfeld der Wahl im Mai 2019 dieser Bereich geschoben, aber erfahrungsgemäß hält der zurzeit noch annehmbare Zustand nicht lange an. Inzwischen wurde auch so viel Proctor aufgebracht, daß die Gullydeckel des Abwassersystems fast völlig verschüttet wurden und somit für Notfälle unerreichbar sind.

– Wir, die BVB/Freie Wähler, treten für ein transparentes, dem Bürger zugewandtes Handeln der Verwaltung ein. Der Bürger hat ein Recht darauf, gehört zu werden, und darf nicht in die Rolle eines Bittstellers gedrängt werden. Verwaltung und Politiker sind dem Bürger über ihr Handeln rechenschaftspflichtig.

– In Klandorf treten wir für eine Instandsetzung des Bürgersteiges zum Bahnhof ein. Das Argument, daß die Gemeinde nicht unter-



Fotos (2): KURT OPPERMANN

Nach der Brücke über das Klanfließ ist der Bürgersteig zum Bahnhof plötzlich unterbrochen, weil er von der Gemeindeverwaltung ersatzlos abgeräumt wurde. Pflege und Wartung, wie sie von den benachbarten Anliegern selbstverständlich geleistet werden, war der Gemeindeverwaltung zu viel geworden.

haltungspflichtig sei, weil der Bürgersteig nicht im Straßenkataster der Gemeinde enthalten wäre, lassen wir nicht gelten. Der Bürgersteig ist ja existent. Im Zweifelsfall muß das Kataster den Gegebenheiten angepaßt werden.

– Wir sind für die schrittweise Instandsetzung der Pflasterstraßen aus den Mitteln des Flächenpools des Kreises. Damit sollte unverzüglich begonnen werden.

– Wir sind für eine angemessene Herrichtung und Befestigung des Friedhofsvorplatzes, ebenso des Marienwerderweges. Wir möchten daran erinnern, daß es maßgeblich der Initiative der BVB / Freien Wähler zu verdanken ist, daß diese Maßnahmen in Brandenburg inzwischen ohne Kostenbeteiligung des Bürgers möglich sind.

– Ebenso sind wir dafür, daß die den Ort hinaus fahrenden Busse am Bahnhof halten, damit man aus der Ortsmitte zum Bahnhof fahren kann, sofern ein Zuganschluß damit gewährleistet ist.

Für alle Punkte unseres Programmes werden wir in dieser Legislatur Anträge in den Gemeinderat einbringen und nach Verbündeten suchen, um in der Durchsetzung möglichst erfolgreich zu sein. An diesem Handeln wollen wir uns messen lassen.

SVEN WELLER und KURT OPPERMANN
BVB/Freie Wähler Nord Barnim



Wenn der Straßenabschnitt vor dem Friedhof nicht gerade frisch geschoben wurde, sieht er aus wie ein Trichterfeld. Zur Kommunalwahl im letzten Jahr wurde rechtzeitig geschoben. Eine nachhaltige Lösung ist das nicht. Das Bild wurde Ende 2017 aufgenommen.

Ehrenamtspaß

Eberswalde (bbp). Die Stadtverwaltung soll die Einführung eines »Ehrenamtspasses« prüfen. Das schlägt die Fraktion von FDP und Bürgerfraktion Barnim (BFB) zur Stadtverordnetenversammlung am 27. Februar vor. Der Ehrenamtspaß soll an Eberswalder Bürgerinnen und Bürger vergeben werden, »die andauernd ehrenamtlich Verantwortung für das Gemeinwohl übernehmen« und soll ihnen »den mit der Ausübung eines Ehrenamtes üblicherweise verbundenen finanziellen Aufwand verringern«. So soll ihnen insbesondere die Nutzung des ÖPNV und beispielsweise der städtischen Bibliothek ermäßigt werden. Im Rahmen der Prüfung sollen weitere ähnliche Unterstützungsmöglichkeiten aufgezeigt werden. »Das ehrenamtliche Engagement der Bürger«, so der Fraktionsvorsitzende Götz Triefloff, »ist die Grundlage einer vitalen Zivilgesellschaft«. Insbesondere junge Menschen, die ausbildungsbedingt nur enge finanzielle Möglichkeiten haben, sollen durch den Ehrenamtspaß dazu ermutigt werden, sich aktiv und verantwortlich für das Gemeinwohl einzusetzen.

Bürgermeisterwahl im Blick

Eberswalde (bbp). Am 29. Januar kam die Wählergruppe »Bündnis für Eberswalde« (BfE) zur ihrer ersten Mitgliederversammlung des Jahres zusammen. Wie GÖTZ HERRMANN berichtete, konnten trotz eingeschränkter Teilnehmerzahl »viele Themen zum Tagesgeschäft und der Stadtpolitik« besprochen werden.

»Wir werteten die Jahresklausur unserer Stadtfraktion aus und widmeten uns dem wohl wichtigsten Thema des Abends: Unserer Rolle bei der Bürgermeisterwahl 2022.« Zum grundsätzlichen Herangehen gehöre dabei die Erarbeitung eines Anforderungsprofils der BfE für die Kandidatin beziehungsweise den Kandidaten.

Bis Ende Februar, so Herrmann, wollen die BfE-Mitglieder ihre Kandidatenvorschläge zusammentragen, um sie dann in der nächsten nichtöffentlichen Mitgliederversammlung Anfang März zu diskutieren. Bereits Anfang Januar hatte die Gruppe verkündet, sie wolle »bei der Bürgermeisterwahl 2022 eine selbstbewusste Rolle einnehmen«. Nach der internen Diskussion in der Gruppe werde es »sicher auch Gespräche mit uns nahen Parteien/Wählergruppen zu diesem Thema geben«. Ziel müsse es sein, 2022 ernsthafte Kandidatinnen oder Kandidaten ins Rennen zu schicken, »die dann künftig unsere Kreisstadt Eberswalde fachlich versiert wie sympathisch repräsentieren können«.

Boginskis neuer Büroleiter

Eberswalde (bbp). Seit dem 1. Januar fungiert STEFAN PRESCHER als neuer Leiter des Büros des Bürgermeisters der Stadt Eberswalde (Amtsleiter). Der 42-jährige Volljurist wurde im Oktober von der Stadtverordnetenversammlung bestätigt. Ihm unterstehen der Sitzungsdienst sowie die Pressestelle.

Müllsammler in Eberswalde

Eberswalde (bbp). Schmutz und Müll auf den Straßen werden schnell zum Aufreger. Nicht ohne Grund, denn eine saubere Stadt gehört ebenso zum Wohlbefinden seiner Bewohnerinnen und Bewohner wie vieles andere mehr. Nicht zuletzt gehören saubere Straßen und Plätze in der Stadt auch zu den Aushängeschildern, die unmittelbaren Eindruck auf Gäste und Besucher machen. Der städtische Bauhof, beauftragte Hausservicefirmen und die Anwohnerinnen und Anwohner tun ihr Bestes, um für ein sauberes Eberswalde zu sorgen. Dennoch bleiben oft Lücken.

Hier werden die Mitglieder der Gruppe »Müllsammler EW Town« aktiv. Die Aktionen der »Müllsammler EW Town« sollen keine Ein-

malaktionen bleiben, sondern künftig regelmäßig stattfinden, nachdem die erste Aktion am 12. Januar auf sehr gute Resonanz stieß.

Alle zwei Wochen treffen sich die Aktiven sonntags um 10 Uhr auf dem Eberswalder Marktplatz. Das nächste Mal am 8. März. Das zu entmüllende Areal legen die Teilnehmer jeweils vor Ort fest. Um für ihre Müllsammelungen Unterstützung zu erhalten, wollen die Initiatoren mit der Stadtverwaltung Kontakt aufnehmen, insbesondere um vom städtischen Bauhof gegebenenfalls geeignete Ausrüstung und Werkzeuge zu erhalten.

Ihre Kontakte knüpfen die Eberswalder Müllsammler über das Nebenan-Nachbarschaftsportal (nebenan.de/groups/34453).

Personalentwicklung und Aufgabenkritik

Eberswalde (bbp). Das geltende Personalentwicklungskonzept für die Stadtverwaltung Eberswalde stammt aus dem Jahr 2009. Damals ging es vor allem darum, mit einer weiteren Verringerung der Mitarbeiterzahl klarzukommen und zu berücksichtigen, daß in den Folgejahren ein überdurchschnittlicher Anteil der Mitarbeiter in den Ruhestand, teilweise auch in den Vorruhestand wechselte. Inzwischen wird der Mitarbeiterbestand der Verwaltung wieder kräftig ausgeweitet. Dabei wird konstatiert, daß es immer schwieriger werde, auf dem Arbeitsmarkt geeignetes Personal zu finden.

Die Fraktion SPD/BfE in der Stadtverordnetenversammlung Eberswalde hat jetzt die »Zeitnahe Evaluierung und Fortschreibung der Personalentwicklungskonzeption (PEK)« auf die Tagesordnung des Stadtparlaments setzen lassen. Bis Ende Mai soll der Bürgermeister eine entsprechende Realisierungsplanung mit Terminen sowie dem notwendigen personellen

und finanziellen Bedarf vorlegen. »Um eine zügige Realisierung zu gewährleisten«, schlägt der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Götz Herrmann vor, »soll eine externe Vergabe in Betracht gezogen werden«.

Die Fraktion verweist auf geänderte Rahmenbedingungen. Neben dem »Fachkräftemangel«, werden hier veränderte Aufgabenstellungen wie die Digitalisierung, der Klimaschutz und allgemein die Einwohnerentwicklung genannt, »welche eine parallel zu führende Aufgabenkritik notwendig machen«. Auch davon unabhängige Probleme wie die Mitarbeiterführung und die Stellenbesetzung seien zu beleuchten.

In einem weiteren Beschlußvorschlag regt die Fraktion an, im April oder Mai 2020 »als Auftakt eines Prozesses der Aufgabenkritik eine Klausurveranstaltung unter Teilnahme der Stadtverordneten und der Verwaltungsführung zu organisieren.«

Das »Wegmoderieren« von Mackern

Streßfreierte Arbeitstreffen, Plena & Co.? Es sorgen nicht nur eine gute Struktur, sondern auch offene Augen und Ohren dafür, daß alle Menschen sich gleichermaßen einbringen können. Dominantes Redeverhalten à la Non-Stop-Talking, laut über andere hinwegreden und Aufgepluster läßt sich methodisch reduzieren. Wir möchten uns mit euch gegenseitig für derartiges Verhalten und seine Anzeichen sensibilisieren. Darauf aufbauend geben wir euch konkrete Methoden mit an die Hand, um dominantes (Rede-)Verhalten zu minimieren.

Und wir wollen uns mit euch austauschen: Was sind eure Erfahrungen aus Arbeitskontexten? Wie kann ich die Beteiligung aller stärken? Redeanteile fairer verteilen? Oder auch Räume öffnen, in denen unangenehmes Redeverhalten angesprochen werden kann, ohne daß sich meine Gruppe danach zerlegt? Den Workshop zum Thema gibt es am 7. März in

der Thinkfarm Eberswalde (Puschkinstraße). Start ist 10 Uhr, das Ende etwa um 17.30 Uhr. Bei Interesse einfach eine Email an: maria.seidel@stuhlkreisrevolte.de

Damit wir auch gleich wissen worum's geht, verrate uns am besten auch schon: Wie möchtest du von uns angesprochen werden? Mit welcher Erwartung oder aus welchem Grund hast du Interesse an dem Seminar? In welchen Kontexten/Projekten/Arbeitsbereichen spricht dich das Thema an?

Um diesen Workshop möglichst vielen Menschen zugänglich zu machen, setzen wir einen Bezahlbetrag nach Selbsteinschätzung zwischen 35 Euro und 70 Euro pro Workshop-Tag an. Weiteres ist verhandelbar.

Zu den Weiterbildungen gibt es natürlich eine schicke Teilnahmebestätigung für die Unterlagen und den Lebenslauf.

MARIA SEIDEL

Atomwaffen abschaffen!

75 Jahre nach der Zerstörung – Eberswalde soll ICAN-Städteappell unterstützen

Eberswalde (bbp). Die Fraktion Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur in der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung will erreichen, daß sich die Stadt »anlässlich des 75. Jahrestages der Zerstörung der Eberswalder Innenstadt durch deutsche Bombenflugzeuge« dem Städteappell der Internationalen Kampagne zur Abschaffung der Atomwaffen (ICAN) zu dem von den Vereinten Nationen verabschiedeten Vertrag zum Verbot von Atomwaffen anschließt.

Der Bürgermeister und der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung sollen gebeten werden, den Städteappell im Namen der Stadt zu unterzeichnen.

Der Städteappell zur Ächtung der Atomwaffen hat folgenden Wortlaut:

»Unsere Stadt ist zutiefst besorgt über die immense Bedrohung, die Atomwaffen für Städte und Gemeinden auf der ganzen Welt darstellen. Wir sind fest überzeugt, daß unsere Einwohner und Einwohnerinnen das Recht auf ein Leben frei von dieser Bedrohung haben. Jeder Einsatz von Atomwaffen, ob vorsätzlich oder versehentlich, würde katastrophale, weitreichende und lang anhaltende Folgen für Mensch und Umwelt nach sich ziehen.

Daher begrüßen wir den von den Vereinten Nationen verabschiedeten Vertrag zum Verbot von Atomwaffen 2017 und fordern die Bundesregierung zu deren Beitritt auf.«

Die Fraktion bezieht sich darauf, daß Stadt und Umgebung viele Jahre lang Militärstandort waren. »In den 1980er Jahren waren in der nahen Umgebung sogar Atomwaffen stationiert. Am 25. April vor 75 Jahren wurden große Teile des Stadtzentrums durch Flugzeuge der faschistischen deutschen Luftwaffe bombardiert und in Schutt und Asche gelegt.«

Eberswalde trage nicht zuletzt auch angesichts der eigenen Geschichte eine besondere Verantwortung. Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur erinnert in diesem Zusammenhang daran, daß der damalige Kreistag Eberswalde 1990 den »Militärfreien Kreis« beschlossen hatte und meint: »Stellen wir uns in diese Tradition!«

Atomwaffen würden für Städte eine besondere Bedrohung darstellen. »Sie sind im Ernstfall die primären Ziele eines atomaren Angriffs. Damit sind Städte direkt betroffen und sollten sich deshalb in die Diskussion zu dieser Frage einmischen. Atomwaffen sind konzipiert, um Menschen und Infrastruktur gigantischen Schaden zuzufügen. Die sogenannte nukleare Abschreckung basiert auf der Drohung, die wichtigsten Orte eines Landes anzugreifen.

Alle Atomwaffenstaaten und ihre Bündnispartner nehmen diese Bedrohung in Kauf und sehen den Einsatz mit Atomwaffen als legitime Verteidigungsstrategie. Damit setzen diese Staaten ihre

Bürgerinnen und Bürger der Vernichtungsgefahr aus.« Die Fraktion erinnert daran, daß die Menschheit in der Vergangenheit wiederholt »an einem Atomkrieg vorbeigeschrammt« sei. »Städte tragen eine besondere Verantwortung für den Schutz ihrer Bewohnerinnen und Bewohner. Aus diesem Grund ist es wichtig, daß sie sich gegen Atomwaffen aussprechen.

Das Engagement von Städten ist wichtig, um Druck auf die Bundesregierung auszuüben, damit diese auf den Willen der Bevölkerung achtet. Wenn Städte die Regierung dazu auffordern, dem Vertrag zum Verbot von Atomwaffen beizutreten, ist dies eine spürbare Mahnung, daß die hier in Deutschland lebenden Menschen Massenvernichtungswaffen ablehnen.«

In der BRD wird der ICAN-Städteappell bisher von achtzig Städten und Gemeinden sowie fünf Landkreisen und Regionen unterstützt. Die durch Stadtverordnete, Bürgermeister, Magistrate, Stadt- und Gemeinderäte, Kreistage und Abgeordneten Häuser vertretene Bevölkerung repräsentiert derzeit 23% der Gesamtbevölkerung der BRD (Stand: 31.01.2020).

»Ein neues Bündnis von Städten weltweit stärkt die Stimmen der Menschen überall und setzt alle Regierungen dieser Welt unter Druck, jegliche Beteiligung an der atomaren Abschreckung und jegliche Verstrickung in Atombombengeschäften zu unterlassen.«

Nach den Vorstellungen der Fraktion soll die Stadtverordnetenversammlung zunächst im März in einer ersten Lesung über den Vorschlag beraten. Nach der Behandlung im Ausschuß für Kultur, Soziales und Integration sowie im Hauptausschuß sollen die Volksvertreter dann am 29. April, also in zeitlicher Nähe zum Jahrestag der Bombardierung vom 25. April, in zweiter Lesung über den Städteappell abstimmen. Wie der Fraktionsvorsitzende MIRKO WOLFGANG erklärte, soll die lange Beratungsfrist nicht zuletzt anderen Fraktionen ermöglichen, sich gegebenenfalls als Miteinreicher an der Initiative zu beteiligen.

AfD akquiriert ungewollt Spenden für Flüchtlinge:

Solidarität statt Haß, Hetze und Lügen

Sarrazin und AfD säen seit Jahren Haß, Hetze und gezielte Lügen, sie verspritzen und aktivieren rassistisches Gift. Wer dann bei den tödlichen Folgen – wie nun nach dem Terror in Hanau – Erstaunen und Erschrecken heuchelt und keinen Zusammenhang, keine Mitschuld sehen will, zeigt eine politische Brandstiftermentalität und versucht die Menschen für dumm zu verkaufen.

Am 7. März wird es in Bernau erneut bunten Protest geben. Denn für diesen Tag hat die AfD um 15 Uhr zur Kundgebung am Bahnhof aufgerufen. Deren Motto »Gemeinsam für Deutschland« wollen Bernauer Antifaschistinnen und Antifaschisten diesmal aufgreifen und in besonderer Weise mit demokratischem Leben erfüllen.

»Der Ausschießeritis der AfD und ihrer Kundgebung in Bernau«, so das Bernauer Netzwerk für Weltoffenheit, »setzen wir als Zivilgesellschaft unsere Haltung entgegen: Solidarisch gegen Haß, Hetze und Gewalt – für ein vielfältiges und zukunftsfähiges Bernau in Deutschland, in Europa und in der Welt.«

Das Netzwerk wird dafür sorgen, daß pro Teilnehmer/in an der AfD-Kundgebung min-

destens 10 Euro an Pro Asyl e.V., an Women in exile bzw. an Barnim für alle gespendet werden. »So tragen die AfD und alle Kundgebungsteilnehmer/innen ungewollt zu mehr Solidarität mit geflüchteten Menschen bei.«

»Demokratieverachtung und nationalistische Volkstümelei stehen nicht für Deutschland, sondern für die Vergangenheit. Wir möchten in keinem Land leben, das von AfD-Demagogen regiert oder mitregiert wird. Wir möchten in einer solidarischen Gesellschaft leben, die Menschenrechte nicht von Zufälligkeiten wie dem Ort der Geburt abhängig macht«, so Robert Lissmann vom Bernauer Netzwerk für Weltoffenheit. Solidarität mit Ausgegrenzten, Benachteiligten, Verfolgten und Geflüchteten braucht keine Alternative!

Wer kann, komme kreativ und bunt am 7. März zu »Bernau bleibt bunt!«

Wer als Gegengewicht zur AfD-Veranstaltung mindestens 10 Euro Spende zusagen kann und möchte, melde sich bitte per Email bei netzwerk.toleranz@web.de

Wir werden auch beim Gegenprotest weitere Spenden sammeln.

Bernauer Netzwerk für Weltoffenheit

Wenn Kriege wichtig wären

Wenn Kriege für Menschen wichtig wären
die Kriegstreiber kämen zu höchsten Ehren
Sie sind aber Verbrecher,
man muß sie verachten
Weil sie den Menschen
nur Not und Elend brachten

Im Kriegsgebiet ein Flüchtlingszelt
Für 600 Flüchtlinge bereitgestellt,
Jetzt 7000 Menschen sich darin bewegen
Nennt ihr das »leben«?

Alle, die an Kriegen gewinnen
Sollte man in das Flüchtlingszelt zwingen
Rüstungsbossen und Militaristen als Therapie
Sowas gab es leider für sie noch nie

ELISABETH MONSIEG, 96 Jahre

Was die Chinesen sagen

Mittwoch nach Lichtmeß wählte der Thüringer Landtag einen Ministerpräsidenten, der schon Sonnabend darauf zurück trat. Rücktritte scheinen modern zu sein. Betroffen sind alle Branchen, Fußball und katholische Kirche inbegriffen. Gefährdet sind Leute, deren Nachname mit K beginnt.

Gleich stellt sich die Kanzlerinnenfrage. Aschermittwoch kommt die Thüringer CDU zu sich und Himmelfahrt wird gewählt.

Im hessischen Hanau erschießt ein Irrer in seinem rassistischen Wahn zehn Menschen. Das ist sehr schlimm. Wir müssen etwas dagegen unternehmen. Wieso kann man hier Waffen kaufen? Ist niemandem etwas aufgefallen? Fragen über Fragen.

In China geht es richtig zur Sache. Die Chinesen kämpfen mit gefährlichen Viren und leiden sehr darunter. Dort sterben viele Menschen und werden ganze Städte unter Quarantäne gestellt. Das öffentliche Leben erlischt und die Leute hocken bei sich selbst in Ihren kleinen Wohnungen. Man kann sich das schwer vorstellen.

Was denken Sie liebe Leserin und Sie lieber Leser, wird Ihnen eine Chinesin oder ein Chinese auf Ihre Frage nach der Zukunft antworten? Schon im Allgemeinen haben es die Leute in China im Vergleich zu uns nicht leicht. Vor ein paar Jahren haben sie den Hunger besiegt.

Die klimatische Folgen der Industrialisierung sind aus geographischen Gründen stark zu spüren. Auch ohne Kohlekraftwerke sieht man China die Sonne nur im Dunst. Können Sie sich vorstellen, daß ein mächtiger Staat Ihnen vorschreibt, wie viele Kinder Sie bekommen dürfen? Was es bedeutet, wenn Menschen, in einer Großfamilie mit vielen Geschwistern aufgewachsen, einsam in kleinen Neubauwohnungen hocken? Oder wenn Sie nur heiraten dürften, wenn Sie eine Wohnung haben, diese aber vor deren Bau ungesehen mit Geld, welches Sie nicht haben, bezahlen müssen? Vielleicht hätten Sie auch keine Krankenversicherung und säßen vor einem Krankenhaus und bettelten um ihr Leben. Um zu leben müssen die Chinesen den Plunder herstellen, den wir uns schicken lassen und wegschmeißen.

Trotzdem werden Ihnen fast alle Chinesen sehr freundlich sinngemäß folgendes antworten. Liebe Hochnäsin, lieber Hohnase regen Sie sich ab. Lächeln Sie und machen Sie was. Bei uns sind viele Dinge und Verhältnisse im Argen und nicht befriedigend. Und wir leiden sehr darunter. Aber wir haben es erlebt und vertrauen für die Zukunft darauf, daß es immer wieder und jeden Tag ein bißchen besser wird. Daß sich alle Menschen anstrengen und unsere Regierung vernünftig handelt und weiß, wie es besser wird. Das macht den Unterschied. Und nun gehen Sie zum Wochenmarkt und hören sich das Gejammer an. Denn soviel Zeit muß sein!

Dr. MANFRED PFAFF

Erfolgreiche PARTEI-Demo

Ministerpräsident und CDU-Chefin traten zurück



Foto: DIE PARTEI OV EBERSWALDE

Eberswalde (bbp). Als am Abend des 6. Februars die Wahl des Chefs der gerademal mit 73 Stimmen in den Landtag gekommenen FDP zum Ministerpräsidenten – was ihm nur mit den Stimmen der AfD gelang, dessen Thüringer Chef per Gerichtsentscheid als »Faschist« bezeichnet werden darf – schaffte es die Eberswalder Ortsorganisation der PARTEI binnen zweier Stunden etwa ein Dutzend PARTEI-Anhänger und Verbündete, unter anderem von der DKP Oberbarnim, für eine Spontandemonstration vor dem Ortsvereinsbüro der FDP in der Eberswalder Dankelmannstraße zu mobilisieren.

»Die PARTEI«, erklärte der Eberswalder PARTEIvorsitzende Mirko Wolfgramm, »stellt sich gegen Spaßparteien und Politiker wie von der Thüringischen FDP, welche sich einfach so zum Spaß mit den Stimmen von Faschisten zum Ministerpräsidenten wählen lassen!«

Die Polizei bot zwei Streifenwagen auf, um die PARTEI-Demonstranten vor möglichen Angriffen militanter FDPler zu schützen. Solche Angriffe blieben freilich im friedlichen Eberswalde aus. Vielmehr entfalteten sich im nächtlichen Dunkel der Dankelmannstraße intensive Diskussionen mit Hausbewohnern und mehreren Straßenpassanten, die beim Abendspaziergang auf die PARTEI-Spontandemo aufmerksam geworden waren.

»Wir haben es geschafft, binnen kürzester Zeit, diese Spontandemo zu organisieren. Das macht schon ein wenig stolz«, sagte Mirko Wolfgramm nach der PARTEI-Demo. »Über alle Erwartung war dann, daß der FDP-Ministerpräsident von AfD-Gnaden dann schon am Sonnabend seinen Rücktritt ankündigte. Noch erstaunter waren wir schließlich, daß dann am Montag auch die CDU-Chefin Annegret Kamp-Knarrenbauer aufgrund unserer Spontandemo hinwarf.«

Amadeu-Antonio-Preis verliehen

Eberswalde (prest-ew). Das Bürgerbildungszentrum Amadeu Antonio war fast bis auf den letzten Platz gefüllt, als am 26. November der 3. Amadeu-Antonio-Preis verliehen wurde. Die Jury, in der auch der Kulturamtsleiter der Stadt Norman Reichelt saß, nominierte sieben der gut 260 Einsendungen für die Preisverleihung in Eberswalde.

»Mit der Verleihung des Amadeu Antonio Preises setzen wir ein Zeichen für die vielfältige, tolerante und bunte Stadt, zu der Eberswalde sich in den letzten Jahrzehnten gewandelt hat. Es ist mir eine große Freude, heute Abend ganz bemerkenswerte Künstlerinnen und Künstler im Namen der Stadt ehren zu können«, so Bürgermeister Friedhelm Boginski. Am Ende gewann die Choreografin Olivia Hyunsin Kim und ihr Team »ddanddar-akim« mit ihrem Projekt »Miss Yellow and Me – I wanna be a musical« den mit 3.000 Euro dotierten ersten Preis. Zwei mit jeweils 1.000 Euro dotierte zweite Preise gingen an die »Black Su-

perman Group« (BSMG) für ihr Album »Platz an der Sonne« sowie an Tamer Düzyol und Taudy Pathmanathan für ihren Gedichtband »Haymatlos.«

Das Figurentheater der Stadt Chemnitz gewann den Produktionspreis der Stadt Eberswalde und wird somit im Herbst 2020 in der Stadt gastieren. Im Rahmen der Veranstaltung vergab die Lars Day Stiftung den mit 3.000 Euro dotierten »Lars Day Preis – Zukunft der Erinnerung« für Kunstvermittlung und Bildung an die Kampagne »sofie«. Für den Amadeu Antonio Preis 2019 waren 260 Einreichungen eingegangen. Der Preis wird seit 2015 alle zwei Jahre von der STADT EBERSWALDE und der AMADEU ANTONIO STIFTUNG vergeben und würdigt Werke aus den Bereichen Bildende Kunst, Literatur, Theater und Musik, die sich mit Rassismus und anderen Formen von Diskriminierung auseinandersetzen, sowie für Menschenrechte und Diversität eintreten.

Streit um einen neuen Mietspiegel

von Paul Venuß

Neuer Mietspiegel »verallgemeinert« die hohen Neuvermietungen der letzten Jahre auf ganz Eberswalde

Kürzlich hat die lokale Tageszeitung* eine Studie der »Zeit Online« zitiert wonach Eberswalder Haushalte durchschnittlich 31% ihres Gehalts für die Kaltmiete (einschließlich der kalten Nebenkosten) aufbringen. Eine Quote von über 30% gelte unter Sozialwissenschaftlern als kritisch. Bei einem Durchschnittsverdienst von 1280 Euro werde durchschnittlich 401 Euro für die Kaltmiete ausgegeben. In die Wertung gingen lediglich sogenannte Angebotsmieten ein, also die Mieten, die man bei einer Neuvermietung zahlen muß.

Auch die Initiative Recht auf Stadt hat bei einer Überschlagerung der Angebotsmieten aus dem Wohnungsportal »Immoscout« im September 2019 für die Innenstadt eine Durchschnittskaltmiete von 7,83 Euro/m² ermittelt. Es werden weiterhin Daten gesammelt, um zu einer nach Anbietern differenzierten Aussage zu gelangen. Die Bestandsmieten hingegen betragen im WGH-Bestand lediglich durchschnittlich 5,23 Euro/m² (Quelle: WHG). In der Differenz dieser beiden Zahlen läßt sich die Tendenz klar ablesen. Nach der Studie von »Zeit-Online« sind die Mieten im Zeitraum von 2012 bis 2019 um 25% gestiegen!

In den Mietspiegel fließen immer die abgeschlossenen Neuvermietungen und Mieterhöhungen der letzten vier Jahre ein. Der Eberswalder Mietspiegel (2016) spiegelt also die abgeschlossenen Mietverträge zwischen den Jahren 2012 und 2016 wider. Nach seiner Definition soll der Mietspiegel eine ortsübliche Vergleichsmiete abbilden. Durch die Betrachtung lediglich der letzten vier reflektiert er jedoch vor allem den vollzogenen Anstieg der Mieten und ist somit per se schon sehr vermietetfreundlich.

Gegenwärtig verhandeln Vermieter (Haus&Grund e.V.) und Mieter-Vertreter (Mieterverein Viadrina e.V.) unter Moderation

durch die Stadtverwaltung über den neuen Mietspiegel. Die Verhandlungen sind nach Angaben des Mietervereins zum Erliegen gekommen, weil Haus&Grund mit inakzeptablen Forderungen das Verhandlungsklima vergiftet habe. In dem Streit geht es um die Merkmalstabelle der mietsteigernden Merkmale, in der die Eigenschaften der Wohnung festgelegt sind, die eine überdurchschnittliche Miete rechtfertigen. Beispielsweise sollen Balkone nach Wunsch von Haus&Grund bereits ab einer Größe von 0,5 Quadratmetern als solche angerechnet werden dürfen. Außerdem müssen in dem neuen Mietspiegel nach einer Gesetzesänderung die letzten sechs statt vier Jahre berücksichtigt werden. Die Stadt warte noch auf eine entsprechende Umsetzungsverordnung (so die Information im Ausschuß für Wirtschaft und Finanzen am 18. Februar).

Eines muß jedoch festgehalten werden: Ein neuer Mietspiegel ist nicht im Sinne der Eberswalder Mieterinnen und Mieter, weil er den starken Anstieg der Angebotsmieten der letzten vier (bzw. sechs) Jahre als Basis für die Anhebung aller Bestandsmieten festsetzt! Die Folge wird eine neuerliche Welle von Mieterhöhungen sein. Grundsätzlich ist die Erstellung eines Mietspiegels freiwillig und stellt keine kommunale Pflichtaufgabe dar. Die Stadt

könnte aus Rücksicht auf die bereits hohe Mietbelastung der Eberswalder Haushalte auf eine Aktualisierung des Mietspiegels verzichten!

Festzuhalten ist auch, daß die Vermieter-Vertreter von Haus&Grund mit ihrer harten Klientel-Politik weiter Öl ins Feuer gießen und damit zwangsläufig zu einer Eskalation des angesprochenen Mieter-Vermieter-Verhältnisses beitragen. Sie betrachten den Mietspiegel, der eigentlich eine Vergleichsmiete ermitteln soll, als ein reines Mietanhebungsinstrument! Vor allem kleine private Vermieter, die ihr Haus mit ihren Mietern teilen, sind sicher mehr an einem friedlichen Miteinander interessiert, als daran, aus ihren Mietern den letzten Euro auszuquetschen!

* Viola Petersson: Angespannter Wohnungsmarkt, in: MOZ, 11.02.2020

Aktuelle Mietpreise 1893 (Stand 18.01.2020):

Leibnizviertel/Ringstr. 7,- € kalt
Kopernikusring 6,70 € kalt
Walter-Kohn-Str. 7,70 € kalt
Erster BA im Brandenburgischen Viertel: 6,30 € kalt mit einem Ausreißer 7,0 kalt (EG)
Die Vierraumwohnungen im Brandenburgischen Viertel sind für 5,90 € kalt zu mieten.

(jg)

Gehwegbau in der Heegermühler Straße:

Das ist nur Instandsetzung im vorhandenen Querschnitt

Eberswalde (bbp). Mehrere Wochen lang war die Heegermühler Straße am Ende des vorigen Jahres in Höhe des Garnitionsfriedhofs und des Hochhausneubaus in der Fahrspur reduziert. Grund waren Bauarbeiten am dortigen Gehweg, wofür die milde Winterwitterung ausgenutzt wurde.

Verbesserungen bei den oftmals maroden Geh- und Radwegen in der Stadt werden von den meisten Einwohnern sehr begrüßenswert. Hier allerdings befürchteten Mitglieder der Bürgerinitiative »Radwege in Eberswalde«, daß die Maßnahme benutzt werden könnte, um baulich vollendete Tatsachen zu schaffen, durch die eine Rückabwicklung der Verkehrsführung – wie von der BI gefordert – erschwert oder unmöglich gemacht wird. Die Klage, mit der die Initiative den Landratsbescheid zur Nichtzulassung des Bürgerentscheids anfechtet, liegt seit März 2019 beim Verwaltungsgericht in Frankfurt (Oder). Seit Juni sind alle Schriftstücke ausgetauscht und die Sache liegt.

Auf die Frage an das Baudezernat, ob bei den Bauarbeiten mögliche spätere Varianten mit Radnutzung berücksichtigt werden, antwortete zunächst die Leiterin des Tiefbauamts Heike Köhler: »Bei dem Bauvorhaben handelt es sich um eine Maßnahme aus dem Runden Tisch Geh- und Radwegsanieuerung, die im Herbst 2018 festgelegt wurde. Der Gehweg wird hier nicht grundhaft ausgebaut, sondern nur der Oberflächenbelag erneuert. Es handelt sich um eine Unterhaltungsmaßnahme, für die kein extra Beschluß notwendig ist.« Da die eigentliche Fragestellung hier galant umgangen wurde, folgte eine konkrete Nachfrage, die zunächst ohne Reaktion blieb. Erst eine erneute, nunmehr nachdrücklicher vorgetragene Nachfrage erbrachte schließlich die Auskunft: »Die Borde entlang der Fahrbahn wurden nicht verändert. Der vorhandene Querschnitt des Gehweges wurde nicht geändert. Der Gehweg ist nur durch den Einbau neuer ortsüblicher Pflastermaterialien gestaltet.«

Den Vermutungen, daß der neue Gehweg

schmäler gebaut wurde als der bisherige und der Grünstreifen zwischen Gehweg und Straße breiter, wurde demnach faktisch widersprochen. Baudezernentin Anne Fellner bestätigte damit, daß die Baumaßnahme keine Auswirkungen auf eine eventuelle gemeinsame Nutzung als Geh- und Radweg haben wird. Freilich vergaß es die Dezernentin nicht, noch darauf hinzuweisen, daß die Baulast für den Radweg beim Landesstraßenamt liegt, woran auch der Ausgang der Klage nichts ändern werde.

Seitens der BI wurde bestätigt, daß es hier keine offenen Fragen gebe, ebenso wenig wie zu den verschiedenen Verantwortlichkeiten von Anne Fellner als Baudezernentin im allgemeinen und als untere Straßenverkehrsbehörde im besonderen.

Inzwischen ist der neue Gehweg fertiggestellt. Die Maße entsprechen nun dem Standard, mit dem auch der neue Gehweg auf der gegenüberliegenden Straßenseite im Bereich des Westendcenters errichtet wurde.

Läden stehen leer

»Lauf' durch die Stadt und zähl' die Leerstände – meine beiden Hände reichen da nicht aus.«

Wir haben eine Rathauspassage, die mittlerweile nicht einmal mehr vollständig gefüllt werden kann. Schon in allen Eingangsbereichen weht der Wind durch die leeren Fenster. Läuft man weiter entlang der Friedrich-Ebert-Straße, so trifft man im Herzen der Stadt auf verlassene Geschäfte. Genau dort, wo Platz für weitere Einkaufsmöglichkeiten geschaffen werden soll. Auch anliegende Straßen, wie die Eisenbahnstraße oder die Brautstraße sind betroffen. In der Innenstadt guckt man in weit mehr als 30 leere Schaufenster.



Blick auf den Platz, auf dem heute die Mensa der Fachhochschule steht (vor 1945, Radierung von einem unbekannten Künstler – Archiv).

In dem letzten Jahr hat es sich die Eisdiele »Uckereis« hier gemütlich gemacht – sicher besprenkelten diesen Sommer viele bunte Eistropfen die Wiese – denn ein jeder, der hier eine Kugel Eis kaufte, machte es sich im Grünen bequem.

Bis heute ist die Grünfläche als Bauland gekennzeichnet – auf dem die Initiative »Recht auf Stadt« im Dezember das »Luftschloß« errichtete. Mit der Idee im Hinterkopf, daß man die Grünfläche gerne erneuern kann, aber ihre Natur leben und atmen lassen, statt sie in Stein zu weißeln.

Die Mitbürger haben da auch schon einige Ideen: »Man kann ein paar Holzbänke aufstellen«. Auch ein Trinkbrunnen, an dem man sich frisches Wasser abzapfen kann, würde die Stadtmitte beleben. Lichtquellen können sowohl zur Beleuchtung in der Dunkelheit als auch für die benachbarten Geschäfte von Vorteil sein. Und liegt es nicht auch im Interesse der Stadt, die bestehenden Gebäude zu nutzen, statt sie verfallen zu lassen? Vielleicht könnte man dem Einzelhändler da entgegenkommen, sodaß sich Menschen auch wieder mit neuen Geschäftsideen in Eberswalde ansiedeln.

»Bisher sieht die Wiese ziemlich wild und sich selber überlassen aus.« Aber wir haben es in der Hand, die Natur um uns herum zu pflegen und zu gestalten – also warum verleihen wir ihr nicht den Charakter, den sie verdient – als Teil der Waldstadt.

FRANKA BOCK

Fair und gewinnbringend

Diskussionsrunde zur Gestaltung der Friedrich-Ebert-Straße Süd

Zur möglichen Bebauung der freien Grünfläche auf der südlichen Friedrich-Ebert-Straße gehen seit einiger Zeit die Meinungen auseinander. Die SPD|BFE-Fraktion brachte am 25. Januar erstmals verschiedene Interessengruppen an einen Tisch.

»Miteinander statt gegeneinander« war das Motto der zweistündigen Diskussionsrunde in der Alten Post am Samstagvormittag, die direkt nach der Vergabe des Dr. Ursula Hoppe Sozialpreises stattfand. Insgesamt waren mehr als dreißig Teilnehmerinnen und Teilnehmer anwesend. Neben den Fraktionsmitgliedern der SPD|BFE kamen Gäste aus der Stadtverwaltung, dem Eberswalder Stadtbummel, der HNEE, der Gastronomie und den sozioökologischen Gruppen, wie »Recht auf Stadt« und der Thinkfarm. Trotz zum Teil unterschiedlicher Vorstellungen wurde an einem Strang gezogen: »Was wir alle teilen, ist die Belebung der Innenstadt« so Jule von der Initiative »Recht auf Stadt«. Auch die Baudezernentin Anne Fellner betonte den positiven Effekt: »Diese Diskussion spaltet nicht, sondern bringt zusammen.«

Viele verschiedene Ansätze, wie die freie Grünfläche sinnstiftend genutzt werden kann, wurden ausgetauscht. So kann mit einer Bebauung und der Etablierung neuer Verkaufsräume der Einzelhandel gestärkt werden. Dies sollte unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit, wie zum Beispiel als Teilbebauung durch einen Holzbau mit einer üppigen Begrünung, geschehen. Auch wenn sich die meisten für eine Bebauung aussprachen, wurden gleichzeitig Problemfelder aufgedeckt. Dies bezieht sich vor allem auf die schlechte Parksituation in der Innenstadt.

Stimmen, die sich gegen eine Bebauung äußerten, sehen das Potential der freien Fläche als einen Ort der Begegnung. Dieser könnte mit verschiedenen Verweilmöglichkeiten an die Jahreszeiten angepaßt werden. Über die Entstehung eines gemeinsamen Ortes, an dem sich Bürgerinnen und Bürger treffen könnten, herrschte Einigkeit, egal ob Bebauung oder

nicht. Wie dieser Ort in Zukunft aussehen soll, steht noch nicht fest. Grün und sozial soll er in jedem Fall sein. Denn neben der möglichen Errichtung von Einzelhandelsläden, sei auch der soziale Wohnungsbau sehr wichtig, um sozial schwach integrierte Menschen nicht auszugrenzen, so Fraktionsvorsitzender Hardy Lux.

Mit dem Ziel, verschiedene Interessengruppen an der Planung einer möglichen Bebauung teilhaben zu lassen, endete die Diskussion als fairer und gewinnbringender Austausch. Auch Amtsleiter für Stadtmarketing und Tourismus, Georg Werdermann, betonte die Notwendigkeit eines »Mitmach-Urbanismus« für die Stadt Eberswalde. Die Alte Post, die am 2. Februar offiziell ihre Türen als Café, Bar und Veranstaltungsort öffnet, steht für einen beispielhaften Zugewinn für die Stadt Eberswalde und einem neuen Ort, an dem sich Bürgerinnen und Bürger treffen und austauschen können.

Ebenfalls fand an diesem Tag die erste gemeinsame Klausur der Stadtfraktion SPD|BFE statt. Es wurden die wichtigsten Themen der nächsten Wahlperiode herausgearbeitet und in einem Arbeitsplan festgehalten. Im Zentrum der Themen steht insbesondere eine positive, attraktive sowie nachhaltige Weiterentwicklung der Stadt, an der die SPD|BFE-Fraktion alle Bürgerinnen und Bürger aktiv teilhaben lassen möchte. So auch, wenn es um die Friedrich-Ebert-Straße geht, die Fraktionsvorsitzender Hardy Lux als das »Wohnzimmer« der Stadt Eberswalde bezeichnet. Unterschiedliche Perspektiven sind bei der Gestaltung unabdingbar und aus diesem Grund soll eine Partizipation der Bürgerinnen und Bürger gewährleistet werden. Ideen und Anregungen sind herzlich willkommen.

JULIA LINDNER

Bäume in der Weinbergstraße?

Eberswalde (bbp). Die Weinbergstraße in Eberswalde wird saniert. Der Baubeschluß steht am 27. Februar auf der Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat dafür einen Änderungsantrag eingebracht. Statt der Vorzugsvariante der Vorplanung vom April 2019 soll auf Vorschlag der Bündnisgrünen Variante 2 umgesetzt werden, die zwischen den Parktaschen die Pflanzung von zehn Bäumen vorsah. Damals sollte aufgrund des prognostizierten »Parkdruck« durch die Patienten der Ärztehäuser an der Karl-Liebknecht-Straße auf das Straßenbegleitgrün verzichtet werden. Lediglich an der Einmündung zur Schicklerstraße war ein sogenanntes »Baumtor« vorgesehen.

Die Bündnisgrünen erinnern mit ihrem Antrag daran, daß in den vergangenen Jahren bei

Straßenbaumaßnahmen regelmäßig Bäume gepflanzt wurden. »Zielstellung war, das Erscheinungsbild und das Stadtklima im öffentlichen Raum zu verbessern. Positive Beispiele in der Eisenbahnvorstadt sind die August-Bebel-Straße, die Blumenwerderstraße und die Zimmerstraße.« Die Weinbergstraße verlaufe von Süd nach Nord ansteigend. »An heißen Sommertagen ist sie der Aufheizung durch die Sonneneinstrahlung stark ausgesetzt. Eine Verschattung durch Bäume mindert die negativen Effekte und wirkt positiv auf das Mikroklima.« Die Pflanzung von Bäumen stelle zudem einen weiteren Beitrag zum Klimaschutz dar und reagiere somit direkt auf das im Dezember beschlossene »Eberswalder Klimapaket«. Entsprechend diesem Beschluß sind Lösungen zu bevorzugen, »die sich positiv oder neutral auf das Klima auswirken«.

Ebertwiese – Kriegsbrache – Baugebiet Ebertstraße Süd

Der gute Name fehlt

von Dr. Manfred Pfaff

Im örtlichen Blätterwald rauscht angefacht von allgegenwärtigen Bauwütigen zum wiederholten Male und ohne zwingenden Grund eine Diskussion über die angeblich stadtpolitisch unbedingt erforderliche Bebauung der grünen Fläche zwischen Puschkinstraße und Campus der Fachhochschule. Die Angelegenheit schien vergessen, die Argumente ausgetauscht und das Areal so wie es ist akzeptiert. Man hätte nachgerade denken können, daß Menschen lernfähig wären. Aber nein. Da wird eine Bauunternehmung aus entfernten Landstrichen herbeigekockt und die üblichen Zuträger labern ihre Litanei von der Sanierung des historischen Zentrums durch Wiederbebauung herunter.

Nochmal zum Mitlesen. Das historische Stadtzentrum ist verschwunden. In den ehemaligen Baulücken stecken jetzt großformatige Baukörper und ein paar Eigenheime. Die Straßen sind schön hergerichtet. Bauen in der ehemaligen Flußaue der Schwärze ist auch heute nicht ganz einfach. Das Grundwasser steht hoch an, erzeugt aufsteigende Nässe und ist ständig in Bewegung. Der Baugrund aus Schwemmsand, Moor und Schutt trägt nicht so recht. Übergroße Baukörper quetschen den weichen Boden zusammen und großflächige Versiegelungen vergrößern das Problem zusätzlich. Wegen der Bebauung geht es um Beschäftigung der Verwaltung, ein bißchen Profit von Bauunternehmungen und die Aktivierung von einigen Euro, die Stadt und städtische Wohnungsbaugesellschaft vor Jahren in den Grund der grünen Fläche investiert haben. Man redet nichtmal über Arbeitsplätze, weil in der Bauindustrie wie durch ein Wunder Vollbeschäftigung eingetreten ist. Ein Bedarf an Wohnraum und Geschäften läßt sich nicht erkennen.

Höchste Zeit, daß sich die Sicht auf die Bebauung im Stadtzentrum nach den Gegebenheiten richtet und endlich zukunftsfähig und menschlich wird. Ausgiebige Diskussionen erbrachten viele gute Gründe, die Fläche so zu lassen wie sie ist und nicht zu bebauen. Da verweisen wir gerne an die Initiative Recht auf Stadt und deren Veröffentlichungen. Nur der gute Name fehlt. Die einen sagen Friedrich-Ebert-Straße Süd und die anderen Ebertwiese. Das alles paßt nicht zu dem grünen Areal.

Beginnen wir mit dem Wichtigsten. Die Fläche hat so wie sie ist aus mehreren Gründen einen Wert an sich. Das Areal ist aus sich heraus wertvoll für Menschen in Eberswalde und Besucher. Zuallererst erfreut sie ganz nebenbei Anwohner und Spaziergänger. Sie bietet knappen Lebensraum für Pflanzen und Tiere, verbessert das Klima und ist billig in der Unterhaltung. Wenn man unbedingt die Qualität des Lebensraums verbessern wollte, bräuhete man nur Studenten der Fachhochschule machen lassen. Die würden sich darüber freuen und noch was Schöneres zum Vorzeigen und Üben daraus entwickeln. Auch hört man schon von vielen Seiten gute Ideen.

Die nachhaltige Hochschule hätte auch guten Grund dieses Vorhaben zu unterstützen. Stehen doch Mensa und Bibliothek auf ehemaligen Grünflächen des historischen Stadtzen-

trums. Diese Flächen waren bis zu dessen Zerstörung im April 1945 nicht bebaut und sind als funktionale Grünfläche im Stadtzentrum nun nicht mehr vorhanden. Hier mußte aus Gründen des Aufschwungs von eifrigen Beamten und Verfolgten des DDR-Regimes unbedingt und schnell gebaut werden, weil sonst Fördermittel verfallen wären und sich die Hochschule nicht nachhaltig entwickelt hätte. In der Eile haben sie neben den Türen zur wichtigen Einkaufsstraße auch den Ausgleich der Grünflächen glatt vergessen. Das kann man aber nachholen. Wirklich.

Ganz nebenbei hat die grüne Fläche auch städtebaulich einen eigenen Wert. Falls der Druck auf das Stadtzentrum wider Erwarten größer würde und die Menschen bahnbrechende Ideen für die Gestaltung hätten, stünde eine unverbaute Fläche zur Entlastung und Entwicklung bereit. Und ganz von selbst und ohne eigenes Zutun stiege auch der monetäre Wert der Flächen in den Büchern der Eigentümer.

Viel wichtiger ist die grüne Fläche aber als Vermächtnis unserer Altvorderen.

In ihrer Gier haben die Bürger, der nach Eberhard dem Starken und Harten benannten Stadt vor 130 Jahren die bis dahin unbebaubare sumpfige Wiese in der Flußaue der Schwärze im Rückstau der großen stolzen Mühle mit Schutt aufgefüllt und mit repräsentativen Bauten bestückt. Ihre Gier war grenzenlos und trieb sie treu ergeben mit ihren modernen Waffen in die Weiten Rußlands und in flandrische Stellungen. Damit nicht genug, mußten sie ein zweites Mal ausrücken und die libysche Wüste, das Nordkap und den Kaukasus erobern und ganz nebenbei sehr viele Menschen umbringen. Verbohrt und verbissen haben sie Ihre letzten Bomben im April 1945 auf der schönen Neuen Kreuzstraße und den repräsentativen Bürgerhäusern abgeladen.

Ihre klügeren Nachfolger gaben der halbseitig zerstörten Straße als Mahnung den Namen des von seinen großen Aufgaben überforderten Reichspräsidenten Friedrich Ebert, auch ein Harter und Starker, wie der Name schon sagt. Dieser paktierte, kaum durch die Revolution ins Amt gekommen, mit den feigen militärischen Eliten des alten Kaiserreichs. Durch mangelhafte Aufarbeitung der deutsche Kriegsschuld und deren Gründe führte dieser Weg unsere Vorfahren zwanghaft in das zweite Inferno. Wir Lebenden täten gut, wenn wir uns

unserer Geschichte stellen würden und diese von sich aus begrünte Trümmerbrache in Eberswalde zur Mahnung vor dem Starken und Harten sich selbst überlassen und nicht nach Ihnen nennen würden.

Aber wie es so ist im Leben. Die Mahnung ist verhallt. Das nunmehr Gute und Neue brach sich seine Bahn. Man mußte unbedingt noch einmal in der Flußaue bauen.

Die geschichtsträchtige Eberswalder Volksbank war mit der Errichtung Ihres schicken Hauptgebäudes wegen der enormen Baukosten umgehend pleite und durfte zur Rettung schnell mit der Berliner Volksbank fusionieren. Die Tiefgarage der Eberswalder Sparkasse ist bereits zweimal durch anströmendes Grundwasser abgesoffen. Hier waren nachträglich aufwendige Arbeiten zur Abdichtung auszuführen. Die untere Etage der Michaelisgärten stand unmittelbar nach der Errichtung lange leer und mußte aufwendig saniert werden. Aufsteigende Nässe erwies sich als Baumangel und führte zu langwährendem Streit. Und die städtische Wohnungsbaugesellschaft mußte einen größeren Betrag abschreiben. Das Geld fehlt hinten und vorne und muß von den anderen Mietern aufgebracht werden. In der Michaelisstraße Nummer 9 müssen im Erdgeschoß sämtliche Fußböden und ein Teil der Wände entfernt und saniert werden, weil diese durch aufsteigende Nässe zerstört sind. Alle diese Gebäude sind aufwendig entweder mit tiefen Pfählen oder starren Wannen gegründet, was nicht unerheblich den Wasserhaushalt im Untergrund verändert und hohe Baukosten verursachte. Auch fehlt es den formschönen Gebäuden der Mensa, der Bibliothek, den Michaelisgärten und dem Haus Nummer 9 an einer historischen Eleganz.

Einen eigenen Wert erhält die grüne Fläche nunmehr durch bürgerschaftliches Engagement, mit sichtbarem Erfolg, wie der neuen Zebrastrifen dokumentiert. Vielleicht findet sich jemand der bildlich oder plastisch eilige Passantinnen und Passanten an den vergrabenen Fluß, das Starke und Harte, die repräsentative historische Bebauung, die beiden unsäglichen Kriege, die dümmliche Bombardierung, deren Trümmer, die übereilte Wiederbebauung der Nachbarschaft und den Kampf um den Erhalt der grünen Fläche erinnern könnte? Bei der Gelegenheit könnte man dem grünen Areal auch den guten Namen geben. Eberts Wiese paßt einfach nicht. Soviel Ruhm hat der harte und überforderte Mann nicht verdient. Einen Hinweis liefert die Geographie. Die Fläche liegt auf der nördlichen Seite des Kienwerder, einer flachen Erhebung im südlichen Teil der Talaue der Schwärze. Dem slawischen Namen nach könnten Grillen, die in lichten Kiefernwäldern vorkommen, die Namenspatroninnen des Flusses gewesen sein. Bitte laßt die Fläche aber wie sie ist. Sie mahnt uns aus sich heraus. Findet sich ein passendes Kunstwerk und ein guter Name nicht, reicht auch einfach eine schöne große Bank zum Ausruhen.

80 Jahre umweltfreundlich

Es sei hier kurz darauf hingewiesen, daß seit dem 3. November 1940 der Obus in Eberswalde fährt. Diese Art von umweltfreundlicher Elektromobilität ist in der BRD nur noch in drei Städten vorhanden. Viele Ereignisse konnten den Einsatz von Obusses nicht stoppen.

Erinnert sei an die vollständige Zerstörung der Obusflotte in der Bombennacht vom 25. und 26. April 1945 und dem danach schwierigen Wiederaufbau in der DDR. Auch verschlissene Anlagen, Ersatzteilmängel an den Fahrzeugen und der Trend Obusbetriebe aufzugeben, überwand der Eberswalder Obusbetrieb.

Er wehrte sich auch mehrfach gegen den politischen Willen, Obusse zu verbannen. Sogar Gegenteiliges geschah. Der Eberswalder Obus wurde sowohl zur DDR Zeit, als auch nach dem Anschluß an die BRD, erweitert. Alle Versuche den Obus stillzulegen scheiterten.

Gegenwärtig wäre es sinnvoll, wenn der Obus nicht nur bezüglich der Aktenlage und auf dem Papier nach Südend und Finowfurt, sondern auch in der Realität dorthin fahren würde. Leider werden in der BRD keine umweltfreundlichen Busse gefördert. Aber wer die Schwierigkeiten der letzten 80 Jahre überstanden hat, der wird sicherlich für die Gestaltung einer erfolgreichen Zukunft kämpfen.

Dr. ULRICH POFAHL



Foto: Jürgen Grambow

Freundschaftsnachmittag

Eberswalde (bfg). Die Eberswalder Regionalgruppe der Brandenburgischen Freundschaftsgesellschaft e.V. lädt für den 10. März zu einem Freundschaftsnachmittag in die Räumlichkeiten des Kontakt e.V. ein.

Auf der Tagesordnung stehen unter anderem die Vorbereitungen für die Ehrung der Fliegerhelden Boris Kapustin und Juri Janow am 6. April auf dem Garnisionsfriedhof in der Heegermühler Straße sowie der 75. Jahrestag der Befreiung am 8. Mai.

Der Freundschaftsnachmittag, der diesmal von Helga Schäfer gestaltet wird, beginnt um 14 Uhr. Um Anmeldung eine Woche vor der Veranstaltung wird gebeten (eberswalde.bfg@fn.de). Die Räume des Kontakt e.V. befinden sich im Vereinshaus der Wohnungsgenossenschaft Eberswalde 1893 eG in der Havellandstraße 15 in Eberswalde.

WALDEMAR HICKEL, Vorsitzender

Wem gehören die Grundstücke?

Eberswalde (bbp). In der lokalen Tageszeitung war seit Jahresanfang mehrfach zu lesen, daß die Schomaker Baugruppe in ihrem Plan, die Ebertwiese mit einem Parkhaus, Läden sowie Wohnungen zu bebauen, bereits große Fortschritte erzielt habe. Insbesondere zitierte das tägliche Heimatblatt einen Sprecher der Gruppe, wonach sich die meisten Grundstücke bereits in deren Eigentum befänden und nur noch Restflächen erworben werden müßten.

Diese Aussage stellte sich nun als falsch heraus, nachdem Vertreter der Fraktion Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur zum einen bei der städtischen WHG Wohnungsbau- und Hausverwaltungsgesellschaft mbH und zum anderen im Grundbuch- und Katasteramt nachgefragt hatten. Die WHG antwortete für ihre Grundstücke, während die Ämter eine

Auskunft gegenüber dem fragenden Stadtverordneten schlicht ablehnten. Der Stadtverordnete Oskar Dietterle will diese Abweisung seines berechtigten Begehrens nicht auf sich beruhen lassen.

Schließlich informierte die Eberswalder Baudezernentin Anne Fellner auf Nachfrage von Albrecht Triller in der Einwohnerfragestunde des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt (ASWU), daß weder die Stadt noch die WHG bisher Grundstücke an den Investor verkauft haben und dies ohne Zustimmung durch die Stadtverordnetenversammlung auch nicht erfolgen werde. Letzteres trifft allerdings nur für die Grundstücke in städtischem Eigentum zu, sofern die laut Hauptsatzung festgelegten Wertgrenzen überschritten werden.

Zweifel an der Wirtschaftlichkeit

Die ersten Ideen für eine Wiederbebauung des 1945 von deutschen Bomben zerstörten und heute als »Friedrich-Ebert-Straße Süd« bezeichneten Areals nach der Wende gab es bereits 1992. Fünf Jahre später beschlossen die Stadtverordneten einen ersten Bebauungsplan, der aber mangels Investoren und wegen förmlicher Mängel nie umgesetzt wurde. Bis Bürgermeister Friedhelm Boginski das Vorhaben wieder aus der Versenkung zog und zu seinem Prestigeprojekt erhob. Da keine privaten Investoren Interesse zeigten, sollte es die städtische WHG Wohnungsbau- und Hausverwaltungsgesellschaft richten. Im Jahr 2011 wurde begonnen, einen neuen Bebauungsplan aufzustellen, zur »Absicherung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung des Quartiers durch Wiederherstellung der historischen Blockrandbebauung«, wie es im Beschlußtext hieß.

Ein Jahr später war von 4000 Quadratmetern Gewerbe- und 6000 Quadratmetern Wohnfläche die Rede, wobei die neuen Wohnungen »sicherlich mit keinem Sozialmietpreis gleichzusetzen« sei, wie der damals neue WHG-Geschäftsführer Thomas Köchig im Juni 2012 im Ausschuß für Bau, Planung und Umwelt sagte. Ein reiner Wohnungsbau an dieser Stelle wäre aus wirtschaftlichen Gründen undenkbar. WHG und Stadt hätten festgelegt, daß sich dieses Projekt über einen Zeitraum von 50 Jahren selbst tragen müsse. Baudezernentin Anne Fellner wies damals auf den sehr schlechten Baugrund hin, weswegen aus Kostengründen kein bauen in die Tiefe möglich sei.

Ein weiteres Jahr mit Planungen und Wirtschaftsberechnungen ging ins Land. Im Mai 2013 schließlich beschlossen die Stadtverordneten mit großer Mehrheit den Verkauf der bis dahin in städtischen Besitz gelangten Grundstücke an die WHG.

Der neue WHG-Geschäftsführer hatte allerdings bereits im April 2013 öffentlich gemacht,

daß die WHG von einer Bebauung des Areals Abstand genommen habe. Ein Fremdinvestor solle gesucht werden. Als Kompensation für das verlorene Prestigeprojekt des Bürgermeisters baute die WHG schließlich die Michaelisgärten. WHG-Geschäftsführer Köchig verließ bald darauf Eberswalde.

Meine damals im Finanzausschuß ausgesprochenen Warnungen, durch den Verkauf der Grundstücke der WHG eine Viertelmillion Euro an Liquidität zu entziehen, hat man trotz gegenteiligen StVV-Beschluß dann doch berücksichtigt. Die Antwort auf eine aktuelle Anfrage im Ausschuß für Wirtschaft und Finanzen am 18. Februar ergab, daß der Grundstücksverkauf damals unterblieb. Von den 17 Flurstücken des etwa 6.500 Quadratmeter großen Areals gehören 10 der Stadt und 6 der WHG. Im Gegensatz zu Äußerungen in der lokalen Tagespresse befindet sich lediglich ein Flurstück, etwa 735 Quadratmetern, im Eigentum des potentiellen Investors.

Was sich damals für die WHG wirtschaftlich nicht rechnete, will nun die Schomaker Baugruppe aus Dörpen (Emsland/Niedersachsen) umsetzen. Der Baugrund hat sich nicht gebessert, aber womöglich die Aussicht, mit dem Projekt hochpreisige Mieten zu erwirtschaften – oder dies zumindest potentiellen Geldgebern gegenüber einigermaßen glaubhaft zu machen.

Nimmt man die aktuellen Veröffentlichungen in der Tagespresse, so scheint es erste Differenzen zwischen dem einzigen gefundenen Investor und den Verantwortlichen in der Stadtverwaltung zu geben. Der anhaltende Protest von Initiativen wie Recht auf Stadt und anderen führte dort möglicherweise zu einem gründlicheren Nachdenken, ob und inwieweit die geplante Bebauung der Ebertwiese tatsächlich dem Entwicklungsbedarf in der Eberswalder Innenstadt entspricht.

GERD MARKMANN

Bildungscampus am Stadtsee

Eberswalde (bbp). Eigentlich wollte der **Berufsbildungsverein Eberswalde e.V. das »Haus am Stadtsee« bis zum Jahr 2035 nutzen. Aus wirtschaftlichen Gründen bat der Verein um eine vorzeitige Aufhebung des Pachtvertrages zum Jahresende 2019.**

Inzwischen hatte die »Akademie der Gesundheit Berlin/Brandenburg e.V.« Interesse am Kauf des Objekts »Haus am Stadtsee« bekundet, um hier möglichst bis zum Beginn des neuen Ausbildungsjahres am 1. Oktober 2020 einen Bildungscampus für Gesundheitsfachberufe mit Bachelorstudiengängen und einem Internat einzurichten. Der nötigen Änderung im Flächennutzungsplan (von Sonderbaufläche »Tourismus« zur Sonderbaufläche »Soziales Leben«) gaben die Stadtverordneten im Dezember grünes Licht. Das ist Voraussetzung für die Erteilung der Baugenehmigung für die notwendigen Umbauten im »Haus am Stadtsee«. Die Ausweisung als Sonderbaufläche »Soziales Leben« beinhaltet die Kombination von speziellen Arbeits- und Ausbildungsplätzen mit besonderen Wohnformen. In der Oderberger Straße wurde ähnliches bereits umgesetzt.

Das »Haus am Stadtsee« blickt auf eine mehr als hundertjährige Geschichte zurück. Bereits im Jahr 1906 gab es die ersten Aktivitäten zur Schaffung eines Ausflugslokals am »Großen Stadtsee«. Im Jahr 1910 entstanden die ersten festen Gebäude, welche in den Folgejahren mehrmals umgebaut und erweitert wurden. In den 1920er Jahren befand sich hier ein beliebtes Ausflugslokal mit Musik und Tanz für

Einheimische und Besucher aus Berlin und dem Umland. Infolge von Weltwirtschaftskrise, Faschismus und schließlich Krieg gingen die Einnahmen zurück. Lange Jahre stand das »Haus am Stadtsee« leer und war einem stetigen Verfall ausgesetzt.*

In der DDR wurde das Haus wieder als Gaststätte genutzt. Seit Ende der 60er Jahre hatte die Akademie der Landwirtschaftswissenschaften der DDR hier ein Schulungszentrum mit Gaststättenbetrieb etabliert. Anfang der 70er Jahre entstand ein Gästehaus.

Die Akademie wurde nach dem Ende der DDR »abgewickelt« und das Grundstück 1992 der Stadt Eberswalde rückübertragen. Zwischenzeitlich nutzte die Landesanstalt für Großschutzgebiete (LAGS) das ehemalige Gästehaus. 1997 kam dann der langfristige Pachtvertrag mit dem Berufsbildungsverein zustande und es gab wieder Gaststättenbetrieb mit Biergarten und Veranstaltungen. Gleichzeitig entstand hier ein überregionales Ausbildungszentrum für das Hotel- und Gaststättengewerbe durch den Pächter, der nach Ende der Pachtzeit durch die LAGS hier auch die eingerichteten Büroräume nutzte.

Als aufgrund des »Geburtenknicks« nach der Wende schließlich die Zahl der Jugendlichen,

die eine Ausbildung suchten, zurückging, wurde eine wirtschaftliche Nutzung der Immobilie durch den Pächter in den letzten Jahren zunehmend schwieriger. Für die Nutzung der Gaststätte fehlten tragfähige Konzepte, eine gewünschte Wohnnutzung innerhalb der Immobilie wurde durch die Eberswalder Stadtverwaltung nicht befürwortet. Die vorzeitige Kündigung des Pachtvertrages erfolgte sodann »im gegenseitigen Einvernehmen«, so daß das Objekt nun wieder für andere Nutzungen zur Verfügung steht.

Die Akademie der Gesundheit Berlin/Brandenburg e.V. ist eine private staatlich anerkannte Bildungseinrichtung für Gesundheitsfachberufe. Sie will im »Haus am Stadtsee« Ausbildungsplätze für nichtärztliche Gesundheitsfachberufe mit Bachelorstudiengängen für Hebammen und Pflegefachkräften anbieten. Die Berufsakademie soll auch für ausländische Studierende und bereits ausgebildete Fachkräfte zur Verfügung stehen, um den Fachkräftebedarf im Land Brandenburg abzusichern. Dazu sollen am Standort Internatsplätze integriert werden.

»Das Vorhaben«, argumentiert die Stadtverwaltung, »unterstützt den 'Gesundheitsstandort Eberswalde' und ist ein Beitrag zur Sicherung des erforderlichen Fachkräftebedarfs«.

* Barbara Gehrke und Birgit Klitzke: Gaststätte mit Tradition – Haus am Stadtsee. In: Eberswalder Jahrbuch für Heimat-, Kultur- und Naturgeschichte 1998/1999

Manifest europäischer Städte zum Bündnis mit den Indianervölkern Amazoniens

Globale Klimaveränderungen drohen. Die Weltkonferenz von Toronto hat drastische Senkungen der CO₂-Emissionen – insbesondere für die Industrieländer des Nordens – für notwendig erachtet. 75% der Emissionen aus Verbrennung fossiler Brennstoffe werden in den Ländern der nördlichen Hemisphäre produziert. Daraus ziehen wir die Folgerung, daß wir gefordert sind.

1. Das Bündnis europäischer Städte

Wir europäischen Städte bemühen uns, durch Senkung des Energieverbrauchs und die Verringerung des motorisierten Verkehrs dazu beizutragen, daß die Belastung der Atmosphäre abnimmt und dadurch die Lebensbedingungen für zukünftige Generationen erhalten bleiben.

2. Keine unnötigen CO₂-Emissionen

Unser Ziel ist es, die Emissionen von CO₂ bis zum Jahre 2010 zu halbieren und später schrittweise zu senken. Wir werden auch alles unternehmen, um jede Produktion und jeden Gebrauch von FCKW-Treibgasen sofort zu stoppen. All jene, die in ähnlicher Weise zum Schutz des Weltklimas beitragen, sehen wir als unsere Verbündeten.

3. Wir unterstützen das Bündnis der Indianervölker Amazoniens

Wir europäischen Städte unterstützen die Interessen der amazonischen Indianervölker an der Erhaltung des tropischen Regenwaldes, ihrer Lebensgrundlage, durch die Titulierung und die nachhaltige Nutzung der indianischen Territorien. Durch die Verteidigung der Wälder und Flüsse tragen sie dazu bei, daß unsere Erdatmosphäre für die zukünftigen Generationen als grundlegende Bedingung für ein menschliches Leben erhalten bleibt. Holz aus tropischen Regenwäldern darf deshalb weder importiert noch verwendet werden; zudem müssen andere Formen der Waldzerstörung, wie die unbegrenzte Förderung der Viehwirtschaft, Kolonisierungsvorhaben, der Einsatz von Pestiziden, Monokulturen, Wasserkraftwerke, umweltschädliche Minenausbeute und Erdölförderung in Frage gestellt werden. Die Wälder binden das CO₂, dessen Emission in die Atmosphäre auch wir – auf unsere Weise – zu beschränken suchen.

Im Bemühen um die Erhaltung der Lebensbedingungen auf dieser Erde sehen wir uns als ihre Partner im Bündnis für den Erhalt der Regenwälder und des Klimas, dem – wie wir hoffen – sich immer mehr europäische Städte anschließen werden.

Fünftes Rad am Wagen

Im Januar 1995 war die Stadt Eberswalde auf Vorschlag der Bündnisgrünen, die damals unter dem Namen BÜNDNIS BARNIM in der Stadtverordnetenversammlung agierten, dem KLIMA-BÜNDNIS DER EUROPÄISCHEN STÄDTE MIT DEN INDIGENEN VÖLKERN DER REGENWÄLDER (ALIANZA DEL CLIMA E.V.) beigetreten. Unter dem 1995 neu gewählten Bürgermeister, nicht ohne Grund als »Beton-Schulz« bezeichnet, blieb der im April 1995 auf Initiative des Stadtverordneten KLAUS MEIBNER (PDS) gefaßte Beschluß für ein Klimaschutzkonzept in der Diskussion stecken. Als 1998 die Verwaltung einen Klimaschutz-»Maßnahmenplan« vorlegte, in dem sich kaum etwas von der dreijährigen Diskussion wiederfand, verließ Meißner die damalige Klima-AG (BBP 5/1998). Ein paar Jahre später sollte die Stadt sogar im Zusammenhang – um 250 Euro Mitgliedsbeitrag einzusparen – aus dem Klimabündnis austreten. Es bedurfte des Widerstands einiger PDS- und Grünen-Stadtverordneten, um das im Januar 2006 rückgängig zu machen. Gegen eine Spendenzusage der damaligen AG Umwelt bei der Linkspartei/PDS, des Energiesparkontor Barnim e.V. und von Bündnis 90/Die Grünen Eberswalde ließ sich die Stadtverordnetenmehrheit darauf ein. Auch wenn sich einiges besserte, bleiben auch heute noch in Eberswalde Natur und Umwelt fünftes Rad am Wagen.

Gewaltfreie Kommunikation VII

Für was sind wir nicht verantwortlich? Wir sind nicht verantwortlich für die spontanen Gefühle und Bedürfnisse und für unseren ersten Gedanken. Diese Dinge sind einfach da und entziehen sich unserer willentlichen Kontrolle. So kann es eben spontan passieren, daß wir jemanden beleidigen, weil dies unser erster Gedanke war. Noch weniger sind wir für die Reaktionen der anderen Menschen verantwortlich.

Sehr wohl verantwortlich sind wir allerdings für das, was wir aus unseren spontanen Gefühlen, Bedürfnissen und ersten Gedanken machen. Also für unsere weiteren Gedanken, Handlungen, Absichten und Ziele. Und wir sind für unsere Reaktionen auf die Reaktion anderer verantwortlich. So entscheidet also jeder Mensch für sich allein, wie viel Energie er in die Problemlösung investieren möchte.

Jeder einzelne Mensch trägt eine Mitverantwortung für die Qualität seiner Beziehungen.

Viele Mitmenschen werden mißtrauisch sein, wenn Sie nun anders kommunizieren als vorher, deshalb sollten Sie offenlegen, daß Sie nun mittels *gewaltfreier Kommunikation* neue Wege beschreiten wollen, die dazu führen, daß sich die Interessen aller Parteien noch mehr erfüllen. Eine wesentliche Voraussetzung für eine erfolgreiche Konfliktbewältigung ist es, *ergebnisoffen* in eine Auseinandersetzung zu gehen. Es empfiehlt sich, gleich zu Anfang eines Gespräches den Anlaß, das Ziel und die Spielregeln zu klären. Bereiten Sie sich emotional und mental auf das Gespräch vor:

Konflikte lösen in unserem Kopf zahlreiche Bewertungen, Gefühle und Urteile aus. Schauen Sie sich dies ganz genau an und versuchen Sie herauszufinden, was das Ihnen alles sagen soll. Jeder Gedanke ist hilfreich, um ihre unerfüllten Bedürfnisse zu erkennen.

Seien Sie empathisch zu sich selbst! Nur wenn wir über genügend Selbstempathie verfügen, können wir empathisch anderen Menschen gegenüber sein.

Seien Sie empathisch für den Gesprächspartner, vor allem dann, wenn dieser Mensch auf eine Art und Weise mit ihnen kommuniziert, die es ihnen schwer macht. Denn dieses Verhalten ist Ausdruck dafür, daß die andere Person voller Schmerz ist und deshalb gerade jetzt unsere Empathie braucht.

Hilfreich ist es, sich immer wieder zu fragen, was man selbst zu der derzeitigen Situation beigetragen hat.

In der Nachbereitung des Gespräches fragen Sie sich: Was ist gut gelaufen? Was kann besser werden?

FALK HINNEBERG
(www.hinneberg.info)

Vom Kleingarten zur Wohnsiedlung

Eberswalde (bbp). Bei der Dannenberger Straße in Ostend handelt es sich um eine unbefestigte Straße. Die Grundstücke, die von der Straße erschlossen werden, wurden ursprünglich als Gartenland angelegt. Im Laufe der Zeit sei ein Teil der Grundstücke schon mit privaten Eigenheimen bebaut, teilte die Stadtverwaltung nun mit. Etwa die Hälfte der Grundstücke gehörten der Stadt. Diese werden meist als Dauerkleingärten genutzt. Teilweise sei die Gartennutzung allerdings schon aufgegeben worden.

Langfristiges Ziel der Stadtverwaltung ist die Umwandlung der Kleingartenanlagen zum Wohnbaugelände *»im Einvernehmen mit den Kleingartenvereinen und den Pächtern«*. Dabei soll die Rückgabe der Parzellen schrittweise nach Aufgabe der Bewirtschaftung durch die einzelnen Pächter erfolgen. Im Umkehrschluß heißt das, es werden keine neuen Pachtverträge mehr abgeschlossen. Gemäß Bundeskleingartengesetz habe der Pächter bei Rückgabe der Parzelle einen Entschädigungsanspruch, informiert die Stadtverwaltung. Im Anschluß an die Rückgabe erfolge sukzessive der Abriß der Baulichkeiten.

Um die perspektivische Entwicklung von Eigenheimstandorten zu ermöglichen, soll bereits

jetzt die Dannenberger Straße grundhaft ausgebaut werden. Notwendig sei dies vor allem, weil eine Regenentwässerung fehlt und aktuell *»nach jedem starken Regen«* Privatgrundstücke geflutet würden und die *»Passierbarkeit der Straße nicht mehr möglich«* sei. Die Verkehrssicherheit sei nicht mehr gegeben und die Stadt sei in der Pflicht, diese Situation zu ändern.

Dies sei nur durch den Straßenausbau und den Bau einer Entwässerungsanlage möglich. Zugleich ergebe sich durch den grundhaften Ausbau die Möglichkeit, das Gebiet für die Abwasserentsorgung und andere Versorgungsleitungen zu erschließen. Dies gehört zu den Voraussetzungen, um nach Aufgabe der Kleingartennutzung etwa 15 zentrumsnahe Baugrundstücke in der Dannenberger Straße zur Verfügung stellen zu können.

Die Grundstückseigentümer, neben der Stadt sind das 20 private Anlieger, müssen je nach Grundstücksgröße mit Erschließungsbeiträgen zwischen 7.400 und 14.800 Euro rechnen. Hinzu kommen dann noch die Anschlußkosten für Abwasser in Höhe von etwa 4.000 Euro. Der Bau der Straße soll in den Jahren 2021 und 2022 erfolgen. Danach ist dann die Vermarktung der neu erschlossenen Einfamilienhausgrundstücke möglich.

Clara-Zetkin-Siedlung:

Ein Bürgerhaus gibt's doch schon

Eberswalde (bbp). Im Herbst hatte der Stadtverordnete OSKAR DIETTERLE (Die PARTEI Alternative für Natur und Umwelt) die Schaffung eines Ortszentrums für die Clara-Zetkin-Siedlung in Form eines Bürgerhauses angeregt.

Baudezernentin Anne Fellner informierte daraufhin, daß die Stadt bereits seit 2000 einen Mietvertrag mit dem SCC Eberswalde e.V. – Abteilung Billiard – über das Objekt *»ehemaliger Kitabereich/Beethovenstraße 20b«* geschlossen habe. In diesem Mietvertrag werde der SCC verpflichtet, die Mieträume auch anderen

Vereinen, Einrichtungen und Gemeinschaften der Clara-Zetkin-Siedlung zur Verfügung zu stellen, insbesondere dem Siedlerbund, der Sportgruppe und der Volkssolidarität. Dafür darf der SCC angemessene Entgelte verlangen. Bei der ehemaligen Kita handele es sich um ein Bestandsgebäude, dessen Nutzung durch diesen Mietvertrag abgesichert ist. Im Haushaltsplan 2021/2022 würden im übrigen jährlich 10.000 Euro zur Verfügung stehen, um dem Liegenschaftsamt eine aktuelle Bedarfs- und Planungsermittlung zu ermöglichen.

Bald wieder Fahnenappell?

Eberswalde (bbp). Die Flügel-AfD im Kreistag Barnim will erreichen, daß im Landkreis Barnim alle Schulgebäude, die sich in kreislicher Trägerschaft befinden, *»dauerhaft mit der Bundesflagge, der Flagge des Landes Brandenburg und der Flagge des Landkreises Barnim zu beflaggen«*.

Über einen entsprechenden Antrag soll am 11. März der Kreistag Barnim entscheiden. Die Flügel zitieren zur Begründung ihres Vorstoßes den stellvertretenden Bundesvorsitzenden der CDU, Thomas Strobl, der davon sprach, den Kindern und Jugendlichen *»unsere Werte zu vermitteln... die aus unserem Grundgesetz folgen. Schwarz-Rot-Gold verkörpert das, ist dafür ein starkes Symbol«*. Deshalb, so der AfD-Flügel, solle *»täglich an Schulen die Nationalflagge gehißt*

werden«. Ob hierzu auch ein täglicher Fahnenappell stattfinden soll, ließ die Fraktion offen. Mit dem gleichzeitigen Hisen der Flaggen von Land und Kreis soll *»das Identitätsgefühl«* stärken, was die Einreicher mit *»Heimatbezug/regionale Verwurzelung«* näher erklären.

Der Barnimer AfD-Flügel knüpft mit seinem Vorschlag an alte DDR-Traditionen an. Allerdings gab es damals feierliche Fahnenappelle nur zum Beginn des Schuljahres und zu weiteren besonderen Anlässen, wie zum Halbjahr oder zum Schuljahresende, und nicht täglich. Schuljahresanfang war immer am 1. September, dem Weltfriedenstag. Aus diesem Anlaß wurde regelmäßig an den Überfall des faschistischen Deutschlands auf Polen erinnert.

Ein Jahr Barnimer Bürgerasyl

Vor einem Jahr, am 15. Februar 2019, sind wir als Barnimer Bürgerinnen- und Bürgerasyl an die Öffentlichkeit gegangen. Die Resonanz in den Medien war sehr erfreulich.

Dabei wurde unser Anliegen deutlich: Abschiebungen und die Angst davor verursachen sehr viel Leid bei den Betroffenen und es ist möglich, aktiv zu werden, um Abschiebungen zu verhindern! Zu Wort kam dabei auch die Gegenseite wie Bundesinnenminister Seehofer oder der damalige Brandenburger Innenminister Schröter, die erwartungsgemäß nicht so begeistert reagiert haben.

Im vorigen Jahr konnten wir einige drohende Abschiebungen verhindern. Wir haben 19 Menschen sichere Wohnstätten zur Verfügung gestellt, Menschen aus Eritrea, Sudan, Somalia, Libyen, Tschetschenien, dem Iran und dem Tschad. Sie konnten so wieder ohne Angst schlafen. Die meisten von ihnen haben inzwischen ihre Dublin-Zeit überstanden, ihre Anträge auf Asyl werden nun in Deutschland bearbeitet (auf Grund der Dublin-Verordnung werden Menschen in das Land, in dem sie zum ersten Mal in Europa registriert wurden, abgeschoben – ungeachtet der dortigen teilweise katastrophalen [Über-]Lebensbedingungen).

Bei anderen ist die Lage komplizierter, hier suchen wir zusammen mit kompetenten Rechtsanwälten nach Lösungen, um eine Bleibeperspektive in Deutschland jenseits des Bürgerasyls zu ermöglichen. Das wir mit unserer Arbeit Menschen sehr direkt unterstützen können, ist eine große Motivation – wir werden weitermachen!

Leider erreichen wir nicht alle von Abschiebung bedrohten Menschen im Barnim. Nach wie vor kommt es hier zu Abschiebungen. Neu ist, daß die Abschiebungen nicht mehr nur von den Mitarbeitern der Barnimer Ausländerbehörde durchgeführt werden. Der Regelfall scheint es nun zu sein, daß immer auch die Landespolizei dabei ist, wenn die Menschen mitten in der Nacht aus ihren Unterkünften und Wohnungen geholt werden. In Eberswalde hat sich die Polizei in einem Fall sogar in Gebüsch versteckt, um einen in der Nacht heimkehrenden Geflüchteten zu überraschen. Genaue Zahlen darüber, wie viele Menschen aus dem Barnim abgeschoben wurden, liegen uns bisher nicht vor. In Brandenburg waren es im Jahr 2019 (bis 30. November) 129 Dublin-Ab-

schiebungen und 172 Abschiebungen ins Herkunftsland. Für unsere Arbeit ist es wichtig, uns zu vernetzen. Wir arbeiten auch über die Kreisgrenzen hinaus mit Menschen zusammen, die sich für eine menschliche und solidarische Gesellschaft einsetzen: Geflüchtete, die sich selbst organisieren, um für ihre Rechte einzutreten, Menschen, die sich in ihren Kirchengemeinden um das Kirchenasyl kümmern, Engagierte aus den örtlichen Initiativen, die Geflüchtete bei ihrem Ankommen in ihren Dörfern und Städten unterstützen. Auch in bundesweiten Netzwerken tauschen wir uns über verschiedene Widerstandsstrategien gegen Rassismus und Abschiebungen aus. 2020 werden wir interne Workshops machen, um unsere Arbeit aus einer rassismuskritischen Perspektive heraus zu reflektieren. Es ist uns wichtig, nicht paternalistisch Menschen zu »helfen«, sondern uns gemeinsam und solidarisch für eine offenere Gesellschaft mit weniger Rassismus zu engagieren. Zu den Europawahlen und zu den Landtagswahlen hatten wir mit »Wahlplakaten« versucht, auf die politische Stimmung Einfluß zu nehmen. Die im auffälligen Orange gehaltenen Plakate hingen in einigen Barnimer Orten, um dem Rechtsruck etwas entgegen zu setzen und für offene Grenzen und eine solidarische Gesellschaft zu werben.

In Bernau und Biesenthal fanden bereits drei Solidaritätskonzerte für das Bürgerasyl statt. Wir möchten uns an dieser Stelle noch einmal bedanken bei den Musikerinnen und Musikern und den Menschen die uns beim Organisieren unterstützt haben. Vielen Dank auch für die Spenden, die uns erreicht haben.

Allerdings geben wir zur Zeit mehr Geld aus, als wir an Spenden erhalten. Das Geld wird benötigt, um Wohnraum anzumieten und Betriebskosten zu bezahlen. Außerdem bezahlen wir Anwaltskosten. Einige der Geflüchteten im Bürgerasyl erhalten keinerlei Sozialleistungen vom Staat. In diesen Fällen geben wir den Geflüchteten Geld, damit sie selber das Notwendige einkaufen können.

Barnimer Bürgerinnen- und Bürgerasyl

Spendenkonto: Barnim für alle, Verwendungszweck: Bürgerinnen-Asyl, IBAN: DE 78 1705 2000 1110 0262 22

Refugee Radio in Brandenburg

Getragen vom Verein Cagintua ist das Refugee Radio entstanden. Zu empfangen ist es beim Freien Radio Potsdam (UKW 90,7 in Potsdam, 88,4 in Berlin, Stream auf frapo.de) an jedem dritten Montag im Monat von 19 bis 21 Uhr live aus dem Freiland-Studio.

Während dieser monatlichen Sendungen berichten die *Refugee Radio Reporters* über die Integration von Geflüchteten in Brandenburg (19-20 Uhr) mit einem deutschen Schwer-

punkt, und in der zweiten Sendestunde (20-21 Uhr) klären sie auf Englisch das internationale WebRadio-Publikum u.a. über die Gefahren von Reisen ohne Dokumente und das wahre Einwanderer-Leben in Deutschland und Europa auf. 2020 und 2021 will die Initiative zehn junge Frauen als Lokal-Radio-Reporterinnen trainieren.

OBIRI MIKINI, Lokal-Koordinator

info@cagintua.de, www.cagintua.com

Protest in MOL

Am 2. Dezember demonstrierten vor dem Sozialamt Märkisch-Oderland in Vierlinden mehr als 50 Menschen. Sie forderten die Gesundheitskarte für Geflüchtete von Anfang an und die Überweisung ihrer Sozialleistungen auf ein Konto.

Märkisch-Oderland ist der einzige Landkreis in Brandenburg, der diese inhumane Praxis bis jetzt aufrecht erhält. Der Protest wurde getragen von Betroffenen und Personen aus Selbstorganisationen, Willkommensinitiativen sowie weiteren Gruppen aus Brandenburg und Berlin. Geschmückt mit einem großen Banner »Equal rights for all people – also in MOL!« und »Stop police brutality!!!« war ein Protest-Bus aus Brandenburg vor Ort. Geflüchtete berichteten über ihre Lebenssituation, es wurde gemeinsam getanzt und gegessen.

Medienberichten zufolge lenkte der Landkreis bei Ausstellung der Gesundheitskarte bereits ein. Der anwesende Vizelandrat Friedemann Hanke (CDU) rechne mit einer entsprechenden Entscheidung der Landesregierung bis Jahresende. Geldüberweisungen würde es weiterhin nicht geben, um den Aufenthaltsort von Geflüchteten kontrollieren und besser mit der Polizei kooperieren zu können.

Während der Vizelandrat vor der Presse vom Funktionieren seiner Behördenpraxis spricht, kam es zeitgleich im Sozialamt zu einem weiteren Vorfall. Die Polizei nahm einen Mann gewaltsam in Gewahrsam. »Schön, daß wir bei der Gesundheitskarte mit unserem Protest erfolgreich waren. Jetzt müssen wir mit der Geldkarte weiter machen. Die Bedingungen für uns Geflüchtete hier in MOL sind einfach unmenschlich, da muß sich noch vieles ändern. Vor allem müssen die Schikane aufhören«, so ein Bewohner der Gemeinschaftsunterkunft Müncheberg, der die Aktion mit vorbereitet hatte.

JANNO HIMPEL

Kein Geld für Extremisten

Eberswalde (bbp). Zur 5. Sitzung des Kreistages am 11. März hat die AfD-Abspaltung »Der Flügel« im Kreistag Barnim eine Beschlußvorlage eingereicht mit dem Betreff »Keine finanzielle Förderung von Feinden der Demokratie und von Extremisten«. Der Kreistag soll beschließen, »daß nur die politischen Initiativen und Vereine aus Mitteln des Landkreises Barnim gefördert werden, die sich schriftlich zur Demokratie und zu unserem Grundgesetz bekennen«.

Ob sich die politische Initiative »AfD-Der Flügel« schriftlich zur Demokratie und zum Grundgesetz bekannt hat, ist nicht überliefert. Inwieweit mögliche »Feinde der Demokratie und Extremisten« ein solches Bekenntnis formal per Unterschrift abgeben und in der Praxis Demokratiefeinde und Extremisten bleiben, wird nicht diskutiert. Unabhängige Beobachter vermuten, daß die Flügel-AfD mit der Vorlage signalisieren will, daß sie künftig von sich aus auf staatliche Förderungen verzichtet.

Kanaltheater on Tour

Die Welt rast! Klimawandel, Digitalisierung, Chinesische Designerbabys, Politikverdrossenheit, Dieselskandal, Rechtspopulismus, Glaubwürdigkeit... In der Kneipe wird lustvoll gestritten! Im Kneipen-Theater-Abend »Versprochen ist Versprochen« heißt es erneut: »Ich möchte mich mal wieder richtig grundsätzlich streiten können. Mir fehlt eine Streitkultur, die nicht nur so ein Vor-sich-hertragen von Meinungsfestigkeit ist.«

Am 28. Februar gastiert das Theater in Groß Fredenwalde 27 in der Feld-Wald-Wiesen-Schule. Groß Fredenwalde gehört zur Gemeinde Gerswalde in der Uckermark. »Ohne jede Schwere oder Theorielastigkeit ist das inszeniert, sehr witzig und mit viel Esprit. Jede Menge schöner Regieeinfälle machen das Ganze ausgesprochen kurzweilig... man fühlt sich ausgesprochen wohl, animiert und hervorragend unterhalten bei diesem Kneipendiskurs.« (Oberhessische Presse)

Weitere Termine und Infos unter <https://kanaltheater.de/versprochen-ist-versprochen/>

KAI JAHNS

Rassismus und Zivilcourage

Projekttage an der Oberbarnimschule

Eberswalde (bbu). Schülerinnen und Schüler der 8. und 9. Klasse der Oberbarnimschule setzten sich vom 15. bis zum 17. Januar intensiv mit dem Thema Rassismus auseinander. Nach einer Sensibilisierung für das Thema Rassismus als einer alltäglichen Form der Diskriminierung, sprachen die Schüler über rassistische und fremdenfeindliche Übergriffe und Morde der Nachwendezeit.

Die 9. Klasse besuchte die Bürgerstiftung und bekam im Interview mit der Vorstandsvorsitzenden Marieta Böttger Einblicke in die Arbeit der Stiftung. Im Gespräch erzählte sie über ihre Erfahrungen als Ausländerbeauftragte beim damaligen Landkreis Eberswalde sowie zur gesellschaftlichen Stimmung in der Zeit, als der Mord an Amadeu Antonio Kiowa geschah. Die Ergebnisse der Projektstage wurden am Tag der offenen Tür an der Oberbarnimschule in Eberswalde ausgestellt.

Wuckizucki Zirkuscamp

Alle zirkus-, spiel- und sportbegeisterten Kinder im Alter von 9 bis 14 Jahren sind eingeladen. Das Wuckizucki Zirkuscamp im Wukania Projekthof in Biesenthal (Ruhlsdorfer Straße 45) findet in diesem Jahr vom 29. Juni bis zum 5. Juli statt. Dreißig Kinder im Alter von 9 bis 14 Jahren können teilnehmen. Es gibt viele bunte Zirkus-Workshops, verschiedene Kulturen und Sprachen. Die Ideen der Kinder sind gefragt. Übernachtet wird in Zelten. Verpflegung ist inklusive. Der Wukensee lädt zum Baden ein. Der Andrang ist sicher wieder sehr groß. Bei Interesse bitte eine kurze Mail an wuckizucki@wukania.net.

Das Wuckizucki Zirkuscamp Team

Gemeinde Panketal:

Bekenntnis zum aktiven Klimaschutz

Am 28. Januar diskutierte die Gemeindevertretung in Panketal den Klimawandel, seine Relevanz und wie diesem zu begegnen sei.

In der abschließenden Abstimmung folgte man mit großer Mehrheit (17:4:3) dem gemeinsamen Antrag von Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke, dem Klimaschutz sowie der Klimaanpassung höchste Aufmerksamkeit zu widmen. Als zentralen Punkt beschloß die Gemeinde, ein umfassendes, integriertes Klimaschutzkonzept erarbeiten zu lassen. Ein integrierter Klimaschutzplan umfaßt die Analysen klimaschädlicher Emissionen und Maßnahmen zur nachhaltigen Reduktion mit dem Ziel einer kommunalen Klimaneutralität. Zudem beinhaltet solch ein Konzept eine breite Öffentlichkeitsarbeit. Informationsangebote sowie Workshops für Bürgerinnen und Bürger mit Experten sind üblich. Die Erstellung des Konzepts wird zu wesentlichen Teilen durch die Bundesregierung gefördert.

Da die sorgfältige Erarbeitung eines integrierten Klimaschutzkonzepts zeitaufwendig ist, ist die Gemeindeverwaltung zunächst aufgefordert, binnen der nächsten sechs Monate

Sofortmaßnahmen zum Klimaschutz zu erarbeiten. Des weiteren sind in Anträgen und Vorlagen für die Gemeindevertretung zukünftig absehbare Klima- und Umweltfolgen klar zu benennen.

Das betrifft Versiegelungsgrade bei baulichen Maßnahmen, den zu erwartenden Energiebedarf, Emissionsentwicklung, Baumfällungen und andere Umwelteingriffe, Eingriffe in Gewässer und Gewässerrandstreifen und die Behandlung von Niederschlagswasser. Dies wird den ehrenamtlich wirkenden Gemeindevertretern zukünftig helfen, bessere Entscheidungen treffen zu können.

Mit diesem konsequenten Entschluß übernimmt die Gemeinde Panketal eine Vorreiterrolle bezüglich aktivem Klimaschutz nicht nur im Barnim, sondern über den Landkreis hinaus. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in Panketal bedankt sich für die breite Unterstützung durch die Gemeindevertretung.

STEFAN STAHLBAUM, Fraktionsvorsitzender

Nun sind die Bäume weg

Bereits vor Jahresfrist schrieb die Barnimer Bürgerpost: »Die Bäume müssen weichen...« (BBP 1-2/2019). Auf dem Areal des früheren Polizeipräsidiums (vorher Volkspolizeikreisamt, Kommandantur und Amtsgericht) sollen 70 altersgerechte Wohnungen mit entsprechenden Betreuungsangeboten und eine Kita entstehen.

Damals erklärte der Leiter der unteren Bauaufsichtsbehörde Udo Götze bezugnehmend auf die befürchteten Baumfällungen, daß doch bislang lediglich die Vorstellungen des jetzigen Grundstückseigentümers vorgestellt worden seien und noch gar kein Bauantrag vorliege. Er versicherte damals: Im »Rahmen der Feinplanung« sei »u.a. die Thematik Grünordnung auf dem Baufeld mit der unteren Naturschutzbehörde (Baumerhalt, Baumfällung, Ersatzpflanzung) zu klären«.

Die 2015 beschlossene Aufstellung eines Bebauungsplanes wurde letztlich nicht umgesetzt. Im Dezember 2018 präsentierte der Bauherr (Die Johanniter) im Rahmen einer Information der Stadtverwaltung die vom Bauplanungsbüro IBE gefertigte Entwurfsplanung.

Die drei Linden vor dem bald abgerissenen Gebäude überdauerten noch eine Vegetationsperiode. Inzwischen wurde die Grünordnung mit der unteren Naturschutzbehörde wie gewohnt »geklärt«. Im internen Verwaltungsverfahren, auf das niemand von außen so ohne weiteres Einfluß nehmen konnte. Auf einen B-Plan mit öffentlicher Beteiligung war ja verzichtet worden.

Inzwischen sind drei Linden, die schon auf Fotos von Ende der 1940er Jahre als große Altbäume zu sehen sind – also wohl mindestens 100, vielleicht auch schon 150 Jahre überstanden hatten – gefällt worden.



Am 31. Januar standen die 3 Linden noch.

Statt des früheren von der Straße zurückgesetzten Baus, soll die Grundstücksfläche mittels »Blockrandbebauung« maximal ausgenutzt werden. Auf stadtgestalterische Aspekte oder gar den Erhalt von Altbäumen kann bei privatwirtschaftlicher Investition selbstverständlich keine Rücksicht genommen werden. Hier muß die Fläche »optimal« ausgenutzt werden.

Zumal dem Dogma der »Blockrandbebauung« in Eberswalde seit Jahrzehnten auch regelmäßig die Mehrheiten in der Stadtordnungsversammlung folgen. Und die Verwaltungsmitarbeiter machen nur ihren Job.

GERD MARKMANN

Schönholzer Straße in Finow:

Ende der Überflutungen in Sicht

Eberswalde (bbp). Nach stärkerem Regen verwandelt sich die Schönholzer Straße in Höhe »Waldhäuschen« regelmäßig in einen kleinen See. Der Verkehr wird durch die 60 Meter lange und bis zu 20 Zentimeter tiefe Pfütze erheblich behindert. Bis zu 30 Meter reicht die Pfütze in den Karl-Marx-Ring hinein. Auch von einer teilweisen Überflutung von Privatgrundstücken ist die Rede. In diesem Jahr soll nun dieses Ärgernis beseitigt werden.

Ursache für die regelmäßigen Überflutungen sei das funktionsunfähige Entwässerungssystem, berichtete Tiefbauamtsleiterin Heike Köhler bereits im Dezember dem Ausschuß für Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt.

Als Lösung wird seitens der Stadtverwaltung der Bau eines Versickerungsbeckens auf der Verkehrsinsel zwischen Schönholzer Straße und Karl-Marx-Ring angestrebt. Unter Be-

rücksichtigung einer »klimaangepaßten Stadt« soll das Wasser an Ort und Stelle bleiben, betonte die Amtsleiterin. Es soll in dem Becken verdunsten oder versickern und damit dem Grundwasser zugeführt werden. Die Versickerungsfähigkeit des Bodens an dieser Stelle wird als sehr gut eingeschätzt. Am Einlauf zu dem etwa 23 mal 14 Meter großen und 1,75 Meter tiefen Versickerungsbecken soll ein Sandfang entstehen, der zugleich »Leichtflüssigkeit« abscheiden kann. Die Beckensohle sowie die Böschungen bis in etwa einem Meter Stautiefe wird aus Rasengittersteinen gefertigt. Alle anderen Flächen werden mit Rasen begrünt.

Gebaut werden soll die neue Regenentwässerung im zweiten Quartal 2020. Für die Baukosten sind 165.000 Euro aus Haushaltsmitteln für Regenwasser/Straßenbaulast aus den Jahren 2019 und 2020 eingeplant.

»Die kleinen Tabubrüche«

Bernau/Eberswalde (bbp). »Zurecht ist die Aufregung groß«, erklärte MARTIN GÜNTHER vom Bernauer Stadtvorstand der Partei Die Linke nach der Wahl des Thüringischen Ministerpräsidenten. »Es ist ein Tabubruch von CDU und insbesondere der FDP einen Ministerpräsidenten mit Stimmen von Rechtsaußen ins Amt gebracht zu haben.« Allerdings sei dies nicht nur ein Problem im fernen Thüringen. »Auch wenn die Dimensionen hier ganz andere sind, erleben wir die kleinen Tabubrüche auch in der Bernauer Kommunalpolitik.« Die Stadtverordnete Dr. HILDEGARD BOSSMANN, ebenfalls im Stadtvorstand, ergänzt: »In fast jeder Sitzung der Stadtverordnetenversammlung erleben wir die offene Kooperation von Freien Wählern, CDU, BfB/FDP mit der AfD. Diese Zusammenarbeit erfolgt planmäßig. Das kann mittlerweile nach den Berichten über Treffen in Connys Wirtshaus von Vertretern der Gruppierungen und der für alle sichtbaren Absprache zu Abstimmungsverhalten in der SVV als sicher gelten.«

Die Bernauer Linke gehe angesichts der Abstimmungsergebnisse davon aus, so Günther, daß PÉTER VIDA von BVB/Freie Wähler, die mit 8 Stadtverordneten die stärkste Fraktion bildet, ohne die Stimmen der AfD, die über 4 Sitze verfügt, nicht Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung wäre. Auch DANIEL SAUER (CDU, 5 Sitze) habe sich mit den Stimmen der AfD zum Vorsitzenden des Hauptausschusses wählen lassen. Insgesamt verteilen sich die 36 Stadtverordneten in Bernau auf sieben Fraktionen. Die Linken selbst sind mit 7 Stadtverordneten zweitstärkste Fraktion. Weitere Fraktionen sind SPD (4 Sitze), BfB/FDP (4 Sitze) und Grüne/Bündnis 90 (3 Sitze). Die PARTEI hat 1 Mandat inne.

»Bernau ist nicht Erfurt, die Schande ist aber dieselbe«, folgert Martin Günther. »Die Mitglie-

der von BVB Freien Wähler, CDU, BfB/FDP müssen sich schon fragen lassen, wie lange sie ihren Fraktionen in Bezug auf die Kollaboration mit der AfD in der StVV noch kommentarlos zusehen wollen. Die Wählerinnen und Wähler in Bernau haben ein Recht darauf zu erfahren, was hier abgeht.«

Auch der Barnimer SPD-Unterbezirksvorsitzende MARTIN EHLERS spricht davon, daß »Entwicklungen wie sie in Thüringen stattfinden auch im Barnim schon präsent« seien. Auch er wirft dem Bernauer StVV-Vorsitzenden vor, sich gemeinsam mit den Stimmen von CDU und AfD hat wählen lassen. Auch der Eberswalder StVV-Vorsitzende Martin Hoeck (FDP) sei »mit Stimmen von CDU und AfD gewählt« worden. »Ähnliches gab es im Kreistag zu beobachten, so gab es hier seinerzeit einen Kandidaten der Linken, welcher offen durch Linke, Grüne und SPD unterstützt wurde. Die CDU machte ein eigenes Angebot und wurde dann auch mit Unterstützung der AfD und Freie Wähler gewählt.« Es bleibe zu hoffen, so Martin Ehlers weiter, »daß die Parteien, welche man doch bisher mit Fug und Recht als Demokraten bezeichnen konnte, nun endlich aufwachen und ihr Verhalten überdenken. Thüringen ist in vielen kommunalen Parlamenten schon längst angekommen.«

SVEN WELLER, Kreistagsabgeordneter von BVB/Freie Wähler sagt dazu, »daß wir hier intern klar sagen: Keine Zustimmung zu AfD-Sachen«. Die Wähler von BVB/Freie Wähler kommen nach den statistischen Untersuchungen zur Wählerwanderung auch nicht von der AfD. »Von da haben wir praktisch keine Stimmen, da wir nicht in deren Gefilde fischen.« Er hält die Reaktionen der Linken für albern. »Sie sieht uns als Kümmerer-Konkurrenz – und das ja berechtigt, zumal wir nicht zuletzt durch meine Aktivitäten auch im sozialen Bereich dazu gewinnen.«

Radwegbau gefordert

Bereits im Juli 2019 hatten BVB/Freie Wähler Bernau den Bau eines Radweges vom S-Bahn-Haltepunkt Bernau-Friedenstal nach Lindow gefordert. Damals wurde der Antrag abgelehnt mit der Begründung, daß dieser Radweg im Zusammenhang mit dem Bauprojekt »Schwanebecker Chaussee« vorbereitet wird. Die Planung würde außerhalb des B-Planverfahrens erfolgen.

Bis zur Fertigstellung des neuen Wohngebietes an der Schwanebecker Chaussee können zehn Jahre ins Land gehen. So lange ist der Zustand des Weges nicht akzeptabel. Der Weg sollte VOR dem Einzug der ersten Bewohner in dem neuen Gebiet ertüchtigt werden. Die Radwegeplanung des zukünftigen Wohngebietes ist für das hier beschriebene Teilstück nicht relevant, da dieses nicht an das Bebauungsgebiet heranreicht.

Auf dem Abschnitt zwischen S-Bahnhaltepunkt Friedenstal und dem Berlin-Usedom-Radweg gibt es noch immer keinen befestigten und verkehrssicheren Weg für Radfahrer und Fußgänger. Gerade im Winter durch die Dunkelheit und durch die Einflüsse schlechten, nassen Wetters besteht auf dem Abschnitt ein erhöhtes Unfallrisiko – ganz abgesehen von den Verunreinigungen an Bekleidung und Fahrrädern.

Nach Auskunft der Verwaltung gibt es noch keine detaillierten Maßnahmen und zum Zeitablauf der Umsetzung noch keine konkreten Überlegungen. Deswegen fordert BVB / FREIE WÄHLER mit einem aktuellen Antrag eine Ertüchtigung inklusive Beleuchtung noch im Jahr 2020.

JÖRG ARNOLD und ANETTE KLUTH

Radtour um den Werbellin

*Morgens zieh ich meine Spur,
Durch die erwachende Natur.
Links grüßt der Wald, rechts blinkt der See.
Mein frohes Herz ruft laut Juchhe!*

*Vogelsang erfüllt die Stille.
Sattes Grün erfreut Pupille.
Leichter Wind läßt Wellen kräuseln
Und das Laub der Bäume säuseln.*

*Weitab vom finsternen Weltentrubel,
Erfasst mich Freude, erfäßt mich Jubel.
Hier ist die Welt noch wunderschön.
Politiker sollten hier spazieren gehen!*

*Doch während sorglos ich genieße,
Und mich wahn im Paradiese;
Haben finstere Mächte auf der Welt,
Die Uhr schon auf halb Zwölf gestellt.*

*Fallt diesen Leuten in den Arm!
Erhaltet der Natur den Charme!
Belegt die Finsternis mit Bann!
Das man in Frieden radeln kann.*

Messe »Schöne Bücher aus Brandenburg« als Beitrag zur kulturellen Identität:

Kleine Verlage mit großen Büchern

Der Grafiker und Buchautor HANS JÖRG RAFALSKI ist seit Anfang der 1990er Jahre in Eberswalde und Umgebung aktiv. Mit seinem Ideenreichtum und den hohen Ansprüchen, die er an seine Produkte und vor allem sich selbst stellt, hat er viele markante Spuren in den Barnimer Sand gesetzt. So geht auch das Layout der »Barnimer Bürgerpost« auf das Schaffen von Hans Rafalski zurück, der seit einigen Jahren in Niederfinow lebt und sich nicht nur dort auch in kommunalpolitischen und -kulturellen Angelegenheiten engagiert. In den vergangenen Jahren hat er sich verstärkt seiner Passion als Autor hochwertiger Bücher gewidmet und dafür seinen eigenen Verlag »Papierwerken« gegründet.

Die Produkte seiner Buchkunst, wie »Erosion. Spuren der Industriekultur« und »Irland. Das wunderbare Land der 41000 Himmel und O'Sullivans« haben wir in unserer Zeitung vorgestellt. Seit er mit dem Bücherproduzieren begann, versuchte Hans Jörg Rafalski zugleich, gemeinsam mit anderen Kleinverlagen in Brandenburg, deren tolle Arbeit er kennenlernen konnte, etwas auf die Beine zu stellen, was es bisher in dieser Form noch nicht gab: DIE BRANDENBURGISCHE BUCHMESSE.

Dem nachfolgenden Interview liegen, im Umfang noch etwas erweitert, die Antworten von Hans Jörg Rafalski aus seinem Interview im potsdamer-blog.de von Kerstin Zarbock zugrunde, das dort Anfang Februar veröffentlicht wurde.

Herr Rafalski, die Buchmesse ist inzwischen schon eine Weile her. Bereiten Sie schon die 3. Messe vor?

Die 2. Brandenburgische Buchmesse fand am 30. November wieder in der STADT- UND LANDESBIBLIOTHEK POTSDAM statt. Als Einladungsmesse stellt sie hohe Ansprüche an die Teilnehmer und ich sehe sie in dieser Lesart als Qualitätsmesse. Inzwischen hat das in Brandenburg einmalige Format aber viele Grenzen erreicht und einige überschritten. Es gibt großes Interesse unter einem wachsenden Kreis Brandenburger Büchermacher teilzunehmen. Wir sind einfach zu viele und haben zu viel, was wir gerne präsentieren möchten. Aber das ermöglicht der Saal in der SLB nicht mehr. Insofern bin ich natürlich bei der Vorbereitung der nächsten Messe, denn ich möchte gern die Dimension vergrößern und auch ausländische Gäste zum Dialog mit Brandenburg einladen. Die Messe kann und soll eine kulturelle Institution im Land werden, denn Bücher bilden Identität. Nicht Dateien und Seiten im Netz, sondern haptische Bücher, als unveränderliches Zeugnis unserer Zeit, schaffen Identität. Bücher bilden das wichtigste Kulturgut in jeder Zeit und Epoche und die Brandenburger Büchermacher bringen in der Leistungsspitze so gute Bücher heraus, daß sie der Wahrnehmung, die ich mir für sie wünsche, wert sind.

Bekommen Sie inzwischen mehr Unterstützung durch die Stadt Potsdam? Schließlich sollte man sich doch auf die Tradition Friedrich II. berufen, der ja ein großer Bücherliebhaber war?

Potsdam ist für uns aus der Provinz eine Schwer-Eroberbare. Es ist verständlich, daß sich Potsdam zu Berlin hingezogen fühlt und an Berlin seine Maßstäbe sucht – vor allem kulturell. Aber die sich aus diesem Denken und Empfinden ergebende Entfremdung zwischen Potsdam und Rest-Brandenburg ist überall zu spüren, politisch, wirtschaftlich, kulturell. Keine Landeshauptstadt könnte weiter entfernt von ihrem Land sein, als Potsdam. Wenn man im Oderbruch lebt, dann gewinnt man leicht das Gefühl, daß Potsdam nur sich selbst und Berlin genügen möchte. Die politischen Konsequenzen dieser Entfremdung werden wir alle in wenigen Jahren zu spüren bekommen, denn die Wähler der Rechtsparteien werden sich gegen das Ab-



Frank Wiemeyer aus Schwedt erläutert Besuchern der 1. Messe »Schöne Bücher aus Brandenburg« 2018 das Making of der großartigen »Gebrochenen Poesie Uckermark«.

gehängt sein durch die Landespolitiker noch erfolgreicher wehren. In meinem Suchen nach Unterstützung in Potsdam für meine landesweiten Buchprojekte habe ich genau das erfahren: vollkommenes Desinteresse des offiziellen Brandenburgs gegenüber Initiativen und Menschen aus der Provinz. Brandenburg hat einmal entschieden, die Wiedervereinigung mit seiner früheren Landeshauptstadt Berlin nicht zu wollen. Die Konsequenz dieser Entscheidung muß dann meiner Meinung nach aber auch sein, ein Land mit einer eigenen Identität anzustreben. Doch das ist nicht der Fall. Die Identität des Brandenburgs der Gegenwart wird aus Straßen und Autobahnen von und nach Berlin gemacht. Brandenburg ist Transitfläche der Hauptstadt, sonst nichts. Bücher besäßen die Kraft, dem eine Alternative zu formulieren. Nur muß das Land dazu Brandenburger Bücher wollen.

Herr Rafalski, was würden Sie sich von der Landesregierung wünschen?

Der Ministerpräsident hat nach seiner zuletzt verunglückten Wahl davon gesprochen, daß die Demokraten jetzt zusammenrücken müßten.

Keine Reaktion hätte falscher sein können, aber die lag kohärent mit der Politik Potsdams seit 1990. Was er mit dieser Aussage mitteilt, ist, daß er mit den Parteien, die er für demo-

kratisch hält, eine Wagenburg bilden möchte. Eine Wagenburg vor dem anstürmenden Volk. Mich erinnert das an die letzten Jahre der DDR. Wenn wir eines gelernt haben, als ein an der Blockadepolitik einer SPD-geführten Verwaltung gescheiterter Gemeindepolitiker kann ich das mit besonderer Erfahrung sagen, dann das, daß jene, die sich in diesem Land als Demokraten bezeichnen, es am wenigsten sind. Die AfD entstand aus meiner Sicht nur an der Oberfläche betrachtet aus einer fremdenfeindlichen Gesinnung ihrer Befürworter, im Kern ist sie Ausdruck des Wunsches der Menschen, in den Entscheidungen der Politik und Verwaltung vorzukommen. Die AfD ist insofern ein echtes Ergebnis demokratischen Willens. Allerdings in ihren Zielen mit denen vernünftigen Denkens nicht kompatibel.

Von der Landesregierung wünsche ich mir anstelle einer Wagenburg ein Zugehen auf die Menschen. Ein Öffnen der Rathäuser, nicht ein immer weiteres Verschließen. Mit der Erfahrung der Kommunalpolitik in einer problematischen Region empfehle ich die Bildung einer Taskforce aus kreativen Fachleuten, deren Büro nicht in Potsdam steht, sondern in einem Bus durch das Land tourt. Wirtschaftsleute, Designer, Architekten, Soziologen, Psycholo-

gen, Marketing- und Tourismusexperten fahren durch das Land, um Ort für Ort nach Defiziten und Potentialen zu analysieren. Und entwickeln den Entscheidern vor Ort ein Zukunftsmodell für ihre Stadt oder Region. Ein Zukunftsmodell, das die Bedürfnisse und Hoffnungen der Menschen berücksichtigt und die Grenzen der Möglichkeiten jedes Standortes erreicht. Wenn man auf die Menschen zugeht, sie ernst nimmt und in wirkliche demokratische Prozesse einbezieht, dann wird sich das Gespenst AfD von allein verziehen. Wenn man eine Wagenburg bildet, wird man es stark machen. Und in einem solchen Prozeß muß die Kultur natürlich eine tragende Rolle spielen, und die nicht ohne Brandenburger Bücher und Büchermacher.

Auf der Messe »Schöne Bücher aus Brandenburg« haben Sie ein außergewöhnliches Buch über Irland präsentiert. Sie haben auch schon mehrere Artikel über Irland geschrieben. Haben Sie ein besonderes Verhältnis zu diesem Land?

Das Buch rührt aus einer großen Jugendsehnsucht und ist mit der Erfüllung dieser Sehnsucht gewachsen. Ich habe 25 Jahre lang daran gearbeitet. In seinem Ursprung sagt das Buch somit aber erst einmal mehr über die DDR, aus der ich komme, und über die Art der Welt, wie sie in den 80ern gewesen ist.

Während unter meinen Mitschülern ansonsten Australien und Kanada die großen Sehnsüchte formulierten, war es bei mir immer das Verborgene, das, an dem noch etwas Geheimnisvolles zu hängen schien. Das, worüber nichts oder wenig bekannt war. Mir erschien Irland damals als das verborgenste Land Europas. Irland von dieser Seite des Eisernen Vorhangs aus zu entdecken, glich einem riesigen Puzzle. Meine Annäherung begann mit uralten Lexika, in denen ich die bekannten Klischeefotos in Schwarz/Weiß entdeckte. In Buchläden und Bibliotheken fand ich dann Joyce und Flann O'Brien und in Zeitungen die fortlaufenden Sechs- bis Zwölfeiler über die Troubles in Nordirland. Daraus ergab sich natürlich kein Bild eines Landes, aber daraus entstand schon damals die Idee, aus vielen kleinen Informationen das gesamte Bild zusammzusetzen. Und ich bin nie müde darin geworden, die Insel entdecken und kennenlernen zu wollen.

Am Ende stand dann eine Reflexion des Landes aus jenen 25 Jahren, in denen Irland aus Verhältnissen, die wir der Jahrhundertwende zuschreiben würden, einen Sprung in unsere Zukunft getan hat. Denn Irland wird ja heute als »Labor der Globalisierung« bezeichnet.

Wie ist Ihr Buch entstanden? Es ist ja kein typischer Reiseführer.

Zu Fuß. Jedenfalls weitestgehend. Mit 30 Kilo auf dem Rücken und einem Bündel Papier in der Tasche schreibe ich beim Wandern. Es hat etwas sehr Kontemplatives und Inspirierendes, beim Durchwandern über die Landschaft zu schreiben. Ein Reiseführer ist es nicht und sollte es auch nie werden. Ein Land hat viel mehr Ansichten als nur die vom Sightseeing-



Am Messestand von Marc Bergers Edition Schwarzdruck aus Gransee mit ihren »kritisch-pessimistischen Hilfestellungen zum Zeitgeschehen«. Ein Verlagsprogramm, unbedingt der Neugier wert.

bus. Und mir ging es immer um das ganze Bild. Irland ist viel zu spannend, um sich nur mit dem zu befassen, was den Touristen angeboten wird. Ich denke, daß das Buch eine sehr intime und individuelle Sicht auf das Land vermittelt.

Das Buch erschien in Ihrem eigenen Verlag PAPIERWERKEN. Wie und warum gründet man einen Verlag?

Wenn man heute die deutsche Verlags- und Buchhandelsszene betritt, entspricht das wohl so in etwa dem Eintreten ins Colosseum. Da gibt es die Verlagslöwen mit Sitz westlich der Elbe und die wenigen Großhändler in der Cäsarenloge, die über Wohl und Wehe der Streiter entscheiden. Und in der Arena läuft ein blutiges Gemetzel, in dem ein Kleinstverlag ohne Chance ist und per System auch sein soll.

Leider arbeiten auch die öffentlich-rechtlichen Medien ausschließlich im Sinne der Löwen und beteiligen sich durch ihre Ignoranz an dem Schlachtfest der Kleinen. Das muß man wissen, bevor man in die Arena tritt. Der

Verlag ist für mich die Erfüllung eines lebenslangen Traumes, aber es ist eben nichts, wovon man leben kann. Und das war nie die Idee. Darin bin ich aber nicht allein. Die meisten Teilnehmer der Brandenburger Buchmesse erfüllen sich auf diese Weise ihren Traum. Sie bleiben unabhängig und können so die Grenzen ihrer Vorstellungskraft erreichen.

Für Liebhaber origineller und zugleich guter und hochwertiger Bücher ergibt sich aus der Selbstbefreiung vom Zwang zum Gewinnerwirtschafte ein großer Vorteil, denn wir schaffen aus meiner Sicht Besonderes. Der Vacat Verlag und Jürgen Strauss aus Potsdam, die Edition Galerie Vevais aus Eggersdorf, der Cottbuser Fabrik Verlag, Manuela Busch und Frank Wiemeyer aus der Uckermark und einige andere.

Es würde mich sehr freuen, wenn ich ein paar Leser auf uns neugierig machen könnte, denn wir schaffen außergewöhnliche Bücher. Man findet nur wenig von uns in Bucherläden, aber es lohnt sich, diese Bücher zu entdecken.



Der 1. Beigeordnete der Stadt Frankfurt (Oder), Claus Junghanns, und seine Tochter entdecken die Welt kunstvoller Bücher bei der Vernissage der 1. Ausstellung »Schöne Bücher aus Brandenburg« im Kleist-Museum Frankfurt (Oder) am 3. Oktober 2019.

Musikalische Höhepunkte des Jahres 2019 waren das Frühlingskonzert mit dem Brandenburgischen Konzertorchester Eberswalde, der Tanz mit dem Uckermärkischen Folkorchester aus Prenzlau und das Konzert der Band SkaZka beim Musikfest MUSAIK im Mai, das Konzert mit der Seilschaft von Gundermann in der Vorweihnachtszeit und das Weihnachtskonzert am vierten Advent mit Nadja Korovina, Alexej Wagner, Boris Lichtman und dem Gesangsverein »Eintracht« Friedrichswalde.

Folgende Konzerte sind für 2020 bereits geplant: die Band »Schnaps im Silbersee« im März und der Liedermacher Manfred Maurenbrecher, ebenfalls im März sowie das traditionelle Weihnachtskonzert am vierten Advent – in diesem Jahr wieder mit dem Brandenburgischen Konzertorchester Eberswalde.

Mehr als 1.500 Besucher kamen allein zu den insgesamt 38 Kinovorstellungen, denn freitags ist in Joachimsthal Kinotag. 2019 war das Jahr der Biopics. Zur Hape-Kerkeling-Biografie »Der Junge muß an die frische Luft« kamen 99, zur Dokumentation »Familie Brasch« 90,

Kulturelle Selbstorganisation in Joachimsthal:

Heidekrug geht ins zehnte Jahr

von Gisbert Amm

Im Jahr 2019 haben die ehrenamtlichen Aktiven des Kulturhaus Heidekrug 2.0 e.V. in Joachimsthal von März bis Dezember 58 Kulturveranstaltungen mit insgesamt fast 2.800 Besuchern organisiert. Das wird auch 2020 so bleiben – am 6. März geht es nach der Winterpause wieder los.

zum Freddy-Mercury-Biopic »Bohemian Rhapsody« 78, zu »Astrid« über Astrid Lindgren 66 und zu »Van Gogh – An der Schwelle zur Ewigkeit« 62 Besucher in den Heidekrug. Die beliebteste erfundene Lebensgeschichte, die allerdings auf Tatsachen beruht, war »System-sprenger« mit 77 Besuchern. Aber auch die außergewöhnlichen Dokumentarfilme »Der Duft des Westpakets« mit 57, »Oderland. Fontane« mit 51 und Volker Koepps Ostsee-Film »Seestück« mit 41 Gästen waren überdurchschnittlich gut besucht. Bei allen drei Dokumentationen gab es im Anschluß an den Film ein interessantes Gespräch mit den Regisseurinnen bzw. Regisseuren. Beim »Duft des Westpakets« gab es sogar eine Duftprobe und man konnte den Duft in Parfümfläschchen kaufen.

Viermal lud der Heidekrug 2019 zum Kinderkino ein und begeisterte hunderte kleine Besucher aus Hort und Kitas des Amtes mit »Mein Freund die Giraffe« in den Osterferien, »Kleine Vögel – großes Geklapper« in den Sommerferien »Findus zieht um« in den Herbstferien und dem schwedisch-finnischen Kinderfilm »Eine kleine Weihnachtsgeschichte« von 1999 zum Nikolaus. Kinderkino wird es in dieser Form auch 2020 wieder geben.

Auch das Wanderkino im Skulpturengarten ist inzwischen zur Tradition geworden. Am 28. August 2020 gibt es wieder Stummfilmklassiker mit virtuoser Musikbegleitung durch Tobias Rank am Piano und – neu dabei in diesem Jahr – Sebastian Pank mit Oboe und Saxophon.

Die Uckermärkischen Bühnen Schwedt gastierten 2019 mit dem Kammersmusical »TraumFrauen«, dem Travestie-Stück »Ganze Kerle« und dem Kinderstück »O wie schön ist Panama« in Joachimsthal. 2020 sind folgende Vorstellungen geplant: Die Komödien »Der zerbrochene Krug« im Mai und »Meine Braut, sein Vater und ich« im September sowie das Kinderstück »Robinson Crusoe« am ersten Advent.

Auch das Theater oliv aus Mannheim gastierte im vergangenen Jahr wieder in Joachimsthal. Im Heidekrug zeigt es seine Produktion »Bordellgeschichten«. Außerdem gastierte im November das »Bauerntheater« mit Jens-Uwe Bogadtke im Saal des Heidekruges. Unter dem Titel »Die kluge Bauerntochter wird noch gebraucht« wurde eine Produktion des Oderbruch Museums Altranft nach einem Stück von Kenneth Anders gezeigt.

Das traditionelle Outdoor-Wochenende im April 2019 stand unter dem Motto »Überleben in der Wildnis – Wasser und Nahrung«. Unter Anleitung von Marcel Klemm von der »Vier

Winde« Wald- und Wildnisschule Eberswalde lernten insgesamt 20 Kinder und Erwachsene, welche Pflanzen man in der Schorfheide essen und wo man Wasser finden kann.

Am 31. März 2019 wurden die unter dem Titel »Flucht ins Grüne« im Rahmen des Programmes »Kultur macht stark« des Bundesministeriums für Bildung und Forschung mit einer Gruppe von 17 Jugendlichen gedrehte Dokumentar- und Spielfilme vor mehr als 120 Besuchern gezeigt. Das Projekt unter der Leitung des freien Dramaturgen Oliver Hohlfeld war ein großer Erfolg und wurde bundesweit wahrgenommen.

Auch die gute Zusammenarbeit mit dem Jugendclub wird der Heidekrug-Verein 2020 fortsetzen. Unter anderem wurde im Oktober 2019 ein Workshop zum Thema Ton- und Lichttechnik mit zehn Teilnehmerinnen und Teilnehmern durchgeführt und der Jugendclub nutzte den Saal für seine Weihnachtsfeier.

Im April stand für die Mitglieder des Vereins ein ganztägiger Arbeitseinsatz zur Instandhaltung des Saales an. Am 15. Februar gab es den ersten in diesem Jahr. Im Juni 2020 besteht der Heidekrug-Verein zehn Jahre. Richtig gefeiert wird aber erst Anfang März 2021, denn Anfang März 2011 wurde der Saal wiedereröffnet.

Das ehrenamtliche Organisieren und Durchführen einer solch großen Zahl Veranstaltungen macht Spaß, ist aber mit viel Arbeit verbunden. Es werden deshalb weiterhin interessierte Menschen aus Joachimsthal und Umgebung gesucht, die die eine oder andere Aufgabe übernehmen und sich mit eigenen Ideen einbringen wollen. Mailen Sie an info@heidekrug.org oder sprechen Sie die Vereinsmitglieder bei den Veranstaltungen an. Sie können den Saal auch für eigene Veranstaltungen oder Feierlichkeiten mieten.

Außerdem wird weiterhin um Spenden gebeten, die vollständig in die Erhaltung und Ausstattung des Saales und die Fortsetzung des Kulturprogrammes gehen. Die Vereinsmitglieder selbst arbeiten ausschließlich ehrenamtlich. Spenden können auf das Konto des Kulturhaus Heidekrug 2.0 e.V. bei der Sparkasse Barnim Eberswalde eingezahlt werden (IBAN: DE68 1705 2000 3000 0555 91, BIC: WELADED1GZE). Der Verein ist als gemeinnützig anerkannt und berechtigt, Spendenquittungen auszustellen. Die Kontaktdaten finden Sie auf der Internetseite unter www.heidekrug.org. Dort findet sich auch das aktuelle Programm mit ausführlichen Informationen zu den einzelnen Veranstaltungen.

Kreatives Mitgestalten



Foto: JÜRGEN GRAUZEOW

Gerademaß zwei Monate dauerte die Testphase der BÜCHERBOXX am Potsdamer Platz, bis engagierte Einwohner dem Ansinnen, schmutzige und aussortierte Bücher lesen zu müssen, ein Ende setzten. Nun schmückt ein weiß-rotes Sperrband den Tatort und sorgt bei der nichtlesenden Bevölkerung für Erleichterung. Auch nahmen traditionelle Platzbesucher die blauen Lesebänke fürsorglich in ihre Obhut, um sie vor weiterem Vandalismus zu bewahren. (jg)

Kollektives korrigieren

Wie es zum Korrekturkollektiv kam ... Ja, das ist unser langjähriger Autor STEFFEN PELTSCH dran schuld, der sich einmal sehr heftig über die vielen Rechtschreibfehler beschwerte, die ich beim Abtippen in einen seiner Texte eingebaut hatte. Er schickte ja seine Beiträge bis zuletzt per Brief und meist reichte die Schreibmaschinen-Qualität nicht für das digitale Einlesen per OCR. Ich konnte die Schuld also nicht einmal auf die Technik schieben. Irgendwann im Herbst 2011 schrieb er sinngemäß, daß er es als Deutschlehrer nicht verantworten könne, wenn in seine Texte so viele Fehler enthalten – da müsse er sich ja gegenüber seinen ehemaligen Schülern in Grund und Boden schämen. Wenn wir künftig nicht etwas ordentlicher mit seinen Texten umgehen, könne er nicht weiterhin für die BBP schreiben.

... das war dann die Geburtsstunde für das BBP-Korrekturkollektiv.

Zunächst engagierte sich CARSTEN ZINN, damals noch enger Mitstreiter, als Korrektor. In der Juli-Ausgabe 2012 schafften wir es dann, einen Aufruf zu platzieren. KORNELIA LUBKE und KARL DIETZ meldeten sich. Beide sind auch heute noch dabei. Ab März 2013 verstärkte JÜRGEN GRAMZOW das BBP-Korrekturkollektiv und ab Dezember 2014 machte auch JOHANNES MADEJA mit. Schließlich wuchs im Jahr 2017 mit Dr. ILONA PISCHEL das Korrekturkollektiv sogar auf sechs Korrekturleserinnen und Korrekturleser.

Im gleichen Jahr verließ allerdings Carsten Zinn das Korrekturkollektiv. Ilona Pischel machte ab Herbst 2017 nicht mehr mit und Ende 2018 stellte auch Johannes Madeja seine Mitarbeit ein.

Sicherlich ist so eine Korrekturarbeit anstrengend und nicht jedermanns Sache. Allerdings ist es wie bei allem, je mehr mitmachen, desto weniger anstrengend wird es für den einzelnen. Grundlage der Zusammenarbeit ist

natürlich ein grundsätzliches Vertrauensverhältnis. Ohne dem geht es nicht.

Das jetzige dreiköpfige Korrekturkollektiv kommt zuweilen an die Grenzen, wie bei der aktuellen Ausgabe. Denn 32 Seiten lassen sich dann doch nicht mehr so nebenbei am Feierabend durchgucken. Schließlich macht die eine oder der andere auch mal Urlaub oder ist anderweitig verhindert.

Daher wiederholen wir anschließend unseren Aufruf von 2012, der noch immer gilt – auch wenn die Anzahl der Schreibfehler und flasche Kommatas, vor allem dank Kornelia, etwas geringer wurden.

GERD MARKMANN

Korrekturleser gesucht

Die »Barnimer Bürgerpost« strotzt für gewöhnlich vor Druckfehlern. Zumeist gehen diese auf den allzu fahrlässigen Umgang des Redakteurs mit der deutschen Rechtschreibung zurück. Das ist besonders schmerzhaft für einstige Deutschlehrer, deren Texte auf diese Weise verhunzt werden und die sich dann, obwohl völlig schuldlos, vor ihren ehemaligen Schülern für die vielen bösen Fehler schämen.

Nun hilft oftmals durchaus die moderne Technik. Wozu gibt es Rechtschreibprogramme. Auch der Redakteur verfügt über sowas und setzt es sogar ein, ist aber oft verlassen, wenn er sich darauf verläßt...

Wer also noch der alten deutschen Rechtschreibung mächtig ist (die neue wird in der BBP gnadenlos wegzensiert), über schnelles Internet verfügt und an einem Sonntag pro Monat etwas Zeit am Computer verbringt oder verbringen will, der oder die melde sich bitte bei der BBP-Redaktion (redaktion@barnimerbuergerpost.de).

(aus »Barnimer Bürgerpost« 7/2012)

Bewerber für Lehrerpreis gesucht

Eberswalde (bbp). Landtagsabgeordnete, vor allem die der Regierungskoalition, fungieren auch als Multiplikatoren der Landesregierung im Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern. Auch Hardy Lux (SPD), im Wahlkreis Eberswalde direkt gewählt, befließt sich gerne, solche Informationen weiterzutragen.

Anfang Juni werden beispielsweise wieder besonders engagierte Unterrichtende mit dem »Brandenburgischen Lehrerinnen- und Lehrerprijs« ausgezeichnet. Sie bieten außergewöhnliche Qualität in der Wissensvermittlung, bringen den Schülerinnen und Schülern demokratische Werte und globales Denken nahe oder erleichtern ihnen den Zugang zur digitalen Welt. Auch der Einsatz für benachteiligte Kinder und Jugendliche sowie außerschulische Aktivitäten etwa in der kommunalen Jugend-

arbeit werden positiv bewertet. »In unserer Region zeigen viele Lehrerinnen und Lehrer einen herausragenden Einsatz. Sie haben die Auszeichnung als Dank und Anerkennung verdient«, sagt Hardy Lux. Vorschlagsberechtigt sind Kinder, Jugendliche und Eltern. Die Schulkonferenzen nehmen die Vorschläge entgegen, auch von Schulträgern oder externen Partnern, und prüfen sie vor der Weitergabe an das zuständige Schulamt. Einsendungen an das Amt sind bis zum 6. März möglich.

Auch für ein Kinderfest in Potsdam beteiligt sich Hardy Lux an der Suche nach 100 Grundschulkindern, die sich am 25. Mai im »Treffpunkt Freizeit« in Potsdam mit ihren Darbietungen präsentieren wollen. Bewerben können sich Grundschulen, Horte, AGs und Sportvereine und zwar bis zum 3. April.

Gott existiert...

Kommunales Kino in Joachimsthal

Zur Eröffnung der neuen Kinosaison zeigt der Verein Kulturhaus Heidekrug 2.0 am Freitag, dem 6. März 2020 um 19.30 Uhr im kommunalen Kino den Film »Gott existiert, ihr Name ist Petrunya«. Der Eintritt beträgt 6 Euro.

Die 32-jährige Petrunya hat Geschichte studiert und lebt bei ihren Eltern in einer Kleinstadt in Mazedonien. Als Historikerin sind ihre beruflichen Aussichten schlecht. Deswegen zwingt ihre Mutter sie zur Arbeitssuche, zu der dubiose Treffen mit abstoßenden Arbeitgebern gehören. Als einer dieser potentiellen Chefs Petrunya nach dem Vorstellungsgespräch sagt, daß sie zu alt und häßlich sei und mit ihrem Geschichtsstudium nicht einmal als Näherin taugt, läßt sie anschließend ihrem Frust freien Lauf. Zufällig trifft sie auf eine Prozession, die zum Fluß führt.

Es ist Dreikönigstag, und traditionell wirft an diesem Tag der Priester bei der Großen Wasserweihe ein gesegnetes Kreuz in das Wasser. Junge Männer springen in die eisigen Fluten, um danach zu tauchen. Glück, Freude und Wohlstand sind dem garantiert, der es zurückbringt. Doch dieses Mal springt auch Petrunya in den Fluß – und taucht mit dem Kreuz in der Hand auf. Die Hölle bricht los, und ihre Heldentat gilt als waschechter Skandal. Aber Petrunya hält das Kreuz fest. Sie hat es gewonnen und wird es nicht aufgeben.

GISBERT AMM

**KULTURHAUS HEIDEKRUG 2.0 E.V. • Brunoldstr. 1
16247 Joachimsthal • www.heidekrug.org**

Zu Gast am Grimnitzsee:

Schnaps im Silbersee

Am Samstag, dem 7. März, um 20 Uhr kommt das Liederkabarett SCHNAPS IM SILBERSEE in den Heidekrug. Der Eintritt beträgt 12 Euro im Vorverkauf über die Heidekrug-Webseite (zzgl. Transaktionsgebühr) und 15 Euro an der Abendkasse.

Wortjongleure und Klangdompteure in einem Musiversum aus tiefem Blödsinn und entblößendem Tiefsinn. Liedkabarett und Emotionspflege für diverse Publikumsorgane. Seit 2010 touren die Publikumsliebhaber der HOYERSWERDAER HOYSCHRECKE (2014) quer durch Deutschland über ehrwürdige Kleinkunsthöhlen, Liedermacher-Burgen & Liedermachungssofas, rauschende Baumwipfel & berauschende Laola-Festivals.

Nach dem Erfolg ihres Debutalbums *Jede Welt ist die Echte* im Jahr 2014 (mehrfach Top-Ten der Liederbestenliste, Longlist Preis der Deutschen Schallplattenkritik) schossen die Enfants terribles der Verbalpyromanie 2018 mit Synapsensilvester ein weiteres Klangfeuerwerk in den Orbit.

GISBERT AMM 19

In eigener Sache:

Die nächsten 25 Jahre

Dies ist die 300. Ausgabe der »Barnimer Bürgerpost«. Zugleich gibt es in diesem Jahr unsere unabhängige Leserzeitung 25 Jahre. Anlaß genug, um sich darüber Gedanken zu machen, wie es die nächsten 25 Jahre weitergehen soll. Wer beständig sein will, muß offen sein für den Wandel. Von Beginn an gehört es zu unseren Grundprinzipien, daß unsere Leserinnen und Leser die Entwicklung mitbestimmen. Das soll natürlich auch in Zukunft so bleiben.

Der Vorsitzende unseres Trägervereins forderte Sie in der vorigen Ausgabe auf, Ihre Ideen für die künftige Gestaltung unserer Leserzeitung in den Ring zu werfen.

Für das Internetarchiv gab es schon erste Ideen und Initiativen für die Programmierung der hierfür notwendigen Internetdatenbanken. Für die Erarbeitung von Zukunftsideen ist es hilfreich, möglichst unkompliziert auf das in 25 Jahren Aufgeschriebene zurückgreifen zu können. Vieles ist noch offen. Es gibt auch von verschiedenen Seiten Ideen für Monographien, die die Artikel zu speziellen Themen oder von bestimmten Autoren zusammenfassen.

Ideen gibt es also viele. Bloß beim Personal, das die vielen Ideen umsetzen kann, hapert es ein wenig. Das ist nicht neu und bei ehrenamtlich organisierten Projekten wohl ohnehin eher Normalzustand. »Hunde, wollt ihr ewig leben?«, soll einst ein hiesiger Kurfürst und König namens Fritz Zwo seine in den Waffenrock gezwängten Untertanen gefragt haben. Ja, eigentlich schon – ist unsere Antwort, auch zumal wir weder Hunde sind und keinesfalls der Opferung in irgendwelchen Schlachtgetümmeln für fremde Interessen zur Verfügung stehen. Allerdings ist die Biologie unerbittlich. Daher kommen wir in den nächsten Jahren an eine personelle Erweiterung und Verjüngung von Verein und Redaktion nicht vorbei. Schicken Sie Ihre Bewerbungsunterlagen – vor allem aber Ihre Gedanken, Ideen, Vorschläge und Mitmachwünsche an die Redaktion (Kontaktadressen siehe Impressum auf Seite 32).

Auf dieser und den nächsten Seiten beleuchten wir, wie schon auf Seite 2 angekündigt, mal die eher weniger bekannten Seiten des vielfältigen ehrenamtlichen Engagements, das innerhalb des Rahmens »Barnimer Bürgerpost« passiert, ohne daß irgendjemand Kommandos dafür gibt und jenseits von Ehrenamtspreisen, -pässen oder Ähnlichem.

Natürlich ist damit nur ein kleiner Teil der Aktivitäten jener Menschen beleuchtet, die es überhaupt erst möglich machten, daß wir es bis zur Ausgabe Nummer 300 geschafft haben.

Statt dem Klischee der üblichen Dankesreden zu folgen, sage ich hier einfach mal: Wir können alle miteinander stolz darauf sein, was wir in den vergangenen 25 Jahren Monat für Monat zustande gebracht haben.

GERD MARKMANN

(Redakteur der »Barnimer Bürgerpost«)

Die Bürgerpost im Internet

Die »Barnimer Bürgerpost« war und ist eine Zeitung aus Papier. Das soll sie auch bleiben. Als ehrenamtlich gemachte Leserzeitung beschränken sich die tatsächlichen Kosten, von einigem Kleinkram abgesehen, auf den Druck und den Vertrieb in Bereichen, wo wir die Verteilung nicht in Eigenregie hinbekommen. Das Geld, das wir aus Abos, als Spenden etc. einnehmen, reicht dafür. Auch wenn in den vergangenen Jahren vor allem die Belastung durch die Portogebühren zunehmen, steht die »Barnimer Bürgerpost« nach wie vor auf einem sicheren wirtschaftlichen Fundament.

Unser Internetangebot verstand sich daher auch nie als Ersatz oder Ablöse für die gedruckte Zeitung, sondern von Anfang an vor allem als zusätzliche Chance zur Diskussion und Spiegelung sowie als möglichst umfassendes und frei zugängliches Archiv.

Mit Modem im CL-Netz

Ganz zu Anfang gab es das CL-Netz. Das war noch in Zeiten, als die Online-Kommunikation im wesentlichen aus dem Austausch von aus einfachem Text bestehenden eMails bestand und die Übertragung per Modem und Telefon

erfolgte. Die Intensität und Organisiertheit des mit dem zugehörigen Programm CrossPoint möglichen Nachrichtenaustauschs allerdings wurde von späteren Möglichkeiten nie wieder erreicht. Das Ganze funktionierte durch Vernetzung einzelner unabhängiger Organisationen – ohne daß ein Internetkonzern dahinter stand, für den die Kommunikationsangebote bloß Vehikel zur Profitproduktion sind.

Mit der Entwicklung der bunten Konzernangebote konnte das textbasierte CL-Netz irgendwann nicht mehr mithalten, zumal viele der Organisationen, die sich zum CL-Netz verknüpft hatten, bald umstiegen und es dem Netz alsbald an den Verknüpfungen fehlte.

Wir hatten die Möglichkeiten des CL-Netzes vor allem zur internen Kommunikation genutzt. Als sich unser Knotenpunkt vom CL-Netz verabschiedete, mußten auch wir uns umorientieren.

Das BBP-Forum

Schon 1998 hatten wir den Internetaccount www.barnimer-buergerpost.de erworben, allerdings ohne zunächst damit etwas anzufangen. Für ein paar Jahre war sogar das Zugangspaßwort in Vergessenheit geraten.

Die Facebookseite der bbp

Facebook bot sich als ideale Plattform für diverse bürgerbewegte Anliegen mit lokalem Bezug in den letzten zehn Jahren an. Alle wollten dabei sein. Die Kleinen, die Großen, die Vereine, die Nachbarn. Der große Run der Demovielfalten ist zwar schon lange vorbeigerauscht, aber nach wie vor taugt das Medium als Platzhalter für alle sozial aktiven Bewegungen, denn Facebook bietet unterschiedliche Accounts an, sozusagen einen großen technisch gut sortierten Baukasten, für jeden eben das Passende. Auch sind alle seit 2013 ins Feld gerückten Bedenken (Snowden) hinsichtlich einer Überwachung der Plattform nicht viel wert, wenn es speziell um öffentlich publizierte Anliegen geht, denn diese sind gegen Mitschnitte von Datensaugern immun. Diese Zweigleisigkeit von Facebook hat das Tool erhalten und so sind auch nach wie vor vom einfachen Spiele-Freund über einen Verein, den Bürgermeister bis zum Konzern und wie sie alle heißen mögen (fast) alle dabei.

Das war auch der Grund, warum die Barnimer Bürgerpost hier einen Platzhalter vorhält. Unsere kleine Zeitung erscheint nur alle vier Wochen. Daher sind tagesaktuelle Ereignisse kaum abzubilden. Die Worte, die sich im Selfmade-Leserblatt finden, zielen vor allem auf längere Entwicklungen als die eines Tages. Hier laufen die Uhren langsamer und bedächtiger. Das Ziffernblatt zeigt auf Probleme, die

sich in Monaten entwickeln, auf lokale Streitfragen, die Jahre brauchen, um zu einem Ergebnis zu reifen. Umgangskultur vor Ort eben, abseits der Kleinanzeigen für gebrauchte Babywäsche.

Daher war es auch völlig ausreichend, im schnellen Facebook eine Page vorzuhalten, die zumindest den Weg zur gründlicheren Lektüre zeigt, ohne den eigentlichen Takt zu stören, ergänzt durch ein Diskussionsforum für schnelle Nachrichten, kurzfristige Termine und Abonnementfragen. Das sehe ich als gelungen an.

Die Emission startete am 29.11.2012 unter dem Suchkürzel [bbp.barnim](http://bbp.barnim.de) mit einem Bild vom Hokaw-Brand in Eberswalde. Das Design fand seinen festgelegten Stil am 25. Dezember 2012 mit einem Nebelbild vom Mechesee und dem typischen Kugel-Logo, das sich bis heute erhalten hat. Nun sind es gut 7 Jahre, indem wir Monat für Monat den Nebel lichten, mit einem Häppchen der jeweiligen Ausgabeinhalte, grafisch und textlich. Wir transportieren aus der Printausgabe Schlagzeilen aus dem Landkreis, gelesen von 177 Netz-Benutzern, die uns »Gefällt mir«-Angaben für die Seite geben, was ein »Daumen hoch« bedeutet.

Wir haben unabhängig vom Daumen drücken 209 Seitenabonnenten, Tendenz steigend, die bei Neuigkeiten im Internet vorbeischauen, so wie Durchschnittsleser Willibald auch die Printausgabe ab und an mal in die

Der internen Kommunikation dienten nach dem Ende der CL-Netz-Ära zunächst nur private eMailadressen. Etwa 2003 etablierten wir dann in Form einer eMail-Group das BBP-Forum. Ziel war, wie schon der Name »Forum« sagt, in erster Linie die Diskussion und Spiegelung. Daneben wurden hier auch Informationen, die aus Zeit- oder Platzgründen nicht in die Druckausgabe kamen, an die Abonnenten, die das BBP-Forum nutzten, weitergegeben.

Zeitweise gab es hier ziemlich lebhaft Diskussionen. Mit der Etablierung der sogenannten »sozialen Medien« verloren allerdings auch solche eMail-Listen weitgehend ihre Funktion. Hinzu kamen technische Probleme unseres Anbieters. Manche werden sich noch an das »Umlaute-Problem« im BBP-Forum erinnern. Dadurch war dort ein vernünftiger Austausch faktisch nicht mehr möglich. Als der Anbieter das Problem nach einigen Jahren wieder in den Griff bekam, war es zu spät. Die vormalige Diskussionsfreudigkeit im BBP-Forum lebte jedenfalls nie wieder auf.

»C'est la vie« – so hieß die Gaststätte von Silke und Helmut Schidowski, in der wir 1994/95 unsere Vorbereitungstreffen und schließlich die Gründungsversammlung des Vereins abhielten – oder »Such is life«, wie das Karl Dietz regelmäßig kommentiert, mit dem wir über das CL-Netz in Kontakt kamen und der seit vielen

Jahren für eine Präsenz der BBP auf seinen AKI-Wiki-Seiten sorgt (<http://wiki.aki-stuttgart.de/mediawiki/index.php/BBP>).

Das digitale Archiv

An die digitale Archivierung der »Barnimer Bürgerpost« war erst zu denken, als wir das erste Jahrzehnt hinter uns hatten. Erst seit 2005 gibt es die BBP regelmäßig als PDF. Bis dahin wurden, von der Anfangszeit abgesehen als eine Offsetdruckerei die originale Satzdatei weiterverarbeitet, die Druckvorlagen auf Papier in der Druckerei abgeliefert. Unsere damalige Druckerei, der PS-Verlag von Peter Spangenberg, fungierte zugleich als unser erstes Internetarchiv, nachdem wir damit begonnen hatten, die Druckvorlagen per PDF abzuliefern. Kurze Zeit später fand sich auch der damals sehr erfolgreiche Barnim-Blog bereit, regelmäßig die BBP als PDF bereitzustellen. Beide Angebote gibt es heute nicht mehr.

Von 2012 bis 2019 hatte Karl Dietz die PDF-Ausgaben dann regelmäßig in eine Yahoogroup namens BBP-Blog hochgeladen. Dieser Anbieter läßt jedoch seit Ende vorigen Jahres nur noch einfache eMails zu und hat alle Archive gelöscht.

Es gab weitere Episoden, die inzwischen weitgehend vergessen sind. Dafür gelang es uns irgendwann, endlich unsere eigene Internetsei-

te, die wir immerhin schon 1998 erworben hatten, dahingehend zu aktivieren, daß sie wenigstens als Archiv für die vorhandenen PDF-Ausgaben der »Barnimer Bürgerpost« taugt.

Unser Bernau-Redakteur Thomas Tobler hat außerdem seit einigen Jahren einen Facebook-auftritt für die »Barnimer Bürgerpost« organisiert. Als Facebook-Abstinenzler kann ich hierzu allerdings nicht viel mehr sagen. Wer sich dem US-Medienmogul ausliefern mag, kann das hier tun: www.facebook.com/bbp.barnim.

Die »Barnimer Bürgerpost« verfügt also über eine durchaus breite Internetpräsenz. Künftig soll es vor allem darum gehen, die Archiv-Funktionen zu erweitern. Ziele sind zum einen, auch die älteren Ausgaben vor 2004 verfügbar zu machen und zum anderen nach und nach die einzelnen Artikel der Recherche zugänglich zu machen.

Die Programmierung der hierfür notwendigen Internetdatenbanken ist schon im Gange. An der Fleißarbeit, die einzelnen Artikel dann in die Datenbank einzupflegen, können sich dank der modernen Technik viele Helfer beteiligen, wenn die entsprechenden Eingaberoutinen bereitstehen.

Zumindest eines steht schon jetzt fest: Auch nach 25 Jahren bleibt es spannend, wie es mit der »Barnimer Bürgerpost« weitergehen wird.

GERD MARKMANN



209 Facebooknutzer haben die Seite der BBP abonniert (Stand: 19.02.2020).

Hand nimmt. Diese so genannten Fans sind vorzugsweise früh- und spätaktiv. In der Mittagszeit klicken sich im Mittel gar 66, abends gegen 18Uhr jedoch nur 7 mit ihrem Internetgerät des Vertrauens durch den Spielplatz Facebook. Sie halten sich dabei vorzugsweise gerade in Berlin und dem Barnim auf, verteilen sich aber auch auf den gesamten deutschsprachigen Raum und Polen.

Unsere rar verteilten online-Beiträge lesen im Mittel 62% männliche und 38% weibliche Leser, mit einem deutlichen Vorsprung in der Altersgruppe von 35 bis 44 Jahren sowie der nachfolgenden Altersdekade. Es gibt hier auch noch eine Gruppe der Nichtleser, die sich nur die Schlagzeilen ansehen (nur »angezeigte Beiträge«). Dort liegt der Frauenanteil im Verhältnis sogar auf 44%.

Haben wir da alles richtig gemacht? Was von all den Neuigkeiten hat die größte Beliebtheit?

Von der Ankündigung einer Ausgabe bis zum soundsovielten Bericht über ein Vor-Ort-Thema oder einem Vortragstermin ist es immer der Leitartikel, der die höchste Interaktionsrate aufweist. Er ist tatsächlich das beste Aushängeschild für die Ausgaben und erhält im Mittel die meisten Like's aller online-Leser.

Die Seite wird für lau supportet von Thomas Tobler, der zugleich speziell auf unsere Präsenz in der Stadt Bernau achtet. Zur Abrundung gibt es noch die Facebook-Gruppe der bbp. Diese bekommt neben einer Spiegelung der Facebook-Page tagesaktuelle Inhalte zur Ergänzung und wird gelegentlich für Kommentare aus dem Publikum genutzt. Aktivitäten sind aber auch hier nur so häufig zu erleben, wie sich in der Lokalpolitik (des Südbarnims) Themen erhitzen oder eben nicht. Im Nordbarnim wird zum Tagesgeschehen vom online-Publikum eher der »Eberswalder Salon« genutzt.

Insgesamt ist bezüglich der Diskussionsfreude unserer Internetjünger inzwischen so ziemlich die Luft heraus. Zum einen ist die internette Portal-Landschaft trotz einiger Anbieter-Pleiten (Forum Romanum, AOL, Schüler-Vz etc.) aufgrund explodierender Marketingpräsenzen derart vielfältig gewachsen, daß sich Texterfreunde in immer kleineren online-Zirkeln austauschen als wie etwa zur Jahrtausendwende. Zudem werden inzwischen auch Gamerportale für Alltagsthemen mitbenutzt, da diese durch den Teambezug der Games von vornherein sozial eine starke Sogwirkung und Bindungskraft haben.

Andererseits hat das allgegenwärtig diskutierte netzpolitische Versagen des Staates Auswirkungen. Die Haterei im Netz hat die Bereitschaft, sich online zu äußern bei vielen Interessenten in letzter Zeit doch stark gedämpft.

Um einen positiven Ausblick für die online-Präsenz der Barnimer Bürgerpost als solche zu bekommen, würde ich mir einen besseren Tageszulauf wünschen, der vielleicht auch mit mehr Mut im Portfolio der Publikationsprodukte erreicht werden kann. taz, nd, junge welt und insbesondere der Freitag haben vorge-macht, wie sich Symbiosen dazu anfühlen. Die Unterschiedlichkeit des Tempos und des Umfangs, mit dem sich Informationen im Internet vergleichend zum Druckmedium verbreiten, wird verhindern, daß die Printausgabe durch online-Nutzungen ernsthaft Konkurrenz bekommt.

Kurz zur Sache: Tesla möchte in Grünheide bei Erkner auf einem 300 ha großen Grundstück ein Autowerk errichten, das 500.000 Autos im Jahr produzieren kann. Täglich sollen 6 volle Züge mit Autos das Werk verlassen. Das Werk ist nicht nur wegen seiner massiven Umweltauswirkungen umstritten, sondern auch der vermeintliche Beitrag zum Klimaschutz ist bei genauer Betrachtung ein Selbstbetrug.

Eigentlich sollte allen klar sein, daß die wachsende Zahl von Autos das Problem darstellt. Hinzu kommt, daß die Autos eine immer kürzere Lebenszeit haben und immer schwieriger zu reparieren sind, weil immer mehr Computertechnik verbaut wird. Einig ist man sich auch, daß der Individualverkehr nicht umweltverträglich ist. Daran ändert auch eine Elektrifizierung der Fahrzeuge nichts. Der negative Trend zum Auto wird zudem befeuert durch die Anforderungen des Arbeitsmarktes und durch die unbezahlbaren Mieten in den prosperierenden Zentren, wo sich die meisten Arbeitsplätze befinden. Die Förderung des E-Autos ist in erster Linie eine Abwrackprämie für die bestehenden Autos. Durch die Einführung des zusätzlichen Attributes, das e, das den Unterschied macht, ist vielmehr ein neues Produkt geschaffen worden, daß zusätzlich zum Kauf von Autos anregt.

Das Vorhaben wäre weniger umweltbelastend, wenn es nur darum gehen würde, Luxusprodukte für eine kleine Zahl von Kunden zu produzieren. Tesla sieht aber vor, komplizierte Technologien wie E-Autos durch Massenproduktion im Herstellungspreis zu senken und bald discountbillig für eine große Zahl von Kunden anzubieten. Damit wird der Ressourcenverbrauch durch die Fertigung der E-Autos und die Entsorgung der alten Autos erst zum ökologischen Problem. In der Gesamtwirkung vergrößert sich der ökologische Fußabdruck. An den Produktionsstätten werden die Umweltressourcen massiv übernutzt.

Das gilt nicht nur für Mastbetriebe, sondern auch für Tesla. Die Fabrik soll mehrere hundert Kubikmeter Wasser pro Stunde, rund um die Uhr, verbrauchen. Der Wasserverband Strausberg-Erkner hat in einer Pressemitteilung erklärt: »Gegenwärtig kann weder die Trinkwasserversorgung noch die Schmutzwasserentsorgung in dem von Tesla gewünschten Zeitrahmen gewährleistet werden... Wir geben zu bedenken, daß eine Genehmigung der Grundwasserförderung für andere Antragsteller als den zuständigen Wasserversorger die Trinkwasserversorgung gefährdet.« Der Landkreis Oder-Spree hat seit Jahren ohnehin ein Wasserproblem. Das Wasserwerk Erkner versorgt außerdem große Teile Ostberlins mit Trinkwasser. Nicht viel anders wird es dort sein, wo die Ressourcen für die Batterien und elektrischen Bauteile gewonnen und wieder entsorgt werden. Bisher wird Lithium für die Batterien unter schlimmen Bedingungen in Südafrika gewonnen. Die reibungslose Bereitstellung von Ressourcen, die es bei uns nicht gibt oder nur zu einem hohen Preis, stellt auch

Getrennt und nicht gemeinsam

Wie läßt sich die wahnwitzige Situation erklären, daß eine Fabrik gebaut wird, die die Natur zerstört, überflüssige Spielzeuge produziert und ökologisch Denkende diese Pläne begrüßen?

ein Demokratieproblem dar. Ob andere Länder ihre Ressourcen ausbeuten und ins Ausland verkaufen möchten, ist eine Frage, die der Souveränität des Landes obliegt.

Hat die Entscheidung der deutschen Politik zur Förderung des E-Autos, die demokratische Entscheidung in den rohstoffliefernden Ländern zur Rohstofflieferung schon vorweggenommen? Natürlich gibt es solche demokratischen Entscheidungen meistens nicht, aber durch das Stützen auf das gegenwärtige Handelssystem werden diese aktiv durch uns unterbunden. Doch auch unsere Demokratie steht auf dem Spiel: 90 Hektar Wald sollen bereits bis zum 27. Februar, also noch vor Ende der Einspruchsfrist für die Genehmigungsunterlagen am 5. März, gerodet werden (rbb).

Warum kann man sich nicht darauf einigen, daß Nachhaltigkeit und Kapitalismus nicht miteinander vereinbar sind?

»Probleme kann man niemals mit derselben Denkweise lösen, durch die sie entstanden sind.« Dieser Satz ist von Einstein. Oder ähnlich drückt es der Slogan »System Change, not Climate Change« aus. Was liegt hier vor?

Ein kurzer Überblick über die Unternehmen, die Tesla-Gründer Elon Musk gegründet hat, gibt ein gutes Bild, wo Musk das E-Auto verortet. Das ist eine Welt mit unterirdischen Überschallzügen, Maschinen, die mit den Gedanken der Menschen kommunizieren, Künstlicher Intelligenz und Kaffeefahrten mit dem Raumschiff. Musk hat es geschafft, mit seinen Unternehmen ein Vermögen von 22,3 Milliarden US-Dollar anzuhäufen, und den 40. Platz der reichsten Menschen der Welt zu belegen (wikipedia). Er wird uns als avantgardistischer Vordenker und genialer Unternehmer vorgestellt, der anspruchsvolle Hightech-Fantasien zu Discountpreisen anbieten möchte. Doch ist das die Welt, in der wir leben möchten?

Die Frage, warum Tesla die Fabrik genau hier bauen möchte, ist scheinbar keine Frage des kapitalistischen Systems oder der Eigentumsverhältnisse, sondern wird von der Seite her erklärt, daß Elon Musk eine tolle Vision hat und Deutschland helfen möchte, nachhaltiger und technologisch reifer zu werden. Es ist scheinbar eine persönliche Entscheidung von Elon Musk und keine, die mit einem kapitalistischen Hintergrund zu tun hat.

Dabei ist klar, daß in Deutschland gerade die gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen wurden, damit sich der E-Automarkt entwickeln kann und die etablierten Autohersteller sich nur zögerlich von ihrem Dauerverkaufsschlager, dem Verbrennungsauto, verabschieden. Die Lohnkosten im Osten sind günstiger und aus Polen können noch günstigere Arbeitskräfte rüber pendeln. Für die Mitarbeiter hat sich Tesla noch nicht auf eine Bezahlung nach Tarif

festgelegt. Der Baugrund ist günstig und wurde Tesla zudem zu 1/3 des üblichen Kaufpreises überlassen, den Häuslebauer für ein Grundstück in derselben Lage bezahlen (rbb).

Da Musk ein großer Fan der Digitalisierung und Automatisierung ist, werden in dem Werk außer ein paar hoch ausgebildeter Prozeßüberwacher und einigen Security vermutlich kaum Leute arbeiten. Selbst die Logistik könnte von autonom fahrenden Fahrzeugen übernommen werden. Hier deutet sich kein System Change, sondern ein System Boost an. Neue Autos sollen die alten ersetzen. Neue Technologien, die vorher niemand brauchte, werden zur Marktreife gebracht und der Ressourcenverbrauch dadurch weiter beschleunigt. Mit einer Pseudo-Umweltverträglichkeit versucht Tesla den großen Verlust für die heimische Natur und für unsere Trinkwasser-Reserven zu rechtfertigen.

Teslas Absichten sind unschwer zu erkennen, doch was denken unsere Politiker?

Besonders die Grünen versuchen die Fabrik als Meilenstein der Nachhaltigkeit zu deuten. Der Grüne Ralf Schmilewski sagt: »Jeder elektrische Neuwagen, der einen Verbrenner verdrängt, reduziert die CO₂- und Schadstoffbelastung und sorgt für eine effiziente Energienutzung.« Zum autonomen Fahren meint er: »Diese Technologie wird künftig flächendeckendes Carsharing und damit eine Reduzierung der Anzahl der PKW ermöglichen.«

Die Grünen-Abgeordnete Anja Grabs bedauert die Abholzung und schreibt: »Die Kiefernmonokulturen sind auf den ersten Blick noch weniger erhaltenswürdig als ich gedacht hätte (...) Andererseits hat Tesla angekündigt, die dreifache Fläche der zu versiegelnden Fläche wieder an geeigneter Stelle aufzuforsten. Somit handelt es sich langfristig gesehen um einen Gewinn für den Natur- und Artenschutz.«

Der BUND schreibt in seiner Stellungnahme gleich als erstes: »Wir begrüßen die Pläne grundsätzlich, da sie deutlich machen, daß klimafreundliche Industrien Chancen und Arbeitsplätze mit sich bringen und daß erneuerbare Energie und Klimaschutz im Standortwettbewerb bereits heute ein großer Vorteil sein können.«

Die Wahl-Optionen, E-Auto oder Verbrenner-Auto, sind nicht reell, sondern sie ist nur möglich durch den Markt als Puffer zu dem zerstörerischen System der Ausbeutung, daß um die Lieferung der Bauteile und der Rohstoffgewinnung rankt. Die eigentliche Frage, die wir uns leisten können, muß lauten: ein gebrauchtes Auto oder kein Auto.

Das E-Auto soll sich nur wie Umweltschutz anfühlen, muß es aber nicht bedeuten. Damit Nachhaltigkeit im Kapitalismus funktioniert ist nur wichtig, daß man Nachhaltigkeit kaufen kann.

PAUL VENUß

»Energetisch autarke« und »autoarme Zone« im »Hufnagelquartier« am Kupferhammerweg:

Vom Industriegebiet zum Wohnquartier

Eberswalde (bbp). Das Areal der ehemaligen Hufnagelfabrik hat sich die Kupferhammer Quartier GmbH (KHQ) als Eigentum gesichert. Etwa 260 Wohneinheiten, darunter 60 Wohnungen »in besonderen sozialen Wohnformen (z.B. Servicewohnen für Senioren)« sowie Flächen für Kleingewerbe sollen hier entstehen. Die Wohnungen sollen als Mietwohnungen oder anteilig als Eigentumswohnungen vermarktet werden. Die hier befindlichen Denkmale, wie der Schornstein des Kesselhauses der alten Fabrik sowie der Waggonaufzug sollen in die Gestaltung des neuen Wohngebiets einbezogen und »ertüchtigt« werden. Auch der alten Villa, den historischen Stützmauern sowie der Schleuse und dem Wehr gilt die Aufmerksamkeit der Planer, die das alles mit einem »Denkmalspfad« verbinden wollen. Sogar der historische Baumbestand soll maximal erhalten bleiben.

Für den Geschößwohnungsbau sind etwa 20 Häuser vorgesehen mit drei bis vier Geschossen am Kanalufer und vier bis fünf Geschossen zum Hang. Als seitliche Ergänzung der historischen Villa sollen zwei Gewerbebauten entstehen, die als Bürogebäude oder für eine Kita genutzt werden könnten. Neben der vorhandenen Zufahrt über die Kreuzung Kupferhammerweg ist eine zweite Zufahrt in der Nähe der Schleuse geplant. Dabei wollen die Planer das Wohngebiet als eine »autoarme Zone« gestalten, das nur für Einsatzfahrzeuge und für Anlieferungen genutzt werden soll, während für die Fahrzeuge der Anwohner ein zwei- bis dreigeschossiges Parkdeck in der Randlage am Bahndamm entstehen soll.

»Der Einsatz von erneuerbaren Energien ist ein wesentlicher Aspekt bei der Planung sowie des Be-

triebes der Wohnanlage«, heißt es in dem vorgelegten Konzept. Da Wind und Sonne nicht oder nicht ausreichend als Energieträger zur Verfügung stehen, werden für die energetische Versorgung insbesondere Geothermie/Aquathermie sowie der Einsatz eines Blockheizkraftwerkes (BHKW) mit Pelletbefeuerung in die Planung aufgenommen. Dabei soll die umweltfreundliche Anlieferung per Lastkahn oder durch einen regionalen Pellethersteller erfolgen, um die Transporteffizienz zu optimieren. Ziel sei »die weitgehende energetische Autarkie des Wohnbauprojektes«.

Auch hinsichtlich der Bauweise und der Baustoffe versprechen die Planer ein »gesonder-tes Nachhaltigkeitskonzept«. Ziel sei die Verwendung von traditionellen und natürlichen Baustoffen und deren Verarbeitung mit modernen Technologien, zum Beispiel als Holz-Modulbauweise und Gründächer mit optimaler Regenrückhaltung. Durch einen hohen Grad der Vorfertigung könne die Bauzeit optimiert werden. Denkbar sei auch »eine ökologisch sinnvolle Baustellenlogistik über den Finowkanal«.

Wenn am 27. Februar die Stadtverordneten über die Aufstellung des Bebauungsplans zum »Hufnagelquartier« abstimmen, liegt zugleich ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf dem Tisch. Diese wollen zum einen den Bau einer Kita als Ziel festschreiben und darüber hinaus als Vorgabe in den Plan schreiben, daß ein Viertel der Wohnungen als geförderter sozialer Wohnraum zu errichten ist. Sozialen Wohnungsbau hat der Bauträger ausdrücklich nicht vorgesehen. Allerdings sei »die Mietpreisentwicklung bei Neuvermietung in Eberswalde« besorgniserregend, begründet die Linksfraktion ihren Vorstoß.

Dabei bleibt DIE LINKE mit ihrem Änderungsantrag zum Bebauungsplan deutlich hinter der Ankündigung zurück, die der Fraktionsvorsitzende SEBASTIAN WALTER eben erst im Amtsblatt der Stadt Eberswalde vom Februar verkündet hatte: »Wir wollen, daß es bei jedem Wohnungsbauprojekt mindestens EIN DRITTEL der Wohnungen mietpreisgebunden, also Sozialwohnungen sein müssen«.

Der Markt wird's richten

In Eberswalde steigen die Mieten. Das macht das Bauen für Privatinvestoren wieder attraktiv, deren allgemeines Ziel weniger in der Schaffung von bedarfsgerechten Wohnraum für die Menschen besteht als vielmehr im Erzielen einer vergleichbar sicheren Immobilienrendite.

Die allmähliche Angleichung von Nachfrage und Angebot ist die einzig denkbare Lösung der »Wohnungsfrage« in der heutigen Gesellschaft. Eine Lösung, »die zugleich diese Frage immer wieder von neuem erzeugt, also keine Lösung ist«.*

Zwar reden die verschiedenen Eberswalder Wohnungsunternehmen immer noch von »Mietermärkten«, nur wenige jedoch bieten trotz des noch immer vorhandenen Leerstands preiswerte Wohnungen an. Leerwohnungen werden stattdessen als »nicht vermietbar« deklariert und faktisch »vom Markt« genommen und erst nach mehr oder weniger aufwendiger Modernisierung wieder angeboten. So liegen die heute geforderten Angebotsmieten meist deutlich über den Werten des noch gültigen Mietspiegels von 2016.

Angesichts der Aussicht auf weiter steigende Mieten, also zahlungskräftiger Nachfrage, werden nun auch lange Zeit in den Schubladen schmorende Projekte wieder ans Tageslicht gehievt, wie beispielsweise der Plan, das Gelände der ehemaligen Hufnagelfabrik zwischen Kupferhammerweg, Finowkanal und Bahnlinie für den Wohnungsbau zu nutzen.

Inwieweit hier Wohnungen zu sozial verträglichem Preis entstehen werden, hängt auch damit zusammen, wie hoch letztlich die Investitionskosten ausfallen. Von 30 bis 50 Millionen Kosten ist die Rede. Entsprechend ergibt sich daraus eine Schwankungsbreite für die Kostenmieten, die bestenfalls, wie von der Fraktion der Linken vorgeschlagen, durch soziale Wohnungsbauförderung »gedeckt« werden könnten.

GERD MARKMANN

* Friedrich Engels: Zur Wohnungsfrage. In: Karl Marx/Friedrich Engels Werke, Band 18, S. 226, vgl.: Gerd Markmann: Zur Wohnungsfrage. Der WHG-Geschäftsführer Hans-Jürgen Adam und Friedrich Engels. In: Barnimer Bürgerpost 1-2/2019, S. 8-9



Der Anschein von Wissenschaftlichkeit

Die Selbstentlarvung eines Münchner Geschichtsprofessors

Im Dezember hatte sich Rußlands Präsident WLADIMIR PUTIN mit seinen Kollegen aus anderen GUS-Staaten getroffen. Ein Thema dabei war ein Blick in die Geschichte vor dem 2. Weltkrieg, dessen Ende sich in diesem Jahr zum 75. Mal jährt. Im September 2019 hatte das EU-Parlament auf Betreiben Polens die faschistische Kriegsschuld relativiert und die Sowjetunion faktisch mit Hitlerdeutschland gleichgesetzt. Dies veranlaßte Putin, seinen Kollegen – und damit der internationalen Öffentlichkeit – einige Archivmaterialien zu präsentieren, nach denen ein polnischer Diplomat sich 1938 gegenüber Hitler geradezu euphorisch zur geplanten Vernichtung der Juden äußerte.

»Wir verfügen über genug Material, um niemandem zu gestatten, das Andenken unserer Väter, unserer Großväter, all jener, die ihr Leben auf dem Altar des Sieges über den Nazismus legten, zu beschmutzen«, stellte Putin einige Tage später vor dem Kollegium des Verteidigungsministeriums der Russischen Föderation klar.¹

Anfang des neuen Jahres sah sich schließlich die »Süddeutsche Zeitung« (SZ) bemüht, den Putin-Vortrag durch einen Geschichtsprofessor aus München kommentieren zu lassen.² Die ersten anderthalb Spalten des SZ-Artikels sind mit weitgehend inhaltsloser russophober Polemik angefüllt, versetzt mit einer kräftigen Portion des vom Autor offensichtlich mit der Muttermilch eingesogenen Antikommunismus. Dabei haben das heutige Rußland und Putin nun wirklich nichts mehr mit Kommunismus oder Sozialismus zu tun.

Der Autor ist ein Professor. Da erwartet man zunächst eine Darstellung des Sachverhalts und der verschiedenen Positionen und dann eine sachliche Kritik. Aber nichts davon in der polemischen Einleitung. Stattdessen werden der Gegenpart, mit dem sich der Münchner Professor auseinandersetzt, also Putin – und mit ihm sämtliche Präsidenten der GUS-Staaten erstmal nach Strich und Faden lächerlich gemacht. Abgewatscht werden zugleich auch sämtliche Partei- und Staatsführer des Ostens, die sich im Unterschied zu den heutigen »Politikern« mit grundsätzlichen Fragen auseinandersetzen oder zumindest so taten.

Das alles schafft der Professor, ohne auch nur den Ansatz eines eigenen Gedankens geäußert zu haben.

Schließlich widmet sich der Professor dem eigentlichen Anlaß des Putin-Auftritts, der EU-Resolution zur »Bedeutung des europäischen Geschichtsbewußtseins für die Zukunft Europas«. Darin tat das EU-Parlament eben das, was der Professor eben an den einstigen Ostblock-Staatschefs kritisierte. **Das EU-Parlament maß sich an, per politischem Beschluß die Geschichte zu definieren.** Immerhin kritisiert der Professor den politischen EU-Beschluß. Allerdings nur, um im nächsten Satz Putin zu vorzuhalten, daß dieser in diplomatischer Rücksichtnahme das EU-Parlament nicht benennt.

Damit alle merken, daß hier ein Professor schreibt, spricht er dann davon, Putin betreibe »eine scheinbar skrupulöse Quellenexegese«. In normalverständliches Deutsch übersetzt heißt das soviel wie »*peinlich genaue Quellen-Interpretation*«. Dies diene Putin aber nur zu »*seiner Authentifizierung als Geschichtsexperte*«, weiß

der Münchner Geschichtsexperte, der sich nicht als solcher authentifizieren muß und es offenbar als unüblich ansieht, »*peinlich genau*« mit Quellen umzugehen.

Wenn der Professor dem russischen Präsidenten eine »*kleinteilige Quellenarbeit*« attestiert, klingt das nach einem generösen Lob für den präsidialen Hobby-Historiker. Aber Putin »*entwirft*« ja »*gleichzeitig ein Narrativ mit mythischen Bestandteilen*«.

Das Wort »*narrativ*« gibt es im Duden (2013) nur als Adjektiv und bedeutet »*erzählend*«. Der Professor folgt der aktuellen Unsitte und substantiviert das Adjektiv. Über die konkreten »*mythischen Bestandteile*« in Putins »*Erzählung*«, die ja immerhin auf »*peinlich genauer Quellenarbeit*« fußt, läßt der Münchner Professor seinen interessierten Leser indes im Dunkeln.

Was er weiß, ist, daß »*Putin vor allem Polen treffen*« will – wobei der Professor nichts davon erzählt, wie das offizielle Polen heute mit seinen Befreiern umgeht, wie Denkmale für Gefallene der Roten Armee geschleift werden und welche Glorifizierung dort heute das halbfaschistische Pilsudski-Polen erfährt.

Wenn Putin einschätzt, daß die polnische Regierung damals mit ihrer Weigerung, die Hilfe der Sowjetunion anzunehmen, den Überfall Hitler-Deutschlands auf Polen erst ermöglicht hat, dann dürfte er die historischen Zusammenhänge ziemlich korrekt wiedergeben. Der Professor will das nicht wahrhaben und widerspricht sich nun selbst. Hatte er in Spalte 2 seines Textes noch festgestellt, daß es durchaus fragwürdig sei, den »*Hitler-Stalin-Pakt*« als notwendige Voraussetzung für den Ausbruch des 2. Weltkriegs zu bestimmen, erklärt er nun, daß es selbiger Pakt war, der Hitler die Führung des Angriffs- und Vernichtungskriegs wesentlich erleichterte.

Zur Vertuschung der Absicht ändert er die Worte. Aus einem »*erst ermöglichen*« wird ein »*wesentlich erleichtern*«. Was zugleich garniert wird mit der Erzählung (»*Narrativ*«) über sowjetische Eroberungen in Ostmitteleuropa, »*die mit Deportationen und Massenerschießungen verbunden waren*«. Wieder befleißigt sich der Geschichtsprofessor darin, die historischen Kausalitäten umzukehren und Folgen zur Ursache zu erklären.

Seine vorherige Kritik an dem EU-Beschluß hat der Professor damit weitgehend relativiert. Er macht eine wortreich umschriebene Kehrtwende und findet damit den Ausgangspunkt, um Putin eben das vorzuwerfen, was das EU-Parlament getan hat, nämlich die historische

Wahrheit politisch zu bestimmen. Im Unterschied zur EU hatte sich Putin immerhin die Mühe gemacht hat, seine Ansichten durch historische Fakten (die ihm der Professor nicht widerlegen konnte) zu untermauern. Er bediente sich also durchaus nicht bloß seiner politischen Wertungsmacht.

Zuletzt ergreift der Professor schließlich auch offen Partei im politischen (nicht historischen) Streit. Er gibt der »*deutschen Politik*« Ratschläge und empfindet Reaktionen des polnischen Premierministers als »*angemessen*«. Und er will Putins »*Vorstöß*« nicht »*verharmlosen*«. Daß selbiger »*Vorstöß*«, wie der Professor am Artikelanfang noch berichtete, bloß Reaktion auf den geschichtsrevisionistischen Vorstoß der EU war, der (wie auch der Professor erwähnte) nicht zuletzt auf Betreiben der polnischen Regierung zustande kam, vergißt er nun. Der Professor fragt lediglich in schon bewährter Verkehrung von Ursache und Wirkung, ob es weise sei, die politischen Konflikte durch tendenziöse Geschichtsresolutionen zu vertiefen.

In seinem Fazit folgt Verwirrung pur. Hatte er einleitend noch erklärt, daß die Sowjetunion »*gerade keine weltausgreifende Expansion*« anstrebte, »*sondern primär den Aufbau des Sozialismus in einem Land*« – damit also den Verteidigungscharakter des Hitler-Stalin-Pakts anerkannt – erklärt er nun, daß der 2. Weltkrieg »*mit dem Hitler-Stalin-Pakt eben auch ein Angriffskrieg*« für die Sowjetunion gewesen sei.

Im nächsten Absatz wird der Professor plötzlich wieder objektiv. Er erinnert an die ungeheuren Opfer, die die Sowjetunion im Kampf um die Befreiung Europas vom Faschismus brachte. Vielleicht um einen Schluß zu generieren, der doch den Anschein von Wissenschaftlichkeit hat und um sein vorheriges unwissenschaftliche Gehetze zu verdecken.

Im letzten Absatz charakterisiert der Professor dann seinen eigenen Artikel ziemlich korrekt: »*Es geht nicht um Geschichtswissenschaft, speziell nicht um die kritische Reflexion eigener Standpunkte. Vielmehr dient der Anschein von Wissenschaftlichkeit dazu, die Durchschlagskraft von Geschichtspolitik zu erhöhen*«. Immerhin.

GERD MARKMANN

1 – Rede Wladimir Putins vor dem Kollegium des Verteidigungsministeriums in Moskau am 24.12.2019, in: Junge Welt, 02.01.2020.

2 – Martin Schulze Wessel: »Historisches Kolloquium bei Professor Putin«, in: Süddeutsche Zeitung, 03.01.2020. Wessel ist Professor für die Geschichte Ost- und Südosteuropas an der Ludwig-Maximilians-Universität in München.

Kienitz – Gedenken und Mahnung

Die Gedenkfeier am 31. Januar in Kienitz, einem kleinen Dorf östlich Berlins, direkt an der Oder, gelegen, betraf den 75. Jahrestag des ersten Brückenkopfes der Sowjetarmee auf dem Westufer der Oder.

Nach einem anstrengenden 70 km langen Marsch hatte eine Vorausabteilung der von Marschall GEORGI SCHUKOW befehligten 1. Belorussischen Front, bestehend aus Schützen der 5. Stoßarmee und Panzern der 2. Gardepanzerarmee, die Oder erreicht und im Schutze der Nacht den zugefrorenen Fluß überquert. Blitzschnell, bevor sich die Wehrmachtseinheiten besannen, bildeten die sowjetischen Einheiten einen Brückenkopf, den sie mehr als zwei Monate verteidigten. Nach dem Heranrücken der Hauptkräfte wurde der Brückenkopf weiter ausgebaut und schließlich als Ausgangsraum für den Sturm auf Berlin genutzt.

Als die Kienitzer Bürger am Morgen schlaftrunken aus ihren Häusern traten und vor sich den »Feind« sahen, konnte in jenem Moment von »Befreiung« noch kein Gedanke sein. Sie gerieten statt dessen in das Feuer zwischen zwei Fronten und es gab nicht wenige zivile Opfer. So hatte auch die Gedenkfeier zwei Aspekte (Fronten!): Sie waren so unterschiedlich wie die Gedankengänge und Äußerungen der zur Gedenkfeier erschienenen rund 300 Besucher. Die einen gaben sich rücksichtsvoll, versöhnend, andere mahnend und warnend.

Im Mittelpunkt der Versammelten stand auf dem Dorfplatz der herausgeputzte Panzer vom Typ T34. An der Gedenktafel unterhalb des in Richtung Berlin weisenden Kanonenrohrs wurden die mit Schleifen geschmückten Kränze und Gestecke abgelegt. Als Ehrenposten waren zwei ranghohe Offiziere der Russischen Streitkräfte rechts und links aufgezogen.

Auf einer kleinen Terrasse zwischen T34 und Gedenktafel stand das Mikrofon, über das die wohlgeübten Ansprachen der »Honoratioren« zum Gedenken an die Umstehenden übertragen wurden. Angetreten waren der Bürgermeister als Einladender, die Spitzen der Landesregierung Brandenburg, der Außenordentliche und Bevollmächtigte Botschafter der Russische Föderation in Deutschland, der Landrat und der Ost-West-Beauftragte des Landes.

Den Bezug zur Gegenwart stellte Botschafter S. J. Netschajew in seiner bemerkenswerten Ansprache her. Er betonte die Notwendigkeit des Erinnerns an die schrecklichen Jahre des Krieges, der nicht von der Sowjetunion, sondern von Deutschland ausgegangen war.

Wörtlich sagte er: Die Sowjetunion hat den Krieg nicht begonnen, aber sie hat ihn mit der Niederwerfung des faschistischen Deutschland beendet. Und noch etwas: die Sowjetunion hat sich während der Anwesenheit ihre Streitkräfte in Deutschland nicht als Sieger gefühlt, sondern ist als Freund und Partner freiwillig abgezogen. Die Teilnehmer am Krieg und ihre Nachkommen sind denjenigen Deutschen dankbar, die sich in beachtenswerter Fürsorge



FOTO: HELMUT BRAUNSCHWEIG

um Gräber und Gedenkstätten und ihre Pflege kümmern. Es ist jedoch bedauerlich, daß es nun wieder Kräfte gibt, die den entsetzlichen Zweiten Weltkrieg mit all seinen Opfern verniedlichen wollen und mit einer »Bedrohungslüge« zur Aufrüstung und Kriegsübungen drängen. Damit wies er auf das fälschlich »Defender europe 2020« benannte NATO-Manöver hin. Wenn die russische Regierung mit Maßnahmen in ihrem Land reagiert, dann tut sie es aus üblen Erfahrungen der jüngeren und älteren Vergangenheit.

Mit Hinweis auf die »Sicherheitskonferenz« in München (vgl. BBP 1/02020) betonte er: Mit Aufrüstung, Embargos und Drohungen kann man kein Vertrauen aufbauen. Sicherheit gewinnt man durch Kooperation und Anerkennung der Probleme des anderen. Zur Herstellung von Sicherheit gehören friedliches Miteinander und partnerschaftliche Beziehungen, das gilt für Politik und Ökonomie.

Die Gedanken für Freundschaft und Frieden drückten die zur Erinnerung an die Vergangenheit und Gegenwart erschienenen Bürger mit ihren, durch die Administration vom Platz des Gedenkens fortgewiesenen, Transparenten und Plakaten aus. Auch fanden sie die im »Alten Hafen« hinter verschlossenen Türen abgehaltene Konferenz im Nachgang zur Gedenkveranstaltung für unangemessen. Die »Oben« und die »Unten« klaffen mehr und mehr auseinander. Wer möchte das wohl? Ich nicht!

HELMUT BRAUNSCHWEIG

Proteste unerwünscht

In den Morgenstunden des 31. Januar 1945 überquerte der erste Stoßtrupp der Roten Armee die Oder und traf in Kienitz, einer kleinen Gemeinde im Oderbruch, ein. Kienitz war damit der erste Ort auf dem heutigen deutschen Territorium, der durch die Rote Armee befreit wurde. Anlässlich des 75. Jahrestages dieses Ereignisses fand am 31. Januar am Panzerdenkmal in Kienitz eine Gedenkveranstaltung statt.

Zu den mehr als 300 Teilnehmern gehörten auch Mitglieder des OKV e.V.*, ISOR e.V., vom Verband zur Pflege der Traditionen der NVA und der Grenztruppen der DDR e.V., der Friedensglockengesellschaft Berlin e.V., der GBM e.V. und von anderen Vereinen sowie Mitglieder der Partei Die Linke und der DKP...

Bei der Kranzniederlegung wurde insbesondere der großen Opfer der Sowjetunion im 2. Weltkrieg und der bei der Befreiung gefallenen sowjetischen Soldaten gedacht.

Zahlreiche Teilnehmer bekundeten durch Transparente und Plakate den Protest gegen das geplante NATO-Manöver DEFENDER 2020, das an der Grenze zu Rußland stattfinden soll. Obwohl die Redner der Gedenkveranstaltung forderten, daß in Europa nie wieder Krieg zugelassen werden darf und der Frieden nur mit guten Beziehungen zu Rußland gesichert werden kann, wurde das dazu im Widerspruch stehende NATO-Manöver nicht erwähnt. Lediglich die Präsidentin des Brandenburger Landtages wies in einem Nebensatz darauf hin, daß das Manöver gerade in diesen Tagen kein gutes Zeichen setze.

Ein Transparent »Stopp DEFENDER 2020« mußte auf Anweisung der Polizei nach wenigen Minuten eingerollt werden.

Im Anschluß an die Gedenkveranstaltung fand im Gasthof in Kienitz ein sogenanntes Friedensforum statt. In einer Podiumsdiskussion sprachen vier Personen über ihre persönlichen Befindlichkeiten und Erlebnisse in der DDR und mit sowjetischen Menschen. Ihre Beiträge hatten keinerlei Bezug zum Anlaß der Gedenkveranstaltung. Sie sprachen unter anderem über ihre Schwierigkeiten in der DDR als Wehrdienstverweigerer und als Mitglied in Kirchengemeinden. Dabei äußerten sie sich kritisch über die Einflußnahme der Sowjetunion auf das Leben in der DDR. Die Rolle der Roten Armee als Befreier vom Faschismus wurde nicht erwähnt.

Als Zeichen des Protestes haben wir und andere die Veranstaltung nach 30 Minuten verlassen. Gegenüber dem Landrat von Märkisch-Oderland brachten wir unser Unverständnis zu dieser Podiumsdiskussion zum Ausdruck, deren Inhalt im Widerspruch zu der würdevollen Gedenkveranstaltung des Vormittags stand.

HANS-GÜNTER SCHLEIFE,
Mitglied des OKV-Präsidiums

* Das Ostdeutsche Kuratorium von Verbänden e.V. (OKV) ist ein Netzwerk von Initiativen und Vereinen, die sich der Überwindung von Diskriminierungen etc. im Vereinigungsprozeß verschrieben haben.

Wer ist das: die Gesellschaft? Eine kleine Gesellschaft sind z.B. eine Familie, eine Hausgemeinschaft, eine Schulklasse, ein Arbeitskollektiv, eine Stadt, ein Bundesland. Um des lieben Friedens willen werden kleine Lügen verbreitet.

Ein Kind belügt seine Mutter und gibt eine falsche Antwort auf ihre unbequeme Frage, schon ist die Ruhe wiederhergestellt. Natürlich zweifelt die Mutter an der Antwort, aber sie gibt Frieden. In der Hausgemeinschaft lautet oft die Antwort: Davon weiß ich nichts, ich war das nicht. Ende der Diskussion und es gibt Frieden. In einer Schulklasse wird gemeinsam ein Lehrer angelogen. Was soll er tun, er hat keine Beweise und muß Frieden geben. In einem Arbeitskollektiv wird es schon kritischer, der Leiter des Kollektivs weiß gewiß schon, wer den Fehler gemacht hat, er kennt seine Pappenheimer. Aber wenn eine Lüge die Antwort ist, was soll er tun? Zunächst muß er Frieden geben, bis der Sünder mal auf frischer Tat ertappt wird. Undsowweiterundsofort.

Nun kommt die Frage der Macht ins Spiel: Schon in einer Stadt sieht es anders aus. Wer fragt schon seinen Kollegen und Amtsinhaber und/oder Vorgesetzten nach den Ursachen

Der Schmierstoff der Gesellschaft

von Dr. Waldtraud Voigt

Sir Winston Churchill sagte einmal sinngemäß: »Ich glaube nur meinen eigenen gedruckten Lügen«. Das ist sehr offenherzig und humorvoll. Ein anderer gewichtiger Mensch bekannte: Kleine Lügen sind der Schmierstoff der Gesellschaft.

oder dem Verursacher eines Mißgeschickes oder den eingetretenen hohen Kosten? Wenn dort jemand fragt, steht dessen Existenz auf dem Spiel. Stänkerer werden rausgeekelt oder es findet sich ein Grund, um ihn zu entlassen. Hier sind friedliche Ja-Sager gefragt. Je höher die Stufe in der Rangordnung der Gemeinschaft, sprich im Staate, in der Politik, desto geheimnisvoller und gewichtiger sind die »kleinen Lügen«, der Schmierstoff der Gesellschaft.

Je höher die Position des Lügners ist, desto folgenreicher sind die Konsequenzen für die Gemeinschaft, die Gesellschaft.

Nun aber: wer fragt schon einen Präsidenten nach dessen Lügen. Diese sind so folgenreich für sein Land, für alle Länder der Welt, sogar für die Existenz der Welt. In der Politik der Länder sind die Lügen am größten, das wissen alle normal denkenden Menschen: Es geht um Profit, Vermehrung des persönlichen Reich-

tums oder den Reichtum seiner Familie, seines Clans. Das profitabelste Geschäft ist die Rüstungs-industrie und das ist der Grund für die Kriege in der Welt. Es spielt ein Grund für Kriege gar keine Rolle mehr, auch nicht der Standort oder das Land oder ein Haufen von Lügen.

Was kann man dagegen tun?

Es wird uns vorgemacht: Das Volk demonstriert, auch auf die Gefahr der eigenen Körperverletzung oder Lebensgefahr. Das ist sehr traurig, die Lügner schauen unverfroren auf die aufgebrauchte Menge, sie sehen, wie Menschen blutend oder tot auf den Straßen liegen.

Sie sind wie König Midas, der zu spät erkannte, das man Gold nicht essen kann. Meinetwegen sollte ihnen die nächste Lüge im Halse stecken bleiben. Es fehlt ihnen die Achtung ihres Nächsten.

Da frage ich: Wie soll man sie noch achten?

Staat und Gesellschaft

Der Philosophie-Kreis Eberswalde diskutiert aktuell das Thema »Demokratie«. Leider gibt es von der Ankündigung abgesehen keinen Bericht über diese Veranstaltung, die am 24. Januar in der Stadtbibliothek stattfand.

Der Referent PETER RICHTER geht laut Ankündigung davon aus, daß die Demokratie eine bessere als andere Staatsformen ist. Tatsächlich spielte der Kampf für Demokratie beispielsweise eine wichtige Rolle, als sich im Herbst 1989 in der DDR die Zeiten wendeten. Aus der alten SED ging damals eine Partei hervor, die sich für einen »demokratischen Sozialismus« einsetzte und dies sogar in ihrem Namen kundtat, später aber den »Sozialismus« zumindest im Namen eliminierte und inzwischen den Staat des Kapitalismus mitregieren will, wenn nötig, durchaus zusammen mit der CDU.

Wenn heute andere Alternativen für Deutschland eingefordert werden, die ausufernde Bürokratie als Beispiel für »die Krise der Demokratie« herhalten muß und in Umfragen zum Kanzlerin-Nachfolger eine Sucht nach »Führen« suggeriert wird, dann sollten nicht zuletzt die übergreifenden Zusammenhänge von Staat und Gesellschaft im Spätkapitalismus in den Blick genommen werden.

Demokratie als Staatsform ist möglicherweise in der Krise, weil die Form der gesellschaftlichen Organisation als Staat insgesamt in der Krise steckt.

Schon GEORG WILHELM FRIEDRICH HEGEL entdeckte den Gegensatz von Staat und bürgerlicher Gesellschaft. KARL MARX sprach von der »Diktatur des Proletariats« als höchste und

letzte Form der Demokratie und vom darauf folgenden »absterbenden Staat«. In der DDR galt demgegenüber die markante Parole von der »Stärkung des sozialistischen Staates«. Und in Brandenburg schließlich war es der damalige Innenminister JÖRG SCHÖNBOHM (CDU), der den Staat auf der Ebene der dörflichen Gemeinden schonmal abschaffte.

Mit Blick auf die Europäische Union stellt sich die Frage, ob dieses Gebilde ein europäischer Staat sein soll oder ob sich hier lediglich die Auflösung der Nationalstaaten vollzieht. Und dann gibt es Entwicklungen in der bisherigen Peripherie (Zapatisten in Mexiko, Kurden in Rojava/Nordsyrien), die auf dezentrale gesellschaftliche Organisationsformen als Alternative zum Staat an sich setzen.

Diskussionsstoff zum Thema »Demokratie« ist also zweifellos in Mengen vorhanden.

Die »Bamirer Bürgerpost« steht, auch über ihr Facebook-Portal (Seite 20/21) für eine solche Diskussion als offenes Podium zur Verfügung.

GERD MARKMANN

Was ist Demokratie?

Das fragte jüngst Peter Richter vom Philosophie-Kreis Eberswalde (BBP 1/2020).

Ich frage weiter: Kann ein System aus Parteien, mit ihren Parlamenten und ihren Regierungen, mit Groß-Konzernen und Lobbyisten, schon Demokratie sein?

Ich meine, dieses System gewährt höchstens eine Drei-Viertel-Demokratie. Das fehlende Viertel ist schon heute durch verschiedene Medien und Bürgernetze wie die BBP zur Realität geworden. Dieses Viertel sollten wir zum Hundertprozentigen entwickeln. Dazu habe ich schon 2014 einen Text in die BBP eingebracht, gleichfalls in die Website »Hinter den Schlagzeilen?« von Konstantin Wecker. Leider konnte dieser Text mit seinen 28 Schreibmaschinenseiten nur in einer elfteiligen Folge publiziert werden, die sich über Monate hinzog. Seit September 2019 ist dieser Text jedoch in einem Stück nachlesbar in meinem jüngsten Buch »Aufstehn, sammeln, links und nahebei. Was denn sonst?« Das Büchlein (200 Seiten) kann in jeder Buchhandlung bestellt werden.

Dr. RAINER THIEL

Der Gegensatz von Staat und bürgerlicher Gesellschaft ist also fixiert; der Staat residiert nicht in, sondern außerhalb der bürgerlichen Gesellschaft; er berührt sie nur durch sein »Abgeordnetes«, denen die »Besorgung des Staats« innerhalb dieser Sphäre anvertraut ist. Durch diese »Abgeordneten« ist der Gegensatz nicht aufgehoben, sondern zu einem »gesetzlichen«, »fixen« Gegensatz geworden. Der »Staat« wird als ein dem Wesen der bürgerlichen Gesellschaft Fremdes und Jenseitiges von Deputierten dieses Wesens gegen die bürgerliche Gesellschaft geltend gemacht. Die »Polizei« und das »Gericht« und die »Administration« sind nicht Deputierte der bürgerlichen Gesellschaft selbst, die in ihnen und durch sie ihr eignes allgemeines Interesse verwaltet, sondern Abgeordnete des Staats, um den Staat gegen die bürgerliche Gesellschaft zu verwalten.

KARL MARX (Kritik des hegelschen Staatsrechts, MEW I, S. 252)

Stasi-Aufarbeitung in Eberswalde:

Von Plattheiten zu Plattköpfen

»Beobachten - Verfolgen - Zersetzen. Das Wirken der STASI in Eberswalde«. Welch Knaller-Überschrift als Einladung zu einem Vortrag am 18. Februar im Museum der Stadt Eberswalde. Dazu auf der Vorderseite des Flyers die Abbildung des im April 1989 gerade explodierten Fertigfuttersilos in der Britzer Straße. Ein Riesenloch in der Fassade, Rettungskräfte im Einsatz, das wirkt, das lockt!

Diese Ankündigung roch nach Sensation. Und sie lockte tatsächlich viele Interessierte in die Steinstraße 3. Nun, die Bestuhlung für die Gäste des Veranstalters, dem Heimatkundeverein Eberswalde e.V., reichte gerade so und es ging fast pünktlich um 17 Uhr mit Begrüßungsbeifall los. Meine Hände waren unhöflich.

Herr Sielaff, einst Lehrer im sozialistischen Staat, heute gut bezahlter Aufarbeiter im kapitalistischen Staat, bedankte sich, stellte fest, daß vor 3 Jahren nicht ganz so viele (neugierige) Bürger der Einladung folgten und begann nun endlich, technisch gut ausgerüstet, mit dem Sensationsvortrag.

Selbstbewußt berichtete der »Beauftragte des Landes Brdgbg. zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur« (LAKD) über die Stasiarbeit allgemein und dann speziell über Eberswalder Aktivitäten. Der geübte Rhetoriker nannte Mitarbeiterzahlen, Organisationsstrukturen, Betriebe die besonders beobachtet wurden, er zeigte geschwärzte Karteikarten, Decknamenslisten, Fotos von Treffpunkten und er witzelte hin und wieder über einige IM Berichte. Zurecht. Sie waren allesamt lächerlich und nicht sensationell. Gemeldete »Vergehen« waren u.a. – hat nicht die Fahne rausgehungen an Feiertagen – ging nicht ohne Eingabe/Forderung zur Wahl – benutzte die Wahlkabine – die Eheleute im Obergeschoß streiten sich häufig.

Ich dachte für einen Moment – autsch – das trifft voll auf dich zu. Dabei hatte ich gerne in der DDR gelebt – ich Unwürdiger! Die Stasi hatte mich und meine Familie doch all die Jahre beschützt. Es gab z.B. keine Drogenmafias, Waffenschmuggler, Porno-Szene, organisierte Banden aus aller Herren Länder und vor allem hatten Nazis und Rassisten keine Chance sich zu entfalten. Außerdem hatte dieser verruchte Staatsschutz viele Spione, Saboteure und Systemgegner, die aus dem Westen kamen, festgesetzt. Pfui Teufel!

Ich will hier nichts schön reden. Hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben ihre Arbeit gemacht wie der Lokführer, oder die Bäckerin. IMs (Inoffizielle Mitarbeiter) waren und sind für mich armselige Leute mit Anscheißer-Gen oder verkappte Idealisten. Es ist nicht jedermanns Sache aus ideologischen Gründen solche Dienste zu leisten. So läuft das aber in jedem Staat auf unserer Erde, auch hier und heute in dieser Vorzeigedemokratie der BRD. Klar, es gab Fehlentwicklungen in der DDR und sicherlich Ungerechtigkeiten, aber vergleicht man die Skandale der heutigen Zeit, z.B. die aufgedeckten Schweinereien der amerikanischen Geheimdienste durch Whistleblo-

wer (Geheimnisverräter), oder die Machenschaften des Verfassungsschutzes mit ihren V-Leuten (BRD-IMs), oder die unerlaubten, weltweiten Spitzelmethoden des BND, dann muß doch jeder Stasihasser zugeben, daß kein Geheimdienst der Welt mit Samthandschuhen und weißen Westen seine heimlichen Aufgaben erledigt. Wir befinden uns erst am Anfang des digitalen Zeitalters, aber schon heute hat NIEMAND mehr eine Privatsphäre. Das ist kraß! Das gehört angeprangert! Warum trampelt man seit 30 Jahren unermüdlich immer nur auf der DDR-Stasi herum?

Aber im Grunde geht es ja gar nicht um die Stasi, nein, es geht darum, in den Köpfen der Bürger zu verankern, daß das was auch in der DDR versucht wurde, nämlich den Sozialismus aufzubauen, daß das nie wieder versucht werden darf. Es gibt keine Alternative zur kriegerischen, umweltzerstörenden, kapitalistischen Weltordnung – und basta.

Verankerte Plattheiten in den Köpfen der Menschen macht aus ihnen Plattköpfe, die sich leicht steuern lassen. Es gibt alte Sprichwörter für diese alten Praktiken. Eine Lüge oft genug erzählt, wird irgendwann zur Wahrheit – Steter Tropfen höhlt den Stein – Die Geschichte schreibt immer der Sieger!

Als Gehilfen fungieren die öffentlich-rechtlichen Qualitätsmedien, systemkonforme Lehrer an Schulen, Unis und Historiker mit Doktor-, oder Professorentitel.

Aber zurück zum Vortrag. Da saßen sie nun, die Neugierigen. Der explodierte Futterspeicher wurde nur mit drei Sätzen erwähnt. Die erhofften sensationellen Neuigkeiten blieben aus. Herr Aufarbeiter Sielaff beendete pünktlich seine sehr sachlichen Ausführungen und unter mäßigem Beifall begann zugleich das Stuhlbeinschurren und das zügige Verlassen der Veranstaltung. Fragen, auf die ich mich vorbereitet hatte, waren passé. Es gab keinerlei öffentliche Diskussion. Wie schade.

Unterm Strich sollte noch eines zum Vortrag bemerkt werden. Alles Vorgetragene bezog sich auf die letzten Jahre der DDR. Zusammenhänge, Ursachen und Gründe für das Handeln der Sicherheitsorgane zu dieser Zeit wurden nicht erwähnt. In drei Jahren komme er gerne wieder, meinte Herr Sielaff. Die Aufarbeitungsmaschine läuft also weiter. Die gute Bezahlung auch.

Seine Bundesbehörde zur Aufarbeitung der Stasiunterlagen hat uns Steuerzahler von 1991 bis heute etwa 3 Milliarden Euro gekostet, also rund 100 Millionen pro Jahr. Derzeit ernähren wir rund 1600 Aufarbeiterinnen und Aufarbei-

Bürgerbüro in Oderberg



Der Mietvertrag ist unterschrieben, die Schlüssel übergeben. Nun geht es an die Vorbereitung. Am 24. April um 17 Uhr möchten wir das Büro offiziell eröffnen. Dazu lade ich alle Oderbergerinnen und Oderberger und alle Interessierten herzlich ein. In der Folge soll wöchentlich abwechselnd mit dem Bürgerbüro in Eberswalde die Bürgersprechstunde montags 15-17 Uhr in Oderberg stattfinden. Ich habe mich ganz bewußt für Oderberg entschieden, da ich gerade auch im ländlichen Raum Impulse setzen möchte. Dazu freue ich mich vor allem auf die Zusammenarbeit mit den Menschen vor Ort, denn ich möchte landespolitische Themen behandeln, die die Menschen vor Ort bewegen.

HARDY LUX,
SPD-Abgeordneter im Landtag Brandenburg

ter der BStU. In Spitzenzeiten waren es 3162 Mitarbeiter. Die Zahlen sind dem RotFuchsheft Nr. 127 Februar 2016 entnommen, den öffentlichen Haushaltsbilanzen des Bundesbeauftragten für Kultur und Medien, sowie dem Haushalt der »Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik«.

Zur Erinnerung: Die Aufarbeitung tatsächlicher Verbrechen gegen die Menschlichkeit, also die Naziverbrechen, begann in der BRD erst 13 Jahre nach Beendigung des 2. Weltkrieges. Die Alt-BRD gab dafür insgesamt nur rund 32 Millionen Euro aus. In Spitzenzeiten arbeiteten 121 Aufarbeiter in der Ludwigsburger Zentralen Stelle. Die BRD bezeichnet sich als Rechtsnachfolgestaat des Hitlerreiches. Es gibt keine genauen Zahlen, aber die meisten ehemaligen Nazis, ob größere oder kleinere, ob verurteilte und kurz darauf begnadigte oder nichterwischte, kassierten in dieser BRD bis zu ihrem Tod fette Renten und Pensionen, auch diejenigen die sich im Ausland versteckt hatten. Nach deren Tod wurden diese Gelder an deren Witwen weiter gezahlt.

Die Staatsbediensteten der DDR, selbst Reinigungskräfte und vor allem die Staatsschützer wurden wegen ihrer schweren Verbrechen beim Aufbau des Sozialismus in derselben BRD mit Strafrenten belegt.

Ein Narr, wer da Schlechtes denkt?

ECKHARD LAURICH

Als das Jahr 1919 zu Ende ging, waren die politischen Arbeiterräte geschlagen und größtenteils aufgelöst. Der Arbeiter- und Soldatenrat von Eberswalde tagte im September 1919 zum letzten Mal in seinem Tagungslokal in der Eisenbahnstraße (heute Restaurant »Alte Brauerei«).

Mit der Demobilisierung des Heeres verschwanden bis Sommer 1919 auch die Soldatenräte. Die neue Reichswehr bildete sich vorrangig aus den Freikorps, war also von vornherein frei von Soldatenräten. Im Juli 1919 hatten die SPD-Vertreter den Berliner Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte verlassen. Der am 10. November 1918 als gesamtdeutsches Leitungsgremium der Arbeiter- und Soldatenräte gebildete Vollzugsrat wurde am 6. November 1919 schließlich als arbeitsfähiges Gremium zerschlagen, als Reichswehrminister GUSTAV NOSKE die Räume des Vollzugsrates in der Berliner Münzstraße besetzen und die anwesenden Vollzugsratsmitglieder verhaften ließ. Der Vollzugsrat hatte versucht, den Berliner Metallarbeiterstreik vom Herbst 1919 zu einem Generalstreik auszuweiten.²

Geblichen waren die Arbeiterräte in den Betrieben. Hier waren weiterhin auch viele Mitglieder der Mehrheits-SPD aktiv. Noch Ende Februar 1919 verwahrte sich die Reichsregierung dagegen, »das Räte-system in irgendeiner Form in die Verfassung aufzunehmen«², um nach den Massenbewegungen vom Februar und März zuzugestehen: »Die Arbeiterräte werden als wirtschaftliche Interessenvertretung grundsätzlich anerkannt und in der Verfassung verankert«.³

Als im August 1919 die wirtschaftlichen Räte schließlich in den Artikel 165 der Weimarer Reichsverfassung aufgenommen wurden, versprach Reichskanzler Bauer den Arbeitern »Hausherrnrechte« in den Betrieben.⁶

Im Entwurf des Betriebsrätegesetzes (BRG), das im Januar 1920 dem Reichstag vorlag, war davon nichts mehr. Vielmehr verpflichtete es den Betriebsrat, den Unternehmer in der Erfüllung des Betriebszwecks zu unterstützen, »also die Profitinteressen des Unternehmers zu fördern – denn ein anderer Betriebszweck kann wohl für einen Unternehmer nicht in Frage kommen.«⁶

Statt irgendwelche Kontrollrechte wahrzunehmen, sollten die Betriebsräte »den Betrieb vor Erschütterungen« bewahren und »das Einvernehmen innerhalb der Arbeitnehmerschaft sowie zwischen ihr und den Arbeitgeber« fördern. Jegliche politische Betätigung war den Betriebsräten untersagt.²

Unterstützung fand die Knebelung der Betriebsräte bei den Gewerkschaftsbossen, die hier sowohl radikale als auch möglicherweise betriebsegoistische Konkurrenz befürchteten. Demgegenüber erhofften sich linke, zumeist der USPD angehörende Gewerkschafter in den Betriebsräten ein revolutionäres Gegengewicht zu den reformistischen Gewerkschaftsführern.² Das war insbesondere in der Deutschen Metallarbeitergewerkschaft der Fall, die auch im Finowtal stark vertreten war.⁴

Der Weg zum Kapp-Putsch

Kampf um die Betriebsräte – Kontrollorgan oder Unterstützer zur Profitmaximierung

Revolutionäre Räte- oder bürgerliche Parlamentsrepublik – diese entscheidende Frage der deutschen Novemberrevolution hatte die sozialdemokratisch dominierte Rätebewegung, die Ende 1918 fast überall im Land auf lokaler Ebene die faktische Macht ausübte¹, bereits Mitte Dezember 1918 zugunsten der Wahl einer Nationalversammlung entschieden. Die sozialdemokratische Reichsregierung unter Führung von Friedrich Ebert, Philipp Scheidemann und ab Ende Dezember mit »Bluthund« Gustav Noske als Reichswehrminister, sicherte im Bündnis mit der kaiserlichen Heeresführung um Wilhelm Groener den Übergang zur bürgerlichen Demokratie ab, indem sie die radikalen Arbeiter in ganz Deutschland zwischen Januar und Mai 1919 zusammenschießen ließ.

Die monarchische Gegenrevolution hebe »tätlich frecher ihr Haupt, gestützt auf die 'Noske-Garde'«, schrieb am 24. Januar 1920 die in Stuttgart erscheinende »Metallarbeiterzeitung«. Die Hausbesitzer forderten öffentlich, »die Regierung mit Waffengewalt zu stürzen«. Zugleich breche das Wirtschaftsleben immer mehr zusammen. Die Lebensmittelversorgung stocke, »die Kohlenversorgung hat vollständig versagt«, obwohl die Förderung doch »nahezu den Friedensstand erreicht« habe. »Wochenlang liegen die bedeutendsten Industriewerke still oder werden nur in beschränktem Maße fortgeführt. Der Verkehr ist nahezu bedeutungslos geworden. Selbst die Heilstätten und Genesungsheime ..., sind zur Zeit geschlossen.«

Das Gewerkschaftsblatt berichtet einerseits von einer »ungeheuren Streikwelle«, andererseits davon, daß überall »Not, Hunger, Kälte und Arbeitslosigkeit« eine »Stumpfheit breiter Proletarierschichten« verursache. Drei Jahre vor der großen Inflation ist von »fortgesetzt steigender Teuerung« die Rede. Die Regierung treffe »keine Maßnahmen gegen das Treiben der monarchischen Gegenrevolution«, sondern Sorge dafür, daß diese »nicht durch revolutionär gesinnte Arbeiter gestört« werden. Auch »gegen Wucher und Schleichhandel«, unternehme die Regierung nichts. Vielmehr schmiede sie »gemeinsam mit der Nationalversammlung Gesetze zur Knebelung der Arbeiterschaft, wie wir es im Gesetz über Betriebsräte finden. Diese freche Verhöhnung der politischen Forderungen muß die Flamme der Empörung im deutschen Proletariat hoch auflodern lassen.«⁵

Die Flamme loderte: Am 13. Januar folgten die Berliner Arbeiter einem Aufruf von USPD,

der Betriebsrätezentrale und einigen Berliner Gewerkschaften. Ab Mittag legten sie die Arbeit nieder und als um 15 Uhr die Reichstags-sitzung begann, waren etwa 200.000 Menschen auf dem Platz vor dem Reichstag versammelt. Derweil waren im Reichstag auf Veranlassung des preußischen Innenministers WOLFGANG HEINE (SPD) 3 Hundertschaften der seit Sommer 1919 neu aufgestellten Sicherheitspolizei (Sipo), bewaffnet mit Karabinern, Maschinengewehren und sogar Flammenwerfern stationiert worden.²

Am Westportal des Reichstages kam es zu Rangeleien. Einige Sipos wurden entwaffnet, die erbeuteten Karabiner zerschlagen. Ein Demonstrant gab einen Schuß in Richtung Reichstag ab, wurde aber sofort von den Umstehenden entwaffnet und verprügelt.²

Die Metallarbeiterzeitung spricht von »agents provocateurs« und berichtet weiter: »Am Portal II (Südportal – gm) des Reichstags wurde die Sicherheitswehr nicht bedrängt, auch nicht von agents provocateurs. Da knattert plötzlich ohne jede Warnung ein Maschinengewehr in die Kopf an Kopf ruhig stehende Masse. Nur wenige Minuten währt das Feuer, da liegen auch schon mehrere Hundert Tote und Verwundete. – Die Regierung hat sofort den Belagerungszustand verhängt, nicht nur über Berlin, sondern über das ganze Reich mit Ausnahme von Sachsen, Bayern, Württemberg und Baden. Die Berliner Zeitungen der USPD und KPD sind verboten auf unbestimmte Zeit.«⁵

Alle öffentlichen Versammlungen, Umzüge und Streiks waren verboten. Mehrere hundert Menschen, vor allem linke USPDler, wurden festgenommen, darunter der USPD-Kovorsit-

Anzeige

NEIN zu Kriegsmanövern!

STOPP DEFENDER 2020

JA zu Frieden, Entspannungspolitik und Abrüstung!

zende ERNST DÄUMIG und der KPD-Vorsitzende PAUL LEVI.² Während die linke Presse verboten ist, versuchten »die bürgerliche Presse einschließlich der rechtssozialistischen ... durch Lügenberichte und schwere Anklagen gegen die Unabhängige Sozialdemokratische Partei den wahren Sachverhalt dem Volke vorzuenthalten.«³ Dort wurde das Massaker vor dem Reichstag als Abwehr eines Putschversuchs dargestellt.

Im Schutze des Ausnahmezustandes wurde das Betriebsrätegesetz schließlich am 18. Januar vom Reichstag verabschiedet.

»Nicht Blutdurst treibt diese Kleinbürger, sondern Angst, schlotternde Angst«, schrieb RICHARD MÜLLER nach dem Massaker. »Es ist eine der abgegriffenen Phrasen, die zu gebrauchen jeder klarblickende Revolutionär künftig vermeiden sollte: diese von Lüttwitz' Gnaden Regierenden seien Bluthunde, Mörder. Nein, sie sind aus Schwäche brutal. Sie fühlen ihre Ohnmacht. Sie wissen, es geht um ihre Existenz. Sie fühlen sich von rechts und links bedroht. Und da sie zwischen zwei Abgründen zu wählen haben, entschließen sie sich für den starken Arm, das heißt für die Soldateska, die sie auf die revolutionäre Arbeiterschaft, wenn's nottut, feuern lassen, für die Diktatur der Mitte!«⁴

An anderer Stelle: »Die Regierung braucht den Belagerungszustand zur Unterdrückung des revolutionären Proletariats. Der völlige Zusammenbruch unseres Volks- und Wirtschaftslebens als notwendige Folge des zusammengebrochenen kapitalistisch-militärischen Systems und der von einer unfähigen Regierung, einer verlotterten Staatsbürokratie und der kapitalistischen Gesellschaft unternommene Wiederaufrichtungsversuch läßt der Regierung nur den Weg der Gewalt offen. Wir erblicken in den Berliner Ereignissen den Anfang einer brutalen Gewaltaktion gegen das revolutionäre Proletariat, gegen seine Organisationen und seine Führer... Die alte Welt, mit dem Todeskeim im Leibe, erhebt sich zum letzten Schlage.«⁵

Tatsächlich bereitete die gewaltsame Niederschlagung der friedlichen Proteste gegen das Betriebsverfassungsgesetz den Boden für Kapp und Lüttwitz, die als Vertreter konservativer und präfaschistischer Kräfte, wenige Wochen später tatsächlich gegen die Reichsregierung putschten.

GERD MARKMANN

1 – Sebastian Haffner: Die verratene Revolution – Deutschland 1918/19, Stern-Buch, Hamburg 1969

2 – Leo Schwarz: Tote im Haus, in: Junge Welt, 11./12.01.2020

3 – Richard Müller: Eine Geschichte der Novemberrevolution, Verlag Die Buchmacherei, Berlin 2011 (Nachdruck der dreibändigen Originalausgabe von 1924 und 1925)

4 – Gerd Markmann: Vor 90 Jahren starb Philipp Zopf, in: Barnimer Bürgerpost 4-5/2010

5 – Richard Müller: Wahnsinn oder Verbrechen, in: Metallarbeiter-Zeitung, Nr. 4/1920, Stuttgart 24.01.1920

6 – Richard Müller: Nicht Betriebsmamelucken, sondern revolutionäre Betriebsräte, in: Metallarbeiter-Zeitung, Nr. 3/1920, Stuttgart, 17.01.1920

7 – Richard Müller: Die Angst, in: Metallarbeiter-Zeitung, Nr. 5/1920, Stuttgart, 31.01.1920

6. Finowkanal-Symposium

Mittwoch, 4. März, 17 Uhr, Plenarsaal des Paul-Wunderlich-Hauses zu Eberswalde

Wir begehen dieses Jahr das vierhundertste Jubiläum der Existenz unseres historischen Kanals. Kein heute noch befahrbarer, von Menschen geschaffener Wasserweg in Deutschland ist älter als unser Finowkanal. Den größten Verdienst daran hatten Visionäre wie Kurfürst Joachim Friedrich, der den Finowkanal 1603 in Auftrag gab, und Friedrich II. von Preußen, der den Kanal nach Jahrzehnten des Verfalls 1743 wieder herrichten ließ.

Heute sind wir in einer neuerlichen kritischen Phase. Kein Krieg bedroht diesmal den Finowkanal. Vielmehr waren es politische Entscheidungen, die unserem Kanal und anderen für den Güterverkehr nicht mehr brauchbaren Wasserwegen in unserem Land ein Ende bereiten sollten. Vielleicht schaffen wir es aber gemeinsam mit Ihnen, unserem Kanal eine Zukunft zu geben. Die Chancen stehen derzeit gar nicht mal schlecht.

Ungenannt sind die Generationen, die in der Region geboren wurden, ihr Auskommen fanden und erloschen. Die Flößer und Treidler, die Ziegeleierwerker und Metallarbeiter, ihre Familien. Ihnen allen widmen wir die Aktivitäten, mit denen wir heute das Jubiläumsjahr 400 Jahre Schifffahrt auf dem Finowkanal begehen. Denn es war das Jahr 1620, in dem zum ersten Mal ein Lastkahn den eben fertiggestellten Finowkanal von der Havel bis zur Oder befahren konnte. Dreizehn Generationen unserer Vorfahren hinterließen Spuren, die wir sichtbar erhalten wollen, damit niemand vergißt, welche Bedeutung der Kanal für die wirtschaftliche Entwicklung der Region hatte und hat.

Mit unserem nun schon sechsten Symposium, das wir am 4. März ab 17 Uhr im Plenarsaal des Kreishauses am Eberswalder Marktplatz begehen, erinnern wir an die historische Bedeutung des Finowtals, dessen Werden und Wandel, seine Kultur und wie es die jungen Mitbürger sehen. Mit den Referaten unserer befreundeten Vereine sowie der Hochschule für Nachhaltige Entwicklung und des Humboldt-Gymnasiums teilen wir die Begeisterung für das kulturelle Erbe und den Willen zu dessen Erhalt und Inwertsetzung. Als besonderen Gast heißen wir den Vorsitzenden unseres Partnervereins NAVICULA aus Elbląg (Elbing) willkommen, der sich für den Erhalt des Oberländischen Kanals in Polen ebenso einsetzt wie wir uns hier für unseren historischen Wasserweg. Er berichtet in seinem Referat über die Zusammenarbeit seines Vereins mit den Gemeinden und Landkreisen am Oberländischen Kanal und der Eylauer Seenplatte.

Weil wir gern mit unseren Freunden im Nachbarland Polen zusammenarbeiten, ist auch diesmal wieder für die deutsch-polnische Simultanübersetzung gesorgt. Aufgrund des festlichen Anlasses wird es bei diesem Symposium etwas feierlicher zugehen als sonst.



Grafik: HANS RAJLSKI

Wir danken unseren Sponsoren und nicht zuletzt dem Landkreis Barnim und der Stadt Eberswalde für ihre materielle und ideelle Unterstützung! Wir freuen uns auf das Wiedersehen mit ihnen am 4. März in Eberswalde!

Prof. HARTMUT GINNOW-MERKERT

6. Finowkanal-Symposium

Unser Finowkanal: Heimat, Tradition, Innovation
400 Jahre Schifffahrt auf dem Finowkanal

Mittwoch · 4. März · 17 Uhr · Plenarsaal des Paul-Wunderlich-Hauses zu Eberswalde

Programm
ab 16:00 Ausstellung und Information.
17:00 Festliche Begrüßung durch das Orchester der Hochschule für Nachhaltige Entwicklung Eberswalde, Landrat Daniel Kurth und Prof. Hartmut Ginnow-Merkert.
17:30 Aus dem Leben der Flößer – Die Flößerei in den Bildern von Hans Borgelt. Hans-Rudolf Frölich, Verein für Heimatkunde Eberswalde e.V.
17:50 Ziegelton und Raseneisenstein – Historische Landschaftsnutzung im Finowtal. Prof. Dr. Jürgen Peters (HNEE)
18:10 Das Messingwerk – Eingangstor zur industriellen Entwicklung am Finowkanal. Karl-Dietrich Laffin, Finower Wasserturm u. s. Umfeld e.V.
18:30 Das Finowtal - Heimat auch für junge Menschen – Erste Ergebnisse im Rahmen des Seminarunterrichts der Jahrgangsstufe 11. Petra Degler, Humboldt-Gymnasium Eberswalde
19:20 Der Verein NAVICULA – Verein der Freunde des Oberländischen Kanals. Slawomir Dylewski, 19:40 Wasserwege im Nordosten Brandenburgs Gegebenheiten und Merkwürdigkeiten, denen u.a. der Finowkanal sein Bett verdankt. Dr. Gerd Lutze, Gesellschaft zur Erforschung und Förderung der Märkischen Eiszeitstraße e.V.
20:00 Der Finowkanal aus der Sicht der Flößerei Die letzten Spuren im Finowtal Eberhard Seelig, Finowfurter Flößerverein e.V.
20:30 Zusammenfassung und Schlusswort
20:40 Buffet

Was ist ein Tiny Forest?

Eberswalde (hnee). STEFAN SCHARFE und LUKAS STEINGÄSSER, beide Studenten an der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde (HNEE), pflanzen einen Miniwald auf einer Wiese in Brandenburg. Die Idee: Mit diesem schnell wachsenden Mikrohabitat, einen Beitrag zum Klimaschutz leisten, der für andere leicht nachahmbar ist.

»Für uns ist es wichtig, selber ins Machen zu kommen«, sagt Lukas Steingässer. Gemeinsam mit 25 Freiwilligen wollen er und sein Kommilitone Stefan Scharfe verschiedene heimische Gehölze auf eine Fläche von 800 Quadratmetern in Zichow (Uckermark, Brandenburg) bringen. In diesem Frühjahr soll es losgehen. »Geplant sind 27 verschiedene Arten mit zirka 3000 Gehölzen anzupflanzen und so in kürzester Zeit ein möglichst strukturreiches, dem Standort angepasstes Waldökosystem zu erschaffen«, sagt Stefan Scharfe.

Vorbild für den WALD DER VIELFALT, wie die beiden das Projekt nennen, ist die Methodik des japanischen Biologen AKIRA MIYAWAKI. Seine Idee ist es, vor allem in urbanen Räumen auf Flächen, die mindestens so groß wie ein Tennisplatz sind, kleine Habitate anzulegen, die einen Beitrag zum Erhalt der Artenvielfalt, der Verbesserung der Luftqualität, sowie der Wasserhaltekapazität des Bodens leisten. In der Vergangenheit hat er bereits größere Konzerne wie Toyota dazu beraten und mit ihnen Kompensationsprojekte in Form von Tiny Forests erfolgreich umgesetzt. »Innerhalb von drei Jahren entstanden so kleine Wälder im städtischen Raum, diese Systeme tragen sich nun selbst und benötigen kaum Pflege«, erklärt Lukas Steingässer, der zur Akira-Miyawaki-Methode eine Bachelorarbeit schreiben und seine Erfahrungen aus Zichow einfließen lassen wird.

Auch in Europa gibt es in Frankreich und den Niederlanden erste Tiny Forests. »In Amsterdam haben wir uns einen bereits angeschaut, der dort prächtig gedeiht. Beeindruckt hat uns, die dortige Entwicklung. 2019 wurde dem niederländischen Naturbildungsinstitut aufgrund seiner umweltbildenden Maßnahmen mit dem Tiny Forest knapp zwei Millionen Euro zur Verfügung gestellt, um im Laufe dieses Jahres, 15 weitere zu realisieren«, berichtet Lukas Steingässer. Das motiviere die beiden, auch hier dem Thema mehr Bekanntheit zu verleihen. Denn theoretisch könne jedermann Tiny Forests realisieren, soweit eine Fläche zur Verfügung steht.

Anzeige

Mulch total – Ein Weg in die Zukunft
Von KURT KRETSCHMANN und RUDOLF BEHM
256 Seiten mit 91 Farbbildungen,
13 Diagrammen und 6 Tabellen
Format 14,8 x 21,0 cm. Softcover.
OLV – ORGANISCHER LANDBAU VERLAG KURT WALTER LAU
ISBN 978-3-922201-18-2
In allen Buchhandlungen erhältlich!

Der »Kleine Prinz« in Panketal

Dicht gedrängt sitzen die Gäste des IB Mehrgenerationenhauses am Genfer Platz in Schwanebeck, als sich eine kleine, zierliche Frau zielstrebig ihren Weg durch die Stuhlreihen bahnt und spontan Applaus erklingt. Die Schauspielerin MONIKA LENNERTZ, heutigen Fernsehzuschauern unter anderem bekannt aus ihrer Rolle als Luise Brenner im TV-Dauerbrenner »In aller Freundschaft«, ergreift nach kurzer Begrüßung das Wort. Eigentlich, so Lennertz, wollte sie gemeinsam mit CHRISTEL BODENSTEIN aus Anlaß der Kino-Aufführung des DDR-Fernsehfilms »Der kleine Prinz« hier in Panketal zu Gast sein. Schließlich habe sie selber in dieser Verfilmung lediglich der »Rose« ihre Stimme geliehen. Um so bedauerlicher sei die gesundheitsbedingte Absage von Christel Bodenstein. Monika Lennertz verlas einige Worte ihrer erkrankten Kollegin, aus denen hervorging, wie sehr sich die Darstellerin des »kleinen Prinzen« die Aufführung dieses Filmes immer gewünscht hatte und wie sehr sie das jahrzehntelange Warten darauf verdroß. »Das Fernsehen hatte versäumt, bei den Franzosen, den Erben Saint-Exupérys, die Senderechte zu erwerben«, berichtet Lennertz. »und so wurde dieser tolle Film, der für die Einführung des Farbfernsehens in der DDR 1966 gedreht worden war, nur einmal klammheimlich 1972 im Spätprogramm des DFF-2 versendet. Das war enttäuschend!«

Anschließend erlebten die Anwesenden einen ganz besonderen Filmabend. »Der kleine Prinz« aus dem Jahre 1966 stellt ohne Zweifel eine Ausnahme im Schaffen von Konrad Wolf, des möglicherweise bedeutendsten Filmregisseurs der DDR, dar. Gedreht wurde der Film auf Orwo-Color, was den Streifen farbgewaltig, fast grell, erscheinen läßt. Das futuristisch-puristische Studio-Bühnenbild (Szenenbild: Alfred Hirschmeier) wirkt zeitlos modern, ebenso die Kostüme der Protagonisten von Prinz, König, Eitlem, Laternenanzünder und und und ... Der Lederanzug, in welchem Inge Keller als »Schlange« ihren kurzen, aber fulminanten Auftritt absolviert, könnte direkt aus dem Fundus von »Mrs Peel« aus dem Sechziger-Jahre-Straßenfeger »Mit Schirm, Chame und Melone« stammen. Der »Märchenstoff« des französischen Schriftstellers und Aufklärungsfliegers Antoine de Saint-Exupéry kommt in der Erzählweise Konrad Wolfs existentialistisch daher, stellt mehr Fragen als er Antworten gibt und läßt den Zuschauer gleichermaßen berührt und doch auch etwas ratlos zurück. Manfred Krug singt die Titel-Ballade ruhig, nachdenklich und gefühlvoll. Als die letzten Takte verklingen, brandet erneut Beifall auf.

Nach einer kurzen Pause beginnt die Gesprächsrunde. Monika Lennertz erzählt von ihrer Freundschaft mit Christel Bodenstein, von ihrer Zeit am Gorki-Theater, von ihrer ersten Begegnung mit dem Ehepaar Wolf / Bodenstein in deren Wohnung ... »Ich hatte

den Film vor Jahren schon einmal gesehen«, erklärt die grazile Frau. »Allerdings konnte ich mich nicht mehr an die Eingangsequenzen des Films erinnern. An die Bilder von zerstörten Städten und verängstigten, wehrlosen Frauen und Kindern. Dies scheint eine Reminiszenz des Regisseurs an die Person des Autors zu sein, an sein Leben als Flieger und Kriegsaufklärer.« Die Fragen aus dem Publikum, moderiert vom Vorsitzenden des Vereins »Kunstbrücke Panketal e.V.«, NIELS TEMPLIN, beziehen sich auf den gezeigten Film ebenso wie auf Leben und Wirken der Schauspielerin. Ob die Geschichte eher für Kinder oder für Erwachsene gedacht ist, möchte jemand wissen. »Ich vermute, viele Erwachsene verstehen sie nicht wirklich, und die Kinder nehmen sich ihren Teil daraus«, erklärte Monika Lennertz. »Die Erzählung ist hoch philosophisch und komplex. Und doch so berührend. Am letzten Tag der Dreharbeiten haben die Beteiligten geweint, hat mir Christel (Bodenstein) noch erzählt.«

In kleiner Runde wird die Idee geboren, im Herbst noch einmal einen Kino-Abend mit dem »kleinen Prinzen« zu veranstalten, denn auch die für Freitag und Sonnabend geplanten weiteren Veranstaltungen sind allesamt ausverkauft. So werden von Donnerstag bis Sonnabend gut 180 Panketalerinnen und Panketaler sowie Gäste aus Wandlitz, Schönow, Bernau und Buch diesen Film gesehen haben. »Toller Abend! Ein starker, wichtiger Film«, erklärt ein Gast aus Ahrensfelde. »Wir kommen wieder!« Als gegen 22 Uhr die letzten Besucher das Mehrgenerationenhaus am Genfer Platz verlassen haben, rücken die Mitglieder der Kunstbrücke die Stühle für den nächsten Tag zu recht.

Die Veranstaltungsreihe »Kino in Panketal« wird fortgesetzt. Der nächste Filmabend findet im Rahmen der Panketaler Kulturtage im Mai statt. Zu sehen ist der bewegende Film »Music of the heart« (USA 1999), der die reale Geschichte der Violinistin Roberta Guaspari (Meryl Streep) erzählt, die sich für ein Musikprojekt in einer Schule in East Harlem engagiert und gegen alle Widerstände für dessen Fortführung kämpft.

Die Auswahl der zukünftigen Filme erfolgt unter Einbeziehung der Panketalerinnen und Panketaler Bürger. Die Liste der Filme ist unter www.kunstbrueckepanketal.de einsehbar. Die Abstimmung kann per Mail erfolgen.

THORSTEN WIRTH



KINO-
ABEND
mit
MONIKA
LENNERTZ



»Gar nicht so weit hinter der Stadt, über die kleine Brücke, am anderen Ufer des Flusses, dort beginnt ein großer, großer Wald. Und wo der Wald sieben Tage tief ist, leuchtet es geheimnisvoll. Das bin ich. Ich bin der Traumzauberbaum ...«
So beginnt das bekannte Musikmärchen vom **TRAUMZAUBERBAUM**.
Im **TRAUMZAUBERBAUM** wohnen seine beiden Waldgeister Moosmutzel und Waldwuffel. Sie bringen mit einer großen Stimmgabel die Traublätter des Baumes zum Klingen, damit sie zu den Kindern fliegen.

Gemeinsam mit ihrem Ehemann und Arbeitspartner, dem Komponisten und Musiker REINHARD LAKOMY (gestorben 2013), hat MONIKA EHRHARDT-LAKOMY in den 80igern die Marke DER TRAUMZAUBERBAUM erschaffen. Alle ihre Geschichten und seine genialen Kompositionen ergaben eine Symbiose, die einmalig im deutschsprachigen Raum ist. Über 5 Millionen verkaufte Platten und Platin für den TRAUMZAUBERBAUM sind dafür ein deutlicher Beleg. Darüber hinaus haben Millionen Zuschauer über all die Jahre die zahlreich inszenierten Familienmusicals, Theaterproduktionen und Bühnensinszenierungen live erlebt.

Unterstützt vom unabhängigen Künstlerverband Havannas, der UNEAC, dem Kulturministerium Kubas, der kubanischen Botschaft in Berlin und der deutschen Botschaft in Kuba, gratulierte DER TRAUMZAUBERBAUM mit einer Voraufführung in spanischer Sprache den Kindern Havannas am 15. November 2019 zum 500. Geburtstag ihrer Stadt. Ein Projekt, an dem kubanische sowie deutsche Künstler und das Theater Centro Cultural Bertolt Brecht beteiligt waren. Die Geschichte und die Lieder DER TRAUMZAUBERBAUM wurden

dabei von Dr. JESUS IRSULA (Präsident der Literarischen Übersetzer) in die Landessprache übersetzt.

Nun soll das Stück EL ÁRBOL DE LOS SUEÑOS MÁGICOS mit über 100 mitwirkenden Kindern und Erwachsenen fertig inszeniert und 2020 im THEATER CENTRO CULTURAL BERTOLT BRECHT aufgeführt werden. Dafür benötigt die gemeinnützige TRAUMZAUBERBAUM GmbH Ihre Unterstützung.

Wofür werden die Spendengelder eingesetzt?
Übersetzungen, Kulissen und Kostüme, musikalische Umsetzung, Gagen für die kubanischen Akteure, Werbekosten, Reise- und Übernachtungskosten, Projektmanagement.

»Es ist ein gemeinnütziges Projekt«, sagt Monika Ehrhardt-Lakomy, »ich habe schon viel Kraft, Zeit und auch Geld reingesteckt. Aber es macht auch echt Freude. Die kleine Voraufführung am 500. Geburtstag von Havanna war ein großer Erfolg. Nun kostet es einfach mal Geld, daraus ein großes Ereignis zu machen. Jeder Euro hilft.«

Hier kann man für den spanischen Traumzauberbaum spenden:

<https://www.betterplace.org/de/projects/75559-der-traumzauberbaum-das-theaterstück-für-und-mit-den-kindern-in-havanna>
www.traumzauberbaum.de

Eine Reise nach Simbabwe

Die Evangelisch-Freikirchliche Gemeinde (Baptisten) lädt am 6. März, um 18 Uhr, anlässlich des Weltgebetstages zu einer »Reise nach Simbabwe« ein.

Mit den Frauen des Weltgebetstagskomitees reisen wir in den südöstlichen Teil Afrikas. Das Land ist so groß wie Deutschland und Belgien zusammen. In den großen Reservaten sind die »Big Five« zu finden. So werden die Elefanten, Nashörner, Büffel, Leoparden und Löwen genannt, die dort in Sicherheit leben. Doch vor allem erfahren wir etwas vom Leben der Frauen und Mädchen des Landes, über die Natur und die Kultur der Menschen. Was ist eine Freundschaftsbank? Wir dürfen gespannt sein.

»Steh auf und geh!« passend zum Motto treffen wir uns am ersten Freitag im März in der Bethelkapelle der baptistischen Gemeinde, Goethestraße 23a (rollstuhlgerechter Eingang von der Kirchstraße aus).

Dann heißt es »Salibonani!« – das bedeutet »Hallo!« Herzlich Willkommen sagen die Frauen der ökumenischen Weltgebetstags-Vorbereitungsgruppe hier in Eberswalde. Alle, auch Familien, sind herzlich eingeladen. Zum Abschluß des Abends wird es ein Buffet mit Gerichten aus Simbabwe bzw. dem südlichen Afrika geben. Der Eine-Welt-Laden wird mit speziellen Artikeln vertreten sein.

VERONIKA BRODMANN

Wandertips

von BERND MÜLLER

Frühlingswanderung im Nadelwald

Sonntag, 1. März

Die 4,5 km Wanderung beginnt in Torgelow. Vorbei an einem Teich geht's zum Waldrand. Schon bald tauchen wir in den romantischen Nadelwald ein und genießen das herrliche grün der Moose. Weiter geht's zur Schweinesuhle. Vorbei am Bunker Wollenberg und Waldfriedhof erreichen wir den Ausgangspunkt.

Treff: 13.30 Uhr, ehem. Kulturhaus, Torgelow, 16259 Falkenberg Ortsteil Torgelow

Wanderung um die Däberseen

Sonntag, 8. März, 7 km

Waldsiedersdorf – staatlich anerkannter Erholungsort – bietet eine perfekte Naturidylle zum Wandern. Verträumte Stille erwartet den Besucher in dem zweitgrößten Ort der Märkischen Schweiz. In der malerischen Umgebung von Laub- und Erlenwäldern, vor allem aber herrlichen Seen (Däberseen und Papillensee) gibt es einiges zu entdecken. JOHN HEARTFIELD, der Meister der Fotomontage, hatte seinen Sommersitz in Waldsiedersdorf. Einen ständige Ausstellung zu seinen Werken, in der ehemaligen Schule, kann besichtigt werden.

Treff: 11:00 Uhr Bahnhof Kleinbahn, Dahmsdorfer Strasse, 15374 Waldsiedersdorf (Märkische Schweiz), Tourleiterin Manuela Grundmann.

Der Watzmann an der Mariannenschlucht

Sonntag, 15. März, 10 km

Auch in Bad Freienwalde gibt es einen Watzmann! Unweit von Bismarckturm und Teufelssee kündigt seit 2017 sogar ein Gipfelkreuz davon. Klaus Schluchter führt entlang dem Fontane Wanderweg auf den Höhen der Barnim Kante. Gestartet wird am Bahnhof Bad Freienwalde mit einer Zugfahrt (12:18 Uhr) nach Falkenberg/Mark. Hier wandern wir zuerst durch die schöne Ortslage und biegen am Fontane Denkmal ein. Vorbei an einem Teich, tauchen wir in den Wald ein und erwandern den ersten Anstieg. Auf dem Höhenweg angekommen geht es moderat weiter durch herrliche Natur mit Fernsichten. Nach Rast an der Malche passieren wir den Teufelssee welcher romantisch am Wegesrand liegt. Nun geht es noch ein kleines Stück durch Park und Städtchen bis zum Bahnhof. Wanderleiter Klaus Schluchter
Treff: 12 Uhr, Bahnhofsvorplatz, Am Bahnhof, 16259 Bad Freienwalde (Oder)

Vorschau:

22. März Frühlingswanderung zum Baasee

28. März Auf Walter Müllers Spuren

29. März Wanderung um den Hellsee

Anmeldung unter 03344/3002881 oder wandermueller@aol.com. Wenn nicht anders angegeben, werden folgende Organisationsgebühren erhoben: Erwachsene 3 €, ermäßigt 1,50 €, Mitglieder der NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V. und Kinder mit Familienpaß Brandenburg kostenfrei.

VOLKSSOLIDARITÄT

Die Volkssolidarität feiert in diesem Jahr ihr 75-jähriges Bestehen und führt somit auch vom 2. März bis zum 2. Mai 2020 ihre 75. Spendensammlung durch.

Unter dem Motto »Miteinander – Füreinander« sammeln Mitglieder im Rahmen ihres Ehrenamts für soziale Projekte. In diesem Jahr erbitten wir Spenden vor allem für die musikalische Früherziehung in unserer schönen Kita »Melodie« in Bernau-Süd.

Wir sind daran interessiert, die Begegnungsräume der Volkssolidarität im Landkreis Barnim zu erhalten und mit frischem Wind zu beleben. Des weiteren möchten wir einen Teil der Spenden für unsere bereits bestehenden und sehr gut frequentierten Rentensprechstunden in Eberswalde, Biesenthal und Bernau einsetzen. Nicht zu vergessen sind unsere Ortsgruppen, die einen erheblichen Anteil in der Fürsorge im Quartier beitragen.

Wir bedanken uns bei allen Sponsoren, für das soziale Engagement und die monetäre Unterstützung.

Unterstützung in Höhe von 33.135 Euro aus dem Jahr 2019. Unter dem Dach der Volkssolidarität Barnim agieren 55 aktive Ortsgruppen mit ca. 2.500 Mitgliedern. Die ehren- und hauptamtlichen Mitglieder werden in dem oben genannten Zeitraum, auf Sie zukommen. Wir hoffen, daß durch interessante Gespräche Ihr Interesse für die Volkssolidarität geweckt wird.*

Wir bedanken uns im Voraus herzlich bei allen Akteuren und Sponsoren.

ANDREA HOEHNE

*Wir weisen darauf hin, daß sich alle ehrenamtlichen Sammler, mit einem Sammelausweis legitimieren müssen. Sie können auch gegen Beleg auf folgendes Spendenkonto überweisen: Spendensammlung der Volkssolidarität 2020. Empfänger: Volkssolidarität Barnim e.V., IBAN: DE54170520003120026025, BIC: WELADED1GZE

Urania-Klub Bernau: Der Gothaer Kunstraub

Im Januar 2020 wurden fünf zurückgekehrte bedeutende Gemälde aus den Sammlungen der Stiftung Schloß Friedenstein Gotha wieder der Öffentlichkeit vorgestellt. In der Nacht zum 14. Dezember 1979 wurden diese gestohlen. Trotz umfangreicher Untersuchungen konnte dieser »größte Kunstraub in der Geschichte der DDR« nie aufgeklärt werden.

Die Werke niederländischer Meister galten seitdem als verschollen und wurden in internationalen Verlustkatalogen und Fahndungslisten geführt. Am 27. Februar berichtete unser Mitglied und Gastgeber Gerd Schlegel, ehemaliger Kriminalist aus Gotha, über den Kunstraub 1979 bis zur Rückkehr der Gemälde.

SILKE MAIER

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die »Barnimer Bürgerpost«

- ☐ zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- ☐ Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ☐ ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- ☐ Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO = 9 Euro + 3 Euro Spende oder mehr)
- ☐ Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 10 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 3 Exemplaren).

Ich zahle: ☐ per Bankeinzug ☐ per Rechnung

IBAN _____ BIC _____ Bank _____

Name, Vorname _____ Straße, Hausnummer _____

PLZ, Ort _____ Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in _____

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen: _____ Datum, 2. Unterschrift Abonnent/in _____

☐ Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten

eMail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung der o.g. Angebote)

Coupon senden an: Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon und e-mail siehe Impressum)

Rentensprechstunde

»Brandenburgische Rentnerinitiative«

Rentenempfänger können einmal im Monat Fragen zu ihren Rentenbescheiden klären. Der Arbeitskreis »Brandenburgische Rentnerinitiative« gibt Hilfestellung beim Lesen der Bescheide und Formulieren von Widersprüchen. Zum nächsten Termin lädt die Volkssolidarität am 11. März, von 10 bis 12 Uhr in ihr Objekt in der Mauerstr. 17 (Richterplatz) in Eberswalde ein.

ANDREA HOEHNE

Ruhlaer Straßenfest Nr. 4

Eberswalde (bbp). Am 26. Februar ging es in der Thinkfarm in der Puschkinstraße 15 um die Frage, ob es auch in diesem Jahr ein Fest in der Ruhlaer Straße geben soll.

»In den letzten drei Jahren gab es jeweils im September ein wunderbares Straßenfest in der Ruhlaer Straße! Unterstützt von vielen Menschen durch die Übernahme von kleineren und größeren Aufgaben. Genossen von vielen Menschen aus der ganzen Stadt«, resümiert Julian von der Vorbereitungsgruppe für das Straßenfest. »Viele Vereine, Initiativen, Projekte, lokale Kleinunternehmen, Gruppen und viele Einzelpersonen schufen eine Atmosphäre bunter Vielfalt und erreichten in Nachbarschaft und Gemeinschaft einen Austausch über gesellschaftliche und politische Themen. Das Fest zeigte, daß unter Einbeziehung verschiedener Netzwerke und Einzelpersonen, Menschen auch mit wenig Geld etwas Gutes für ihre Straße und ihre Stadt tun können.«

Das Straßenfest in der Ruhlaer Straße wurde von vielen engagierten Menschen in Eberswalde ehrenamtlich und auf Spenden basierend organisiert. »Nun suchen wir nach Menschen, die Lust haben, sich dieses Jahr an der Organisation und Umsetzung zu beteiligen«, hatte Julian in der Einladung geschrieben. »Der Hauptteil der Organisation wird zwar erst später nötig sein, aber die Entscheidung, ob es stattfinden soll, muß bald getroffen werden.«

impressum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

internet: www.barnimer-buergerpost.de

redaktion: Gerd Markmann

druckerei: Grill & Frank · (0 33 34) 25 94 088

redaktionsschluß: 19. Februar 2020

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto bei der Berliner Volksbank, IBAN: DE27 1009 0000 3599 4610 00, BIC: BEVODE33. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO+.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 25. März 2020.